Steuern: Ausgepresst bis zum Letzten, S. 7

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 30 – 28. Juli 2017

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Kommt aus dem Loch miserabler Umfragewerte nicht heraus: SPD-Chef Martin Schulz

Bild: Imago

Die AfD darf sich freuen

Akt der Verzweiflung: Martin Schulz macht die Asylkrise zum Wahlkampfthema

Ausgerechnet die SPD: Für seine Kritik an Merkels Asyl- und Zuwanderungspolitik erntet SPD-Kandidat Schulz zu Recht Häme.

Der jüngste Vorstoß von Martin Schulz macht das Ausmaß der Verzweiflung sichtbar, das sich im Lager der Sozialdemokraten zwei Monate vor der Bundestagswahl breitgemacht hat. Der SPD-Chef und Kanzlerkandidat kritisiert Kanzlerin Merkel ausgerechnet wegen ihrer Asyl- und Zuwanderungspolitik.

Die Antwort vom Koalitionspartner CSU fiel harsch und treffend aus: „Da redet einer von einem neuen Flüchtlingsstrom, der selbst alle Maßnahmen zur Begrenzung abgelehnt und bekämpft hat. Mehr Abschiebungen, mehr sichere Herkunftsstaaten, Grenzkontrollen und Transitzonen – das alles haben SPD und Martin Schulz vehement blockiert“, konterte CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer die verblüffende Attacke des SPD-Vorsitzenden.

Schulz aber sah offensichtlich keine andere Wahl mehr. Seine Plattitüden über „Gerechtigkeit“ und „hart arbeitende Menschen“ sind verpufft. Mit dem Aufgreifen des Asylthemas holt der Merkel-Herausforderer ein Thema aus dem Schatten, um das die etablierten Parteien am liebsten einen großen Bogen gemacht hätten, weil sie hier allesamt eine breite Mehrheit des Volkes gegen sich wissen.

> Scheuer (CSU): »SPD hat alles vehement blockiert«

Selbst für die CSU bleibt eine ernste Zuwanderungsdebatte zweischneidig. Die Bayern stießen seit dem Sommer 2015 reihenweise Forderungen (Obergrenze), Drohungen und Ultimaten in Richtung Kanzlerin Merkel aus. Nie jedoch war dem Gepolter tatsächliches Handeln gefolgt: Die Forderungen verhallten, die Ultimaten verstrichen folgenlos und die Drohungen blieben leer.

Dennoch hat CSU-General Scheuer recht, wenn er es zurückweist, dass sich ausgerechnet die SPD zum Hauptkritiker eines weithin unkontrollierten Asylsucher-Zustroms aufschwingt. Unter den drei Koalitionspartnern hat sie dazu das geringste Recht.

Dankbarkeit kann Schulz nur aus zwei Ecken erwarten. Da sind zum einen kritische Wähler, die es seit Längerem herbeisehnen, dass das existenzielle Thema von Zuwanderung und Grenzkontrolle endlich wieder diskutiert wird. Schulz hat – aus welchem Motiven auch immer – das Schweigekartell durchbrochen.

Zum anderen ist die AfD dem SPD-Kandidaten einen Strauß Blumen schuldig. Schon in den vergangenen Wochen hatte die junge Partei ihren Abstieg gestoppt und sich bei sieben bis acht Prozent stabilisiert. Nun kann sie sogar von einem Wiederaufstieg träumen. Denn neben inneren Querelen und äußeren Anfeindungen hatte den „Blauen“ jenes Schweigekartell besonders zugesetzt. Zuvor hatte die Partei mit dem Thema Asyl und Grenzkontrollversagen Rekordwerte erreicht. Seit dieser Komplex in den Hintergrund trat, ging es auch mit der „Alternative“ bergab. Dank Martin Schulz könnten diese brisanten Probleme nun wieder ganz nach vorn auf die Tagesordnung gelangen. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Entwaffnet

Es ist ein geradezu furioser Wiederaufstieg. Wenige Wochen vor der Bundestagswahl erreicht Bundeskanzlerin Angela Merkel wieder Spitzenwerte auf der Beliebtheitsskala – gerade so, als hätte es die sogenannte Flüchtlingskrise nie gegeben. In den Umfragen thront sie wieder so weit oben wie vor ihrer fatalen Entscheidung, Hunderttausende unkontrolliert ins Land zu lassen. Das ist jedoch weniger die Folge ihrer Politik als die der Schwächen und eklatanten Fehlleistungen anderer.

Ihrer Konkurrenz in Person des SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz ist sie uneinholbar davongeeilt. Sie macht es dem Ärmsten auch wahrlich nicht leicht, im politischen Diskurs mit ihr zu punkten. Jede seiner Attacken pariert Merkel mit freundlichem Desinteresse. Stoisch weicht sie jeder Konfrontation aus, ja, bedenkt den politischen Gegner bisweilen sogar mit geschickt platziertem Lob. Hört man die Wahlkämpferin reden, könnte man glauben, dass es zwischen der Union und ihrem Noch-Koalitionspartner kaum inhaltliche Differenzen gäbe. Kein Wunder, dass der solchermaßen von der Kanzlerin entwaffnete Schulz zu Verzweiflungstaten neigt (siehe Aufmacher).

Merkel sollte sich aber nicht auf ewig in Sicherheit wiegen. Mag sie selbst auch vielen immer noch als alternativlos erscheinen, gilt das nicht mehr in gleichem Maße für ihre Politik. Angesichts von islamischen Terrorakten, Ausländerkriminalität und linken Gewalt- exzessen sehnen sich viele Menschen nach kultureller Identität und einem Staat, der Grenzen setzt. Dem kann Merkel nur mit einer klaren Absage an linke Politik gerecht werden.

Wie denken die Wähler von morgen?

YouGov und »Bravo« befragten in Deutschland 14- bis 17-Jährige zur Politik

Wie denken die Wähler von morgen, die heute 14- bis 17-Jährigen, über Politik? Neun von zehn Jugendlichen in Deutschland halten nach einer Studie des britischen Markt- und Meinungsforschungsinstituts YouGov und dem deutschen Jugend-Magazin „Bravo“ ihre Interessen in der Politik für nicht ausreichend vertreten. Mit rund 90 Prozent ungefähr gleich hoch ist der Anteil der Befragten, der es wichtig findet, wählen zu gehen, damit die eigenen Interessen vertreten werden. Mit 31 Prozent interessiert sich immerhin fast ein Drittel zumindest eigenem Bekunden nach ziemlich oder sehr stark für Politik. „Diese Werte“, sagt YouGov-Sprecher Holger Geißler, „unterscheiden sich kaum von den Aussagen der Erwachsenen.“

Allerdings gab mit 46 Prozent nicht einmal die Hälfte der 14- bis 17-Jährigen an, die Regeln des politischen Systems seien für sie verständlich, und nur ein Viertel der Befragten hat ein klares Bild davon, wie die Bundesregierung arbeitet. Klar für die Demokratie sprechen sich 71 Prozent der Jugendlichen aus. Nur vier Prozent halten eine andere Staatsform für besser.

> Rund 90 Prozent halten ihre Interessen in der Politik für nicht ausreichend vertreten

Ein weitverbreitetes Vorurteil widerlegt die Umfrage: Das potenzielle Wahlverhalten der Jugendlichen entscheidet sich demnach nicht sonderlich von dem der Erwachsenen. Die Bundeskanzlerin ist beliebter als ihr Herausforderer.

Dürften die Jugendlichen Kanzler oder Kanzlerin direkt bestimmen, würden 35 Prozent der Jugendlichen sich für die CDU-Chefin entscheiden. Den SPD-Herausforderer Martin Schulz würden nur zehn Prozent direkt wählen. Tendenziell halten die Jugendlichen den Herausforderer aber für moderner und weniger „weit weg“ als Merkel – aber eben auch für weniger sympathisch und kompetent. Sechs Prozent würden Horst Seehofer (CSU) wählen, vier Prozent Cem Özdemir (Grüne), drei Prozent Christian Lindner (FDP), drei Prozent auch Sahra Wagenknecht (Linke). Keiner der Befragten würde demnach für die AfD-Spitzenkandidaten Alice Weidel und Alexander Gauland stimmen. Dieses ist umso bemerkens- werter, als die innere Sicherheit als das zentrale politische Thema eingestuft wird, gefolgt von Schule und Ausbildung sowie von Zuwanderung und Asylsuchern. *Peter Entinger*

Gieriger Fiskus

Nur in Belgien ist die Steuerlast höher

Machen Sie ihr Kreuz am 23. September bei der Bundestagswahl an der richtigen Stelle, und schon wird es im Sparschwein klingeln. Das versprechen vor allem SPD und CDU/CSU in ihren Wahlprogrammen. In einer Höhe von deutlich mehr als 15 Milliarden Euro wollen die Christdemokraten Entlastungen bei der Einkommensteuer durchsetzen. Der Spitzensteuersatz von 42 Prozent soll künftig erst ab einem Jahreseinkommen von 60 000 Euro greifen, bisher waren es 54 000 Euro. Die SPD stellt unter anderem die Abschaffung des ungeliebten Solidaritätszuschlages für untere und mittlere Einkommen in Aussicht.

So generös derlei Wahlpräsente klingen, die enorme Steuerlast der deutschen Bürger werden sie kaum nennenswert verringern. Von jedem verdienten Euro bleiben gerade mal 45,4 Cent übrig. Den Rest beansprucht der Fiskus, hat gerade der Bund der Steuerzahler errechnet. Damit schneidet Deutschland im Vergleich aller Industriestaaten dramatisch schlecht ab. Nur Belgiens Bürger dürfen noch mehr an Steuern zahlen. Wäre die Belastung dagegen so hoch wie im Durchschnitt aller Industriestaaten, hätte beispielsweise jeder alleinstehende Deutsche 6680 Euro jährlich mehr in der Tasche. *Frank Horns*

(Mehr zum Thema auf Seite 7)

MELDUNGEN

123 Menschen wurden verletzt

Berlin – Im Mai dieses Jahres sind in Deutschland 123 Menschen infolge politisch motivierter Straftaten verletzt worden. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Regierungsfraktionen hervor. Danach sind dem Bundeskriminalamt (BKA) insgesamt 1863 solcher Straftaten gemeldet worden, darunter 193 Gewalttaten und 848 Propagandadelikte, wobei Letztere nur von „politisch rechts motivierten" Tätern begangen werden können. Von den Straftaten entfielen 1186 auf die „politisch rechts motivierte Kriminalität". Die Zahl der darunter befindlichen Gewalttaten wird mit 83 angegeben und die der Verletzten mit 73. Die Zahl der „politisch links motivierten Straftaten" beläuft sich auf 396, von denen 71 Gewalttaten waren. In diesem Bereich wurden 25 Verletzte registriert. 49 Straftaten, darunter zehn Gewalttaten, wurden dem Bereich der „politisch motivierten Kriminalität – Ausländische Ideologie" zugeordnet; in diesem Bereich wurden sechs Verletzte verzeichnet. Im Bereich der „politisch motivierten Kriminalität – Religiöse Ideologie" lag die Zahl der Straftaten bei 28, die der darunter befindlichen Gewalttaten bei fünf und die der Verletzten bei drei. Die Zahl der nicht zuzuordnenden politisch motivierten Straftaten betrug 204, von denen 24 Gewalttaten waren. *J.H.*

Dealende Dschihadisten

Berlin – Der Schmuggel und der Handel von Betäubungsmitteln können nach Erkenntnissen der Bundesregierung grundsätzlich zur Finanzierung terroristischer Gruppierungen und damit auch für Anschlagsfinanzierungen dienen. Allgemein handele es sich „bei (salafistisch-)dschihadistischen Gewalttätern oft um Personen mit kleinkrimineller Vergangenheit, dazu gehört unter anderem Betäubungsmittelkonsum und/oder -verkauf". Konkrete Sachverhalte mit Bezügen zu Deutschland, die eine Finanzierung terroristischer Gruppierungen durch Rauschgiftkriminalität gegenwärtig belegen können, lägen jedoch aktuell nicht vor. Salafistische Prediger kritisierten regelmäßig den Konsum von Rauschmitteln als unislamisch. Die Erfahrungen aus der polizeilichen Praxis zeigten jedoch ein anderes Bild. So werde der Drogenkonsum in der dschihadistischen Szene zumindest in Teilen geduldet. *J.H.*

Weniger Rüstungsexporte

Berlin – Die Bundesregierung hat im vergangenen Jahr deutlich weniger Rüstungsexporte genehmigt als im Jahr zuvor. Insgesamt seien 2016 Einzelgenehmigungen im Wert von 6,85 Milliarden Euro erteilt worden, heißt es in ihrem Bericht über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter. Das seien fast 13 Prozent weniger gewesen als im Vorjahr (7,86 Milliarden Euro), allerdings immer noch fast doppelt so viel wie im Jahr 2014 (3,961 Milliarden Euro). Mehr als 46 Prozent der Genehmigungen entfielen 2016 auf Lieferungen in EU-/Nato- und Nato-gleichgestellte Länder. Die Genehmigungswerte von Kleinwaffen dagegen stiegen um knapp 15 Millionen Euro auf 46,9 Millionen Euro an. Mit 2,5 Milliarden Euro machte der Wert von Kriegswaffen 0,21 Prozent aller Exporte aus. *J.H.*

Sind Polizisten feige?

Wie es um die Einsatzbereitschaft der deutschen Ordnungshüter bestellt ist



Foto: Imago

Polizisten im umkämpften Schanzenviertel beim G 20-Gipfel: Am Ende gab es eine Wurst und ein Getränk

Es ist ein schlimmes Wort: Feigheit. Vor allem, wenn man es auf Polizisten münzt. Aber manchmal lässt die Realität einfach keine Alternative zu.

So war es zumindest im Falle der zwölf Berliner Ordnungshüter, die sich Schafen gleich vor der Tür der Kiezkneipe „Zum Droschkenkutscher" drängelten, während drinnen zwei Verbrecher die Wirtin ins Koma prügelten. Begründung: „Wir wussten ja nicht, wie die Täter bewaffnet sind." Auch wenn manche ausländische Medien den über 20000 Sicherheitskräften, die den G 20-Gipfel in Hamburg absichern sollten, nun gleichfalls pauschal mangelnden Mut unterstellen, so stellen solche Versager in Uniform wie in Berlin doch eher die Ausnahme und nicht die Regel dar. Denn das teilweise zögerliche Handeln der Polizei während der Krawalle in der Hansestadt hatte wohl andere Ursachen.

Zum Ersten dürften inzwischen viele Polizisten die hanebüchene Innen- und Asylpolitik der Regierung Merkel aufgrund ihrer tagtäglichen Erfahrungen an der Front ablehnen und sich fragen, inwieweit die beratungsresistenten Entscheidungsträger „da oben" überhaupt noch ein Recht darauf haben, den Beamten Aufopferungsbereitschaft abzuverlangen.

Zum Zweiten wäre da die fatale Doktrin von der heilsamen Wirkung der „Deeskalation". Polizisten werden heutzutage darauf getrimmt, Probleme mit einem oftmals respektlosen und hochkriminellen Gegenüber auszudiskutieren, statt sie kraft ihrer vom Staat verliehenen Autorität zu lösen. Deshalb verbringen unsere Gesetzeshüter inzwischen auch deutlich mehr Zeit mit Psycho- und Kommunikationstrainern als auf dem Schießstand. Hierzu ein typisches Beispiel: In Berlin absolvieren Polizisten oft nur noch zehn bis zwölf Minuten Schießtraining pro Jahr, weil von den hierfür nötigen Anlagen 68 geschlossen werden mussten.

Außerdem kommt bei den Übungen bis zu 50 Jahre alte Munition zum Einsatz. Deshalb die verbreitete Hilflosigkeit, wenn Täter sich nicht auf Reden einlassen, sondern schnell und brutal zuschlagen, was außer bei randalierenden Linksextremisten neuerdings besonders unter den auftrumpfenden „Schutzsuchenden" aus Nordafrika und dem Nahen Osten der Fall ist.

> Hilflosigkeit, wenn Täter sich nicht aufs Reden einlassen, sondern zuschlagen

Und zum Dritten sorgt der Staat auch sonst recht wenig für seine Diener in Uniform. Beispielsweise fehlt es in manchen Bundesländern an zeitgemäßen Besoldungsregelungen und echten beruflichen Aufstiegschancen. Ein heikles Thema ist zudem der Schutz der Familien und der Privatsphäre von Polizisten. Die Deutsche Polizeigewerkschaft fordert schon seit Längerem eine Auskunftssperre bei den Einwohnermeldeämtern für die Wohnadressen von Angehörigen der Sicherheitsorgane – bisher jedoch vergeblich. Das erleichtert hinterhältige Sabotageaktionen an den Privatfahrzeugen der Beamten und andere Angriffe außerhalb des Dienstes.

Wie wenig der einzelne Polizist inzwischen zählt, war auch während des G 20-Gipfels zu beobachten, wo die fehlende Erfüllung selbst banalster Grundbedürfnisse von Einsatzkräften trotz monatelanger Vorausplanungen ein nachgerade skandalöses Ausmaß erreichte. Manche von den im Dauerdienst Befindlichen erhielten weder Essen noch Getränke und mussten schließlich in voller Montur auf dem nackten Fußboden schlafen. Dass es unter solchen Umständen irgendwann zu Befehlsverweigerungen oder spontanen „Krankmeldungen" kommt, liegt natürlich auf der Hand.

Letzteres scheint jetzt sogar den nach Parteibuch ausgewählten Polizeiführern und Innenpolitikern zu dämmern, deren berufliches und sonstiges Wohlergehen ja ebenfalls von einer motivierten und nicht streikenden oder gar meuternden Polizei abhängt. Deshalb überschlugen sie sich nach den Hamburger Vorfällen in der Gewährung von „Kompensationen" für das Ungemach an der Elbe, welches auf Seiten der Uniformierten mit immerhin knapp 500 Verletzten einherging. So erhielt jeder abdelegierte sächsische Polizist umgehend einen Tag Sonderurlaub sowie 500 Euro „Einsatzprämie". Und der Hamburger Innensenator gewährte seinen gebeutelten Gipfel-Helden großzügig sogar drei zusätzliche freie Tage plus einer Wurst und einem Getränk bei der obligatorischen Nachbesprechung.

Da bleibt nur zu hoffen, dass auch die Vegetarier unter den Staatsdienern diese hochherzige Geste zu würdigen wissen und weiterhin brav den Kopf hinhalten, wenn die angeblich aufgebauschten Probleme Linksextremismus und Ausländerkriminalität das nächste Mal hochkochen.

Wolfgang Kaufmann

Zahlen und Fakten zur Polizei

Die Bundesrepublik Deutschland verfügt über nicht weniger als 19 eigenständige Polizeibehörden: 16 Länderpolizeien, Bundeskriminalamt, Bundespolizei (der frühere Bundesgrenzschutz) sowie die Polizei beim Deutschen Bundestag, welche 210 Beamte beschäftigt. Insgesamt gibt es rund 220000 Länderpolizisten, die meisten mit rund 41500 in Bayern und die wenigsten mit an die 2800 in Bremen. Dazu kommen etwa 34000 Bundespolizisten. Die höchste Polizeidichte bezogen auf 100000 Einwohner hat Berlin. Aufgrund der föderalen Struktur der Bundesrepublik existiert kein einheitliches Polizeigesetz. Das kann zu Schwierigkeiten führen, wenn Beamte außerhalb ihres eigenen Landes eingesetzt werden, wie diesen Monat beim G 20-Gipfel in Hamburg. *W.K.*

Der Kitt der Alpenrepublik

Österreich vor der Nationalratswahl – »Asylkrise« eint Parteien

Am 15. Oktober wählen die Österreicher einen neuen Nationalrat – ihr Bundesparlament – mit 183 Abgeordneten. Nach den Umfragen zeichnet sich ab, dass drei Parteien (ÖVP, SPÖ und FPÖ) in einer Bandbreite zwischen 25 und 30 Prozent mit Wählerstimmen rechnen können. Zwei von ihnen können zusammen eine Mehrheit bilden. Die drei kleinen, jetzt im Nationalrat vertretenen Parteien werden bei der Regierungsbildung keine Rolle spielen. Während das „Team Stronach" in Auflösung befindlich ist, hoffen die Grünen und die wirtschaftsliberale NEOS-Partei auf einen Wiedereinzug in den Nationalrat.

Nach der Wahl des Bundespräsidenten, als der Kandidat der Grünen Alexander van der Bellen knapp die Nase vor dem FPÖ-Kandidaten Norbert Hofer hatte, sind die Erwartungen der Grünen besonders hoch. Doch gerade diese Partei steht möglicherweise vor einen Fiasko. Nachdem die frühere Öko- und Friedenspartei ihre Parteivorsitzende Eva Glawischnig aus dem Amt gemobbt hat, versucht sich nun die Europaabgeordnete Ulrike Lunacek als Spitzenkandidatin für den Nationalrat. Deren Spezialgebiete Feminismus und gleichgeschlechtliche Lebensformen stellen in Österreich ein Randthema dar. Die Umfrageergebnisse für die Grünen sind im Sinkflug (knapp acht Prozent nach 12,42 Prozent im Jahr 2013).

Die Frage, welche die Alpenrepublik politisch bewegt, ist, ob Rot-Blau oder Schwarz-Blau künftig auf Bundesebene regieren wird. Die FPÖ hat sich – anders als die AfD in Deutschland – konsequent von politikunfähigem Personal getrennt und wird von Schwarz und Rot nunmehr gleichermaßen als koalitionsfähig angesehen. Der der SPÖ angehörende Verteidigungsminister und der von der ÖVP gestellte Leiter des Innenressorts sind sich darin einig, die Landesgrenze gegen Italien notfalls mit Militär sichern zu wollen, falls die italienische Regierung auf den Gedanken kommen sollte, die aus dem Mittelmeer „geretteten" Wirtschaftsimmigranten über den Brenner nach Österreich abschieben zu wollen. Hier gibt es einen politischen Konsens, den alle tragen – mit Ausnahme der Grünen.

> Österreichs Grünen droht im Oktober ein Fiasko

Weiteren Ärger gab es bei den österreichischen Grünen, als die Partei bei der Nominierung ihrer Kandidaten für den Nationalrat Peter Pilz auf Platz vier durchfallen ließ. Pilz, der etwa mit der bundesdeutschen Ikone Hans Christian Ströbele vergleichbar ist, hat nun die Kandidatur auf einer eigenen Liste angekündigt. Das dürfte der von Lunacek angeführten Partei weitere Stimmen kosten.

Pilz hatte in der Vergangenheit mehrere politische Skandale aufgedeckt und sich über die Parteigrenzen hinweg Anerkennung erworben. Des Weiteren ist Österreichs Grünen die frühere Nationalratsabgeordnete Efgani Dönmez abhandengekommen, der nun für die bürgerliche ÖVP kandidiert. Zwar gilt in Österreich nur eine Vier-Prozent-Sperrklausel, aber sollte die Liste Peter Pilz zwei bis drei Prozent Stimmenanteil erreichen, können sich Lunaceks Grüne auf eine Legislatur als „außerparlamentarische Opposition" einrichten. *Theo Maass*

Endstation Sahara

Niger will mit EU-Hilfe Migranten stoppen

Nach der Verriegelung der Balkan- ist die Mittelmeer- zur zentralen Transitroute afrikanischer Immigranten nach Europa geworden. Aber nicht erst auf dem Mittelmeer ist die Reise lebensgefährlich. Noch gefährlicher ist die Durchquerung der Wüste, die gleich hinter dem Startpunkt der Reise, der Stadt Agadez im Niger, beginnt.

Die Ténéré-Wüste ist seit einigen Jahren zum trockenen Grab für Tausende von Migranten aus ganz Afrika auf ihrem Weg nach Europa geworden. Seit Beginn des Jahres wurden bereits Hunderte verdursteter Migranten in der Ténéré gefunden. In den letzten Monaten sind die Opferzahlen in der Wüste stark angestiegen, weil infolge eines Asylsucher-Abkommens des Staates Niger mit der EU Niger die Routen stärker militärisch überwacht.

> 750 Millionen Euro für Niger von der EU

Ende 2016 gab es erstmals Verhaftungen in Agadez. Mehr als 100 Schlepper und Schleuser sitzen seither im Gefängnis. Allerdings: Verurteilt wurde noch keiner. Um die verstärkten Kontrollen zu umgehen, weichen Schlepper auf gefährlichere Nebenstraßen aus, wo es keine Kontrollen gibt. Auf diesen Strecken fehlt allerdings eine Wasserversorgung.

Der Stadtrat von Agadez hat vor Kurzem ein Memorandum an die Staaten Westafrikas gerichtet, in dem diese aufgefordert werden, bereits in den Heimatländern etwas gegen den Asylsucherstrom zu unternehmen. Niger ist zwar einer der ärmsten Staaten der Welt mit einer der höchsten Geburtenraten, aber auch einer der Staaten, die am engsten mit den Zielländern der Asylsucher in Europa zusammenarbeiten.

Insgesamt unterstützt die EU Niger mit knapp 750 Millionen Euro. Sie will damit Projekte im Bereich Bildung, Nahrungsmittelsicherheit, ländliche Entwicklung, Infrastruktur, Grenzsicherung, Kampf gegen den Menschenhandel sowie alternative Jobs für Menschenschmuggler fördern. In der Wüstenstadt Agadez wartet man indes darauf, ob die versprochenen Hilfen wirklich ankommen und ob sie die Migrations-Wirtschaft überhaupt ersetzen können. *Bodo Bost*

Was Deutschland nach der Wahl blüht

Die Republik wird sich nach dem 24. September verändern, fraglich ist nur, ob zum Besseren

Die CDU-Chefin Angela Merkel hat bei der Präsentation des Wahlprogramms der Unionsparteien das Ziel formuliert, dass es den Menschen in Deutschland am Ende der nächsten Legislaturperiode besser gehe als heute. Fakt ist, dass einiges darauf hindeutet, dass sich die Verhältnisse in Deutschland in den nächsten vier Jahren gravierend verändern werden. Ob zum Vorteil der Deutschen, ist eine andere Frage.

Ungewohnt klar und deutlich hat sich die Bundeskanzlerin im diesjährigen ARD-Sommerinterview in Sachen Asylpolitik festgelegt. Sie lehnte die von der CSU geforderte Obergrenze weiter strikt ab. „Zur Obergrenze ist meine Haltung klar: Das heißt, ich werde sie nicht akzeptieren", sagte sie. Legt man die derzeitigen Umfragewerte zugrunde, dann spricht vieles für eine Fortsetzung der bisherigen Einwanderung per Asylrecht in einer vierten Amtszeit Merkels.

Allein schon die bisherige Massenzuwanderung seit dem Herbst 2015 hat das Bild Deutschlands bis in die kleinsten Gemeinden verändert. Spätestens seit der berüchtigten Kölner Silvesternacht und dem Terroranschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt ist zudem offensichtlich, dass mit der Massenzuwanderung auch die Kriminalität und die Terrorgefahr gestiegen sind.

Dies und die Reaktionen der Großen Koalition darauf lassen erwarten, dass sich das gesellschaftliche Klima in den kommenden Jahren stark verändern wird. Alle bislang im Bundestag vertretenen Parteien halten am Dogma der offenen Grenzen fest. Statt der Massenzuwanderung entgegenzuwirken, versuchen Union und SPD, nur deren negative Folgen mit neuen Gesetzen anzugehen.

Das Resultat: Der liberale Rechtsstaat bekommt immer mehr Züge, die noch vor wenigen Jahren undenkbar waren. Der Freistaat Bayern hat zum Beispiel zum Schutz vor Terroristen nun die Möglichkeit eines Präventivgewahrsams bei schweren Verdachtsfällen geschaffen. Damit können Personen faktisch unbegrenzt in sogenannten Unterbindungsgewahrsam genommen werden, wenn von ihnen eine Gefahr für die innere Sicherheit droht. Andere Bundesländer werden vermutlich bald nachziehen. Die Zahl der Moslems, denen ein Terroranschlag zugetraut wird, steigt immer weiter an. Gleichzeitig bindet die Überwachung dieser sogenannten Gefährder immense Personalressourcen bei der Polizei.

> Den Deutschen droht eine Fortsetzung der Massenzuwanderung und der Umwandlung der Euro-Zone in eine Transferunion

Für die Einführung einer Präventivhaft wie in Bayern gibt es also durchaus nachvollziehbare Gründe. Nichtsdestoweniger besteht die Gefahr des Missbrauchs. Einmal im Polizeirecht eingeführt, können Instrumente wie eine Gefährderhaft auf lange Sicht auch für andere Zwecke als die Terrorbekämpfung und –prävention eingesetzt werden, beispielsweise für politische Ziele, wie sie das „Netzwerkdurchsetzungsgesetz" verfolgt, das unlängst im Schatten der Debatte um die „Ehe für alle" im Bundestag beschlossen wurde. Mit dem Gesetz sollen soziale Netzwerkdienste wie etwa Facebook dazu gebracht werden, zügig gegen Hasskommentare oder Falschmeldungen vorzugehen.

Juristen und Branchenverbänden hatten bereits im Vorfeld vor einem unverhältnismäßigen Eingriff in die Presse- und Meinungsfreiheit durch das Gesetz aus dem Hause des Justizministers Heiko Maas gewarnt. Das schleichende Verschwinden liberaler Rechtsvorstellung unter dem Eindruck einer sich fragmentierenden multikulturellen Zuwanderungsgesellschaft könnte indes nur einer von mehreren großen Trends in der nächsten Legislaturperiode sein.

Den Wahlversprechen der Union zum Thema Steuererleichterungen oder den SPD-Plänen zu einem „Chancenkonto" mit 20 000 Euro für jeden Erwerbstätigen zum Trotz werden sich die Deutschen auf höhere finanzielle Belastungen einstellen müssen. Bereits im Frühjahr dieses Jahres hatte der wissenschaftliche Dienst des Bundestages ermittelt, dass die Versorgung und Integration der Immigranten im Jahr 2016 deutlich mehr Kosten verursacht hat, als zunächst kalkuliert worden waren. Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer (CSU) fasste das Ergebnis der Untersuchung gegenüber der „Welt" zusammen: „Wenn man die Kosten auf alle Bundesländer hochrechnet, werden 2016 wohl rund 23 Milliarden Euro für Migranten und Flüchtlinge aufgewendet worden sein."

Allein der Nachzug von Familienangehörigen dürfte dafür sorgen, dass die Ausgaben für diesen Personenkreis auf längere Zeit weiter hoch bleiben. Das Auswärtige Amt schätzt, dass bald zusätzlich 200 000 bis 300 000 Syrer und Iraker infolge des Familiennachzugs nach Deutschland kommen dürfen.

Doch nicht nur Ausländer in Deutschland werden die Deutschen auch förderhin teuer zu stehen kommen. In der EU stehen die Zeichen auf Vertiefung der Euro-Zone hin zu einer umfassenden Transferunion. Kanzlerin Angela Merkel teilte nach einem Treffen mit Frankreichs Präsident Emmanuel Macron unlängst mit, sie würde konkrete Vorschläge zu einer Vertiefung der Währungsunion nach der Bundestagswahl vorlegen. *Norman Hanert*



Bild: action press

Wenigstens in Sachen Asylpolitik legte sie sich fest: Angela Merkel beim diesjährigen ARD-Sommerinterview

MELDUNGEN

Wahl unter Aufsicht

Kopenhagen – Beobachter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) werden die Bundestagswahl im September kontrollieren. Maßgeblich für die Entscheidung seien interne Beratungen gewesen, erklärte im dänischen Kopenhagen die Leiterin der Wahlbeobachtungsbehörde, Iryna Sabashuk. Es gäbe keine innerdeutschen Gründe für die Entscheidung. Vielmehr hätte man den Eindruck gehabt, dass „in der Vergangenheit Wahlbeobachtung fast ausschließlich in Asien, im Kaukasus und in Osteuropa vorgenommen wurden. Es gab das Gefühl eines Ungleichgewichts", so Sabashuk. Die AfD-Politikerin Beatrix von Storch hatte nach einem Termin mit den OSZE-Vertretern von Missständen bei deutschen Landtags- und Bundestagswahlen gesprochen. *FH*

Neue Tochter der KfW

Frankfurt am Main – Die bundeseigene Förderbank KfW will Firmen-Neugründungen mit einer neuen Tochtergesellschaft zielgerichteter fördern. Damit solle laut Bundesregierung eine „dauerhafte, organisatorisch eigenständige Struktur für die Beteiligungsfinanzierung etabliert werden". Ausschlaggebende Kriterien für diese Entscheidung seien die hohe Flexibilität bei gleichzeitig angemessener Steuerbarkeit der Tochter, ferner die Sichtbarkeit des Engagements der öffentlichen Hand und insbesondere die Marktgängigkeit einer Tochtergesellschaft, begründet die sie Entscheidung. Die Tochter soll zum 1. Januar 2018 gegründet werden und sich auf Investitionen in Wagniskapitalfonds konzentrieren. Insgesamt wolle die Bank ihr Engagement für Gründer nicht nur bündeln, sondern auch ausbauen: In den kommenden zehn Jahren sollten insgesamt etwa zwei Milliarden Euro bereitstehen. *J.H.*

Tod nach dem Wachkoma

Die Masern sind zurück – Schuld ist auch die Massenzuwanderung

In Europa sterben immer mehr Menschen an Masern. Wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO) berichtet, fielen in den vergangenen zwölf Monaten 35 Menschen der hochansteckenden Infektionskrankheit zum Opfer. Der neueste Fall sei ein sechs Jahre alter Junge in Italien, wo es seit Juni vergangenen Jahres bereits 3300 Masernfälle gegeben habe – sechsmal mehr als im gesamten Vorjahr. Aber auch Deutschland ist stark betroffen: Allein in Duisburg sind seit Jahresanfang 321 Menschen erkrankt. Im Vorjahr war es kein einziger.

Weitere Fälle wurden in Nordrhein-Westfalen aus Köln, Bonn, Düsseldorf und Wesel. In Essen starb im Mai eine junge Mutter an der Krankheit. Die Infektion führt bei jedem zehnten Erkrankten zu Komplikationen und bringt einen von 1000 um. Besonders gefürchtet ist die „Subakute sklerosierende Panenzephalitis (SSPE), eine Entzündung des Gehirns. Sie tritt in der Regel erst mehrere Jahre nach der akuten Masern-Erkrankung auf und führt zu einem schleichenden Verlust aller geistigen Fähigkeiten. Die Betroffenen enden im Wachkoma bis nach Monaten oder auch Jahren der Tod eintritt. Eine Behandlung der SSPE ist nicht möglich.

„Jeder Tod oder jede Behinderung die durch diese Krankheit verursacht wird, ist eine unakzeptable Tragödie", sagte die WHO-Direktorin für Europa, Zsuzsanna Jakab. Masern gelten bei rechtzeitiger Impfung eigentlich als gut beherrschbar. Sobald mehr als 95 Prozent der Bevölkerung geimpft sind, gilt die Krankheit als ausgerottet und kann nicht mehr auftreten. Von diesem Ziel ist Deutschland allerdings weit entfernt. Mediziner machen eine regelrechte Impfmüdigkeit aus. Der Vorsitzende des Verbands der Kinder- und Jugendärzte in Bayern, Martin Lang, warnt in der Augsburger Allgemeinen: „Viele Menschen ab etwa dem Jahrgang 1970 haben keine Antikörper mehr gegen Masern. Das kann tödlich enden."

> 321 Erkrankte in Duisburg, im Vorjahr war es kein einziger

Knapp 93 Prozent der Schulanfänger haben nach einer Mitteilung des Bundesgesundheitsministeriums im Jahr 2015 die zweite maßgebliche Masernimpfung erhalten. Kindern ab zwölf Monaten empfehlen die Mediziner der Ständigen Impfkommission die erste Impfdosis gegen Masern. Die zweite soll bis zu einem Alter von zwei Jahren gespritzt werden. Der Bundesrat billigte Anfang Juli eine Regelung, die den Druck auf impfskeptische Eltern erhöhen soll. So sind Kita-Leiter künftig verpflichtet, Eltern, die keine Impfberatung in Anspruch genommen haben, beim Gesundheitsamt zu melden. Ihnen drohen Geldbußen.

Zu den Risikogruppen zählen aber nicht nur geborene Deutsche, die sich zur Gruppe der Impfskeptiker zählen, sondern vor allem auch Hundertausende von Zuwanderern. Nach einer Studie der Universität Würzburg gehören etliche Opfer schwerer Masernerkrankungen zu Migrantenfamilien. Die Impfquote ist bei ihnen besonders niedrig, da viele Kinder noch im Ausland waren, als die Impfungen anstanden. In Duisburg beispielsweise liegen die Infektionsschwerpunkte in Wohngebieten, in denen besonders viele Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien leben. *Peter Entinger*

»Eine lustige Vorstellung«

Zeitungseigentümer wird NRW-Medienminister

Seine ganze Kraft will er für das Land Nordrhein-Westfalen einsetzen. So schwor es Stephan Holthoff-Pförtner bei seiner Vereidigung als Mitglied der neuen Landesregierung von Armin Laschet im Düsseldorfer Landtag. Er ist ab sofort „Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Medien".

Aber vielleicht wird Holthoff-Pförtner es mit dieser Eidesformel auch nicht ganz so genau nehmen. Vielleicht wird er seine Kraft und vor allem seinen neugewonnenen Einfluss als NRW-Superminister („Fokus") eher für eigene geschäftliche Belange einsetzen. Der 68-jährige Jurist gilt als einer „der bestverdrahteten Entscheider des Landes", so der Mediendienst Oberauer. Als Holthoff-Pförtner im Sommer 2013 mit seinem Gefährten Klaus M. Sälzer eine eingetragene Lebenspartnerschaft einging, waren Helmut Kohl sowie der damalige Bundesaußenminister Guido Westerwelle die Trauzeugen.

Der neue NRW-Minister war Anwalt von Helmut Kohl. Er war bis vor kurzem Präsident des Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger. Vor allem aber hat er über seine Adoptivmutter Gisela Holthoff entscheidende Anteile an der Funke-Mediengruppe geerbt. Das Unternehmen, dessen Wurzeln im Ruhrgebiet liegen, hat in den letzten Jahren enorm expandiert. Neben der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" („WAZ") gehören auch Tageszeitungen in Thüringen, die „Berliner Morgenpost", das „Hamburger Abendblatt" und zahlreiche Zeitschriften und Anzeigenblätter zum Konzern.

Holthoff-Pförtner gehört damit, so sehen es Branchenkenner, zu den mächtigsten Medienmachern im Land. Interessenkonflikte sind programmiert. „Da wird man gespannt beobachten müssen, wie er diese beiden Eigenschaften – Zuständigkeiten als Minister und eben auch Zuständigkeiten als Miteigner – auseinanderhält", so der Medienwissenschaftler Horst Röper. Der DJV, der Deutsche Journalisten Verband, fragt entgeistert: Ein Verleger, der sich mit Engagement für die Medienvielfalt in Nordrhein-Westfalen einsetzen soll? Der Miteigentümer der WAZ, die in ihrem Verbreitungsgebiet Monopolist ist, kämpft also künftig für den Erhalt von Zeitungstiteln und redaktionellen Arbeitsplätzen? Eine lustige Vorstellung."

> Keine kritischen Beiträge über den eigenen Chef?

Der anrüchige Berufswechsel hat noch eine andere heikle Komponente. Gespannt muss man auch die Berichterstattung über die Regierung Laschet durch die Zeitungen und Radiosender der Funke-Medien-Gruppe beobachten. Werden allzu kritische Beiträge ausbleiben, wenn ein Herr aus der Chefetage auf der Regierungsbank sitzt?

Auf ungute Weise verzahnt ist das Unternehmen schon jetzt mit dem politischen Establishment. Die Funke-Medien-Gruppe ist personell und finanziell eng mit dem „Recherchezentrum Correctiv" verbunden. Das dubiose Unternehmen betätigt sich für Facebook als externer „Faktenprüfer". Es soll Falschmeldungen im sozialen Netzwerk kennzeichnen und richtigstellen. Aufgefallen sind die Correctiv-Leute bislang vor allem durch einen geradezu schäumenden Hass gegen alles, was vom Mainstream und der Political Correctness abweicht. Man kann wohl davon ausgehen, dass die härtesten Fakten von Correctiv für falsch beurteilt werden, wenn sie von der falschen Seite kommen. Wird demnächst auch jede Kritik an der neuen NRW-Regierung auf Facebook automatisch zu den Fakenews geschrieben? *Frank Horns*

Zeitzeugen


Bild: CF

Mauricio Macri – Argentiniens Präsident hat auf dem Pekinger Seidenstraßen-Gipfel im Mai dieses Jahres seinem chinesischen Amtskollegen Xi Jinping zu verstehen gegeben, dass sein Land wieder Soja nach China exportieren möchte. Derzeit importiert das Reich der Mitte Sojaprodukte nur noch aus Brasilien, eine Reaktion darauf, dass argentinische Energieprojekte, in die chinesische Unternehmen hohe Summen investiert hatten, nicht rechtzeitig fertig gestellt wurden.

Donald Trump – In den USA ist der chinesische Absatz durch sein Leitmotto „America first“ in Mitleidenschaft gezogen. Nach seinem ersten Treffen mit seinem Amtskollegen Xi Jinping im April in Washington twitterte der US-Präsident: „Er ist ein sehr guter Mann. Er liebt China und die Chinesen.“ Vor seinem Abflug vom G 20-Gipfel in Hamburg dann ein Dämpfer: „Das war's mit China – aber wir haben es versucht!“ Die Volksrepublik erhält durch den aufkommenden US-Protektionismus nun im Gegenzug die Chance, im transpazifischen Raum seine eigenen Initiativen durchzusetzen.


Bild: CF

Wang Yi – Chinas Außenminister lehnt den Vergleich der Neuen Seidenstraße mit dem Marshallplan ab. Anders als die USA nach dem Zweiten Weltkrieg wolle sein Land mit der Seidenstraßen-Initiative keinen politischen Einfluss ausüben, erklärte er im März auf dem Nationalen Volkskongress in Peking. Die Neue Seidenstraße sei jünger und zugleich viel älter als der Marshallplan. Die historische Seidenstraße habe ihre erste Blüte während der Han-Dynastie erlebt, also um die Zeitenwende, während ihre Wiederbelebung in das Zeitalter der Globalisierung falle.


Bild: Imago

Erich Staake – Der Vorstandsvorsitzende der Duisburger Duisport-Gruppe freut sich über die Zuwächse beim Bahntransport aus China. Wöchentlich verkehren rund 20 Züge zwischen dem Duisburger Hafen und chinesischen Städten. Duisburg ist einer von mehreren Seidenstraßen-Endpunkten in Europa. 2016 schloss die Duisport-Gruppe im Rahmen der Neuen Seidenstraße Kooperationen mit chinesischen Unternehmen für den transeurasischen Bereich.

Chinas »offene Globalisierung«

Vom wirtschaftlichen Aufstieg der VRC sollen angeblich alle profitieren

Chinas Seidenstraßen-Initiative One Belt, One Road (OBOR) umfasst Handels- und Verkehrsinfrastrukturprojekte in Europa, Asien und Afrika. Darüber hinaus sind Investitions- und Entwicklungsprogramme für Lateinamerika vorgesehen. Über die maritime Seidenstraße sollen Schiffe vom Südchinesischen Meer bis in den Hafen von Piräus fahren, der seit April mehrheitlich einer chinesischen Reederei gehört.

Nur in bilateraler und multilateraler Kooperation kann die Volksrepublik China (VRC) ihr weltumspannendes Konzept umsetzen, das die Interessen zahlreicher Länder berührt. Mindestens 65 Länder sind bereits in das OBOR-Programm eingebunden. Teilweise knüpfen die geplanten Vorhaben an bestehende Handelskontakte und im Bau befindliche Infrastrukturprojekte an.

Mit der Bezeichnung „Neue Seidenstraße“ nutzt das Reich der Mitte einen bekannten Mythos als Türöffner für seinen Vorstoß. China will globale Gestaltungsmacht werden und propagiert nun eine „offene Globalisierung“. Ein neues Paradigma der Zusammenarbeit soll eingeführt werden, von einer Interessen- und Verantwortungsgemeinschaft ist die Rede, von kultureller Toleranz und wirtschaftlicher Integration. Alle Länder entlang der Seidenstraßen würden von den geplanten und teilweise schon fertiggestellten Handels- und Transportwegen profitieren, verspricht die Regierung der zweitgrößten Wirtschaftsmacht.

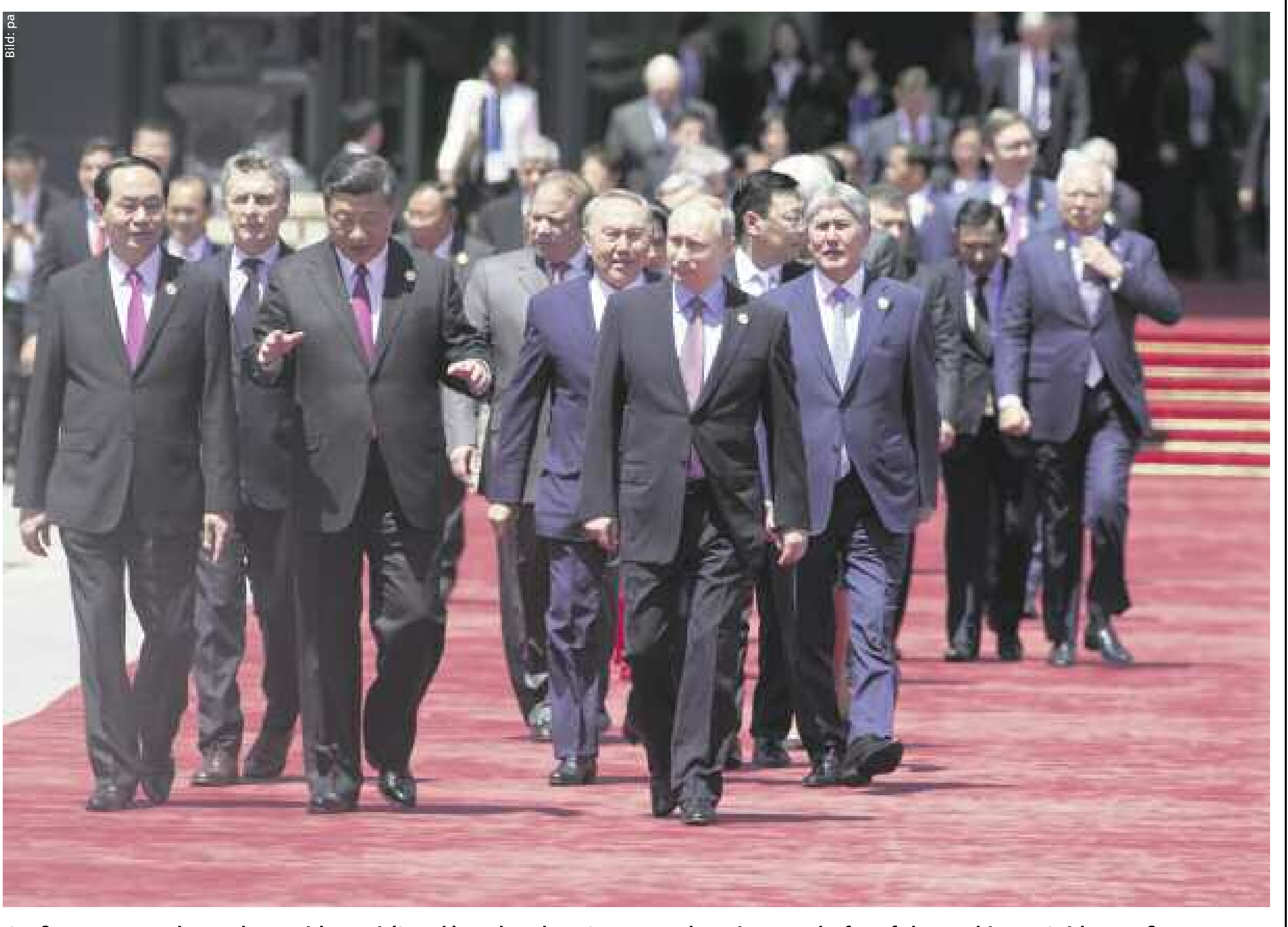
> Das Land muss aufpassen, sich nicht zu übernehmen

Nach offiziellen Angaben haben die staatlichen chinesischen Großkonzerne bisher schon in 1700 Projekte entlang der eurasischen und afrikanischen „Seidenstraßen“ investiert. Der wichtigste Wirtschaftskorridor ist die Eisenbahnverbindung von Ostasien über Istanbul nach Europa. Lokal begrenzt sind Freihandelszonen entstanden. In Afrika wurde im Juli eine 750 Kilometer lange Strecke von Äthiopien nach Dschibuti in Betrieb genommen, wo Peking zeitgleich seinen ersten militärischen Stützpunkt im Ausland errichtet hat (siehe Seite 6).

Als Schmiermittel enthält OBOR umfangreiche Hilfs- und Entwicklungsprogramme für die ärmeren Länder. Ihnen wird verheißen, dass sich für sie mit der Teilnahme an den Projekten die Tür zum globalen Wirtschaftswachstum öffnen werde. Nicht gerade förderlich wirkt sich jetzt Chinas Ruf als rücksichtsloser Globalisierungsprofiteur aus. In den muslimisch geprägten Regionen in Zentralasien steigt die Gefahr durch Anschläge von Terroristen auf die Bauwerke mit chinesischer Beteiligung.

Mit den geplanten Investitionen geht China ein hohes Risiko ein. Dabei ist das Riesenreich mit seiner 1,3-Milliarden-Bevölkerung inzwischen von massiven Problemen geplagt. Die gesellschaftliche Ungleichheit ist gestiegen, während die Binnenkonjunktur stagniert. Seit Jahren steht die Wirtschaft unter Abwärtsdruck, das Finanzsystem und ein überhitzter Immobilienmarkt sind äußerst labil. Hinzu kommt der Handelsstreit mit den Vereinigten Staaten. Trotz dieser prekären Lage hat die Staatsführung in ihrem derzeitigen Fünf-Jahres-Plan das Ziel vorgegeben, das Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung bis 2020 zu verdoppeln.

Mit dem Angebot einer „gerechten Aufteilung von Ressourcen unter allen Beteiligten“ unterstreichen die Chinesen die Tatsache, dass sie bereits in eine neue Phase der Globalisierung vorgeprescht sind. Damit verbunden ist eine Ausbeutung von Bodenschätzen auf dem Land und im Meer in bisher ungekanntem Ausmaß und mit ungewissen Folgen. Das ist kaum vereinbar mit den neuerlich auf dem G20-Gipfel bekräftigten Zielen zur Reduzierung des Kohlendioxids. Davon sprechen bisher aber nur wenige Politiker und Journalisten. *Dagmar Jestrzemski*


Bild: pa

Großes Interesse der Welt: Präsident Xi (3. v. l.) und andere Staats- und Regierungschefs auf dem Pekinger Seidenstraßen-Forum

10,6 Billionen US-Dollar für fünf Jahre

Unter dem Namen „Neue Seidenstraße“ (englisch One Belt, One Road, OBOR) fasst China sein geplantes interkontinentales Transport-, Energie-, Handels- und Kommunikationsnetzwerk zusammen. Benannt wurde die chinesische Handelsstrategie nach der historischen Karawanenstraße von der alten Kaiserstadt Xi'an über Zentralasien bis zum Mittelmeer. Die Initiative umfasst Investitionen und Infrastrukturprojekte in 65 Ländern mit fast 63 Prozent der Weltbevölkerung. Kern des geostrategischen Konzepts sind Handelskorridore entlang der eurasischen Haupt- und Nebenrouten, um die Märkte Chinas ohne Barrieren mit Zentral- und Südostasien sowie Europa zu verbinden. Vorrangig verfolgt China das Ziel, seine asiatischen Anrainerstaaten stärker an sich zu binden. Das Band kommerzieller und industrieller Zentren ist auf Expansion ausgerichtet. Kritiker bemängeln, dass viele Fragen zur Umsetzung noch offen sind.

Unter dem Dach des im Herbst 2013 veröffentlichten Konzepts

Enormer Bedarf an Investitionen

sollen Handel und Investitionen „zum gegenseitigen Nutzen“ der Partnerländer stattfinden. Ende 2014 wurde der staatliche chinesische Seidenstraßen-Fonds eröffnet. OBOR hat in Peking höchste politische Priorität. China benötigt rasch neue Absatzmärkte, insbesondere für seine Überkapazitäten in der Schwer- und Bauindustrie sowie beim Bahn- und Schienenbau.

Vorerst ist die Finanzierung nur für einen kürzeren Zeithorizont gesichert. Die 2015 gegründete Asiatische Investitionsbank (AIIB), der 77 Staaten, darunter auch Deutschland, angehören, hat 890 Milliarden US-Dollar für insgesamt 900 Bau- und Entwicklungsprojekte bereitgestellt. Maßgebliche Finanziers sind daneben die staatseigenen chinesischen Banken. Beim zweitägigen Gipfeltreffen in Peking im Mai dieses Jahres bat Präsident Xi auch die Weltbank um Mitwirkung. Wirtschaftsforscher des Pekinger Staatsrats veranschlagen allein für den Zeitraum 2016 bis 2020 einen Investitionsbedarf von 10,6 Billionen US-Dollar. *D.J.*

68 Staaten unterschrieben

Die USA und ihre Verbündete zeigen sich skeptisch

Vor Vertretern aus über 100 Ländern lobte Chinas Staatspräsident Xi Jinping auf dem Pekinger Seidenstraßen-Forum am 13./14. Mai die „Straße des Friedens und des Aufschwungs“ als wichtigstes globales Entwicklungsprogramm des Jahrhunderts (siehe *PAZ* Nr. 23/2017). Chinas Initiative wird von den Regierungen kleinerer Länder in Asien und Afrika überwiegend begrüßt, teils aber auch kritisch gesehen oder abgelehnt. Vielfach sind die Infrastrukturprojekte längst Bestandteil der nationalen Entwicklungsstrategie.

Indien sagte aus politischen Gründen seine Teilnahme ab. Andere skeptische Mächte wie die USA und deren Verbündeter Japan schickten Delegationen zur Konferenz. Russlands Präsident Wladimir Putin war anwesend und bekräftigte seinen Willen zur Zusammenarbeit mit seinem Nachbarn im Südosten. Am Ende unterschrieben 68 Staaten das Abschlussdokument, Deutschland und die meisten anderen europäischen Staaten jedoch nicht. Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries bedauerte, dass Peking den europäischen Firmen ohne chinesische Partner keinen Marktzugang gewährt. In der EU fragt man sich besorgt, ob die Chinesen sich an die Regeln des internationalen Seerechts halten werden. Bedenken gibt es auch im Hinblick auf Arbeits- und Umweltstandards sowie den Wissenstransfer.

> »Straße des Friedens und des Aufschwungs«

Auch bestehen Zweifel an der Finanzierung des OBOR-Programms. Chinas Staatsverschuldung ist seit 2011 kontinuierlich gestiegen. Hinzu kommt, dass zwei Drittel der einbezogenen Länder als nur bedingt oder gar nicht kreditwürdig gelten. Peter Wolff vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik wies darauf hin, dass der Seidenstraßenfonds und die Asiatische Investitionsbank als Hauptfinanziers allein die Finanzierung nicht stemmen können. Die staatlichen Institute China Development Bank und Exim Bank halten sich inzwischen zurück. Sie rechnen mit Kreditausfällen, weil sich einige Länder finanziell übernommen haben. *D.J.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Brutale Clans, hilfloser Staat

Eingeweihte sprechen von den wahren Herrschern Berlins: hochkriminelle kurdische Großfamilien



Verbrechensschwerpunkt Bahnhof Neukölln: Der Clannachwuchs sorgt nicht nur hier regelmäßig für Schlagzeilen, etwa wenn es um schwere Körperverletzung oder illegale Autorennen geht

Bild: Imago

Der Fall der kanadischen 100-Kilo-Goldmünze, die im März dieses Jahres aus dem Berliner Bode-Museum gestohlen wurde, hat weltweit für Aufsehen gesorgt. Die von der Berliner Staatsanwaltschaft ermittelten Tatverdächtigen weisen auf ein über Jahrzehnte lang gewachsenes Kriminalitätsproblem hin.

Bei den mutmaßlichen Tätern soll es sich um bereits polizeibekannte Angehörige einer libanesischen Großfamilie handeln. „Wir müssen davon ausgehen, dass wir es mit einer organisierten Bandenstruktur aus dem Bereich arabischer Clans zu tun haben", erklärte die ermittelnden Oberstaatsanwältin Martina Lamb auf einer Pressekonferenz. Wie beim Münzraub werden arabische Großclans immer wieder im Zusammenhang mit spektakulären Beutezügen erwähnt: Im Jahr 2010 sorgte etwa ein Überfall auf ein Pokerturnier in der Spielbank am Potsdamer Platz für Aufsehen. Als einer der Drahtzieher des Überfalls wurde ein Angehöriger eines großen arabischen Familienverbandes verurteilt.

Diese Fälle sorgen für Schlagzeilen, sie stellen allerdings nur eine kleine Auswahl der Aktivitäten einiger Clans dar. Große Teile des Drogenhandels, des illegalen Glücksspiels, der Prostitution und der Schutzgelderpressung werden in Berlin mittlerweile von einigen wenigen arabisch sprechenden Großfamilien dominiert. Bei der Aufklärung von Straftaten aus diesen Gruppen stoßen die Ermittler auf eine Reihe von Schwierigkeiten. Auffallend ist die Brutalität und die hohe kriminelle Energie.

Durch die abgeschotteten Clanstrukturen ist der Einsatz verdeckter Ermittler kaum möglich. Landen Fälle vor Gericht, kommt es immer wieder zu Bedrohungen von Zeugen und Opfern. Kommt es zu Verurteilungen, müssen Richter und Staatsanwälte zur Kenntnis nehmen, dass sie es oft mit einer strafunempfindlichen Klientel zu tun haben: „Der Knast macht Männer", so lautet eine Redewendung, die in den Clans gebräuchlich ist. Ins Bild passend verstehen sich Verurteilte auch hinter Gefängnismauern als Staathalter ihres Clans.

Oftmals erfolglos waren bisher auch die Bemühungen, kriminelle Clanmitglieder wieder aus Deutschland auszuweisen. Bei den Großfamilien, die in den Medien meist als „arabisch" oder „kurdisch-libanesisch" bezeichnet werden, handelt es sich oftmals um sogenannte Mhallamiye-Kurden. Diese stammen ursprünglich aus Südanatolien. Mehrere Auswanderungsschübe führten dazu, dass sich Teile dieser Arabisch sprechenden Gruppe auch im Libanon ansiedelten. Die dortigen Behörden stellten den Mhallamiye-Kurden im Normalfall Fremdenpässe („Laissez-passer") aus. Diese berechtigten zum Verlassen des Libanon, verloren aber in der Regel nach einem Jahr ihre Gültigkeit. Als Folge tauchten viele der verstärkt seit 1982 nach Deutschland kommenden Mhallamiye-Kurden in den Statistiken alsbald als „Staatenlose" auf.

> Hart-IV-Empfänger mit luxuriösem Lebenswandel

Eine zweite Entwicklung hat das Problem noch verschärft: Auch aus der Türkei reisten dort ansässige Mhallamiye-Kurden in die Bundesrepublik ein und gaben sich hier als libanesische Bürgerkriegsflüchtlinge aus. Das Berliner Landeskriminalamt gründete vor diesem Hintergrund sogar eine eigene Ermittlungsgruppe namens „Ident". Die Ident-Fahnder versuchten Straftätern, die verschleierte türkische Staatsangehörigkeit nachzuweisen. Selbst im Erfolgsfall war dies allerdings keine Garantie für eine Rückführung. So verweigerten türkische Behörden zum Beispiel Rücknahmen unter dem Hinweis, die betreffende Person sei längst ausgebürgert worden.

Der Mix dieser Faktoren hat dazu geführt, dass die Organisierte Kriminalität in Berlin mittlerweile fest in der Hand einiger Arabisch sprechender Großfamilien ist. Der Clan-Nachwuchs sorgt wiederum regelmäßig als Intensivtäter für Schlagzeilen, wenn es um schwere Körperverletzungen oder um illegale Autorennen im Berliner Stadtgebiet geht. Angesichts der bislang weitgehend erfolglosen Versuche, die Aktivitäten der kriminellen Großfamilien zu unterbinden, sehen Experten die Gefahr, dass sich die Macht der Clans weiter ausbreitet. So warnt der Politiker Roman Reusch (AfD), der von 2003 bis Anfang 2008 bei der Berliner Staatsanwaltschaft die Abteilung für jugendliche Intensivtäter leitete: „Die Mhallamiye-Kurden stellen für die Innere Sicherheit eines der immer drängender werdenden Probleme dar, da der Staat sich deren Machtstreben gegenüber bisher als völlig hilflos erwiesen hat. Haft fruchtet nichts, und Abschiebung ist nicht möglich." Reusch plädiert ebenso wie seine Partei vor diesem Hintergrund für die Möglichkeit, den Clanmitgliedern auch die deutsche Staatsbürgerschaft wieder entziehen zu können, um sie danach in aufnahmebereite Länder abzuschieben.

Empfindlich treffen könnte die Clans auch eine Abschöpfung der Gewinne aus ihren kriminellen Aktivitäten. Bereits zum 1. Juli ist ein Bundesgesetz gültig, das den Weg dazu freigemacht hat, so zumindest die Hoffnung Berliner Ermittler. Allzu oft erleben sie, dass Clanangehörige offiziell Hartz IV beziehen, gleichzeitig aber einen luxuriösen Lebenswandel pflegen. Bislang galt dabei das Prinzip, dass der Nachweis geführt werden musste, dass dahinter kriminelle Aktivitäten stecken. Nun droht auch Kleinkriminellen, dass sie in bestimmten Fällen belegen müssen, ob sie auf legalem Wege zu ihrem Besitz gekommen sind. Aufgehoben wurde damit die bisherige Beschränkung auf banden- und gewerbsmäßige Delikte.

Wie wirksam die Änderung in der Praxis ist, bleibt abzuwarten. Schon bislang stoßen die Ermittler, regelmäßig auf die Behauptung, dass hinter größeren Geldflüssen „Investoren" aus dem Libanon stehen würden. Eine Klärung der Angaben ist bislang häufig am mangelnden Kooperationswillen ausländischer Behörden gescheitert. *Norman Hanert*

Antifa-Irrsinn: Israelis als Nazis attackiert

Von Vera Lengsfeld

Neukölln ist spätestens seit den Büchern und Medienauftritten des ehemaligen Bürgermeisters Heinz Buschkowsky als ein Problembezirk Berlins bekannt. Trotzdem hat die sogenannte Gentrifizierung, also der Strukturwandel hin zu wohlhabenden Mietern und Wohnungseigentümern, auch hier schon längst begonnen. Vor allem das Gebiet um den Wildenbruchplatz ist sehr schick geworden, obwohl es in Teilen immer noch von der Antifa, speziell den Antideutschen, die eigentlich israelfreundlich sein sollen, dominiert ist. Und die Antifa bestimmt immer noch erfolgreich, was im Kiez erlaubt ist, und was nicht.

Aktuell traf es eine kleinen, aber feinen Buchladen in der Weserstraße, der von zwei Israelis betrieben wurde. Auch „Zeit-Online" war der „ein bisschen schräge" Laden in einem Bericht über Berlins Bücherszene eine lobende Erwähnung wert. Das Konzept von Topics war eigenwillig. Er hieß Topics, weil die Bücher in den Regalen nach Themen geordnet waren. In kleinen Boxen stand ein blaues Buch, auf dem das jeweilige Thema angezeigt war: „Postmoderne Western", „Brotherhood", „Russisch", „Dronen und dunkle Geographie", „Suizidale Schriftsteller" – und „Faschisten". Neben Büchern gab es auch Kaffee zu trinken und die Möglichkeit, miteinander ins Gespräch zu kommen. Außerdem bereicherten Veranstaltungen das Angebot. Das lief vier Jahre gut. Das Geschäft war „keine Goldmine", wie der Besitzer Doran in seinem Abschiedspost auf Facebook schreibt, aber er konnte sich mit einem kleinen Gewinn begnügen, weil er aus gesicherten finanziellen Verhältnissen kommt. Sein Geschäftspartner Amir steuerte immer neue Ideen bei.

Eines Tages hatte Amir aber eine Idee, die zum Aus von Topics führte. Angeregt durch eine Bemerkung von Steve Bannon, des Chefstrategen von US-Präsident Donald Trump, der ihn als Inspiration bezeichnet hatte, sollte eine Veranstaltung über das Werk des italienischen Kulturphilosophen Julius Evola stattfinden, eines Futuristen und Dadaisten, der aber auch Esoteriker und Rassenmetaphysiker war. Es sollte über die Ideengeber der Rechten in den USA diskutiert werden. Nur was man kennt, kann man mit den richtigen Argumenten bekämpfen.

Das war der Antifa ein Dorn im Auge. Sie startete einen Shitstorm im Internet, in dem der Buchhandlung vorgeworfen wurde, ein Ort der Rekrutierung für Nazis zu sein. Die Betreiber, Nachkommen von Holocaust-Überlebenden, seien selbst Nazis. Alle Versuche, die Antifanten zu überzeugen, schlugen fehl. Die Kunden blieben weg. Die Nazimethoden der Antifa waren erfolgreich in Berlin im Jahre 2017.

25 000 Seiten angefordert

Ein Untersuchungsausschuss soll die Fehler im Fall Amri aufdecken

Noch vor der parlamentarischen Sommerpause ist im Berliner Abgeordnetenhaus am 14. Juli der Untersuchungsausschuss zum Fall Anis Amri zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengekommen. Das Gremium mit zwölf Mitgliedern aller sechs Fraktionen im Abgeordnetenhaus soll unter anderem klären, welche Fehler die Polizei und andere Behörden im Vorfeld des bislang schwersten islamischen Attentats in Deutschland begangen haben.

Am 19. Dezember 2016 hatte der tunesische Moslem Anis Amri einen Anschlag auf den Weihnachtsmarkt an der Berliner Gedächtniskirche verübt. Dabei waren zwölf Menschen getötet und fast 70 Besucher des Weihnachtsmarktes zum Teil schwer verletzt worden. Im Raum steht unter anderem der Verdacht, dass es möglich gewesen sei, den Tunesier vor dem Anschlag wegen anderer Delikte wie etwa Drogenhandel festzunehmen. Bruno Jost, ein vom Berliner Senat eingesetzter Sonderermittler hatte bereits Anfang Juli in einem Zwischenbericht Manipulationen in Akten der Kriminalpolizei bestätigt. Der Ausschussvorsitzende Burkard Dregger kündigte eine schonungslose Aufklärung an: „Wir werden rücksichtslos und vollständig ermitteln", so der CDU-Innenpolitiker.

> Dregger kündigt schonungslose Aufklärung an

Zu den Zeugen, die befragt werden, wird mit Sicherheit auch Berlins ehemaliger Innensenator Frank Henkel (CDU) gehören. In seine Amtszeit fiel die Entscheidung, die Observation Amris abzubrechen. Der Ausschuss will in seiner nächsten Sitzung am 8. September die ersten Zeugen benennen und dann auch eine Reihenfolge der Befragung festlegen. Nach dem Willen der Innenexperten der Fraktionen soll bis dahin die Sommerpause des Parlaments genutzt werden, zunächst einmal Akten vom Bund und aus den Ländern Berlin, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg anzufordern.

Erwartet werden rund 25 000 Seiten von verschiedenen Behörden wie der Polizei und Innenministerien. Im Vorfeld der konstituierenden Sitzung des Amri-Ausschusses waren allerdings Unstimmigkeiten zwischen den Fraktionen deutlich geworden. Sowohl die Berliner FDP als auch die AfD hatten kurz vor der ersten Sitzung eigene Beweisanträge vorgelegt und kritisiert, dass SPD, Linke, Grüne und CDU sie bei den Vorbereitungen nicht einbezogen hätten. *N.H.*

Müller-Bonus?

Berlins Bürgermeister und die Parkplätze

Mit dem Amtsantritt des rot-rot-grünen Senats im vergangenen Jahr hatte die neue Landesregierung eine Wende in der Verkehrspolitik angekündigt. Im Koalitionsvertrag ist festgelegt worden, dass möglichst viele Einbahnstraßen für den (beiderseitigen) Radverkehr geöffnet werden sollen. Ganz oben auf der Prioritätenliste stand der Schulenburgring in Berlin-Tempelhof. Dort wohnt der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD).

Anfang Juli 2017 ließ die zuständige grüne Bezirksstadträtin Christiane Heiß in der Straße zunächst auf acht Parkplätzen Halteverbotsschilder aufstellen. Zwar gilt dieses Halteverbot für den Regierenden Bürgermeister selbst nicht, aber für seine Nachbarn. Müller ließ vom Leiter seines Wahlkreisbüros einen Brief an die Anwohner „im Schulenburgring und Umgebung" schreiben, in dem er sich von der Maßnahme der grünen Stadträtin distanzierte: „Das sehen wir kritisch, da die Parkmöglichkeiten in der näheren Umgebung ohnehin kaum ausreichen." Müller will die Anordnung nun sogar zum Thema einer Senatsklausur machen.

> Kein Halteverbot vor der eigenen Haustür

Stadträtin Heiß zeigte sich unbeeindruckt und ließ inszwischen sogar vier weitere Parkplätze „wegräumen". Für die oppositionelle CDU ein willkommener Angriffspunkt. Ihr verkehrspolitische Sprecher im Abgeordnetenhaus, Oliver Friederici: „Was empfinden die Bürger dabei, wenn der Regierende diesen Unsinn nur vor seiner Haustür kritisiert, aber nicht in den Straßen, wo die Normal-Berliner leben, die täglich unter den Folgen der rot-rot-grünen Verkehrspolitik leiden müssen?" *Hans Lody*

Große Pläne für die AVUS

Die Tribüne der früheren Rennstrecke AVUS in Charlottenburg wird seit 1998 nicht mehr genutzt. Die Zuschauerränge verfallen. Der im Iran geborene, in Hamburg aufgewachsene und jetzt in Berlin lebende Unternehmer Hamid Djadda hat mit der Immobilie große Pläne. Er will dort Veranstaltungsräume, ein Avus-Museum, Büros, Cafés und Geschäfte einrichten. Djadda betreibt in Berlin bereits zwei Unternehmen. Die AVUS war 1921 als die weltweit erste Autobahn erbaut wurden. 1926 wurde dort der „große Preis von Deutschland" ausgetragen, den der legendäre Rudolf Caracciola auf einem Mercedes gewann. Die AVUS ist eines der Wahrzeichen Berlins und hat besonders für die Berliner aus dem Westteil der Stadt große emotionale Bedeutung. 1959 wurde als politisches Zeichen auf der AVUS noch einmal der „Große Preis von Deutschland" ausgetragen. Die AVUS diente 1983 als Kulisse für den James-Bond-Film „Octopussy", *Hans Lody*

MELDUNGEN

Biometrische Daten

Straßburg/Brüssel – Der Innenausschuss des EU-Parlamentes hat einer Verordnung zur Ein- und Ausreise von Bürgern aus Drittstaaten zugestimmt. Durch das neue System sollen Reisepassdaten und biometrische Daten wie Fingerabdrücke und Gesichtsbilder von regulär in die EU ein- und ausreisenden Drittstaatenangehörigen erfasst und für bis zu vier Jahre gespeichert werden. Die Daten sollen in dieser Zeit den Strafverfolgungs- und Ermittlungsbehörden zugänglich gemacht werden. Der im Innenausschuss beschlossenen Verordnung ging bereits eine Einigung zwischen dem zuständigen Ministerrat, der EU-Kommission und dem Parlament voraus. Nun müssen noch dessen Plenum und der Europäische Rat zustimmen. Beides gilt jedoch als Formsache. *J.H.*

Kleinrussland gegründet

Donezk – Der Präsident der bisher fast nirgends anerkannten Volksrepublik Donezk, Alexander Sachartschenko, hat die Gründung eines Staates namens Kleinrussland (Malorossija) verkündet. Das Gebilde solle Rechtsnachfolger der Ukraine werden, welche ihren Namen diskreditiert habe. Es sei von Vertretern der Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie 19 weiterer Regionen der Ukraine – zu denen damit die inzwischen russische Krim nicht gehört – gegründet worden. Zunächst soll dieses Staatsgebilde alle unter Kontrolle der bisherigen Unabhängigkeitsaktivisten befindlichen Gebiete im Osten des Landes und später das gesamte frühere Staatsgebiet unter Ausschluss der Krim umfassen. Hauptstadt wäre ab jetzt Donezk, Kiew käme auch danach nurmehr der Rang eines „historisch-kulturellen Zentrums“ zu, so Sachartschenko. *T.W.W.*

Trump verunsichert auch den Kreml

Das russisch-US-amerikanische Verhältnis ist höchst labil, und das liegt ausschließlich an Washington

Das Verhältnis zwischen Russland und den USA befindet sich seit dem G 20-Gipfel in Hamburg in einem Zustand höchster Labilität, die ausschließlich von Washington verursacht wird. Binnen weniger Tage können Anzeichen von Wirklichkeitsnähe und Entspannung abgelöst werden von aggressiver Propaganda und Drohungen. Die Gespräche zwischen Russlands Präsidenten Wladimir Putin mit seinem Amtskollegen aus den USA, Donald Trump, so vielversprechend sie auch verlaufen sein mögen, haben daran nichts ändern können.

Die Ursachen hierfür liegen sowohl in der sprunghaften Art Trumps, die es schwer, wenn nicht unmöglich erscheinen lässt, mit ihm eine langfristig angelegte Politik zu treiben, als auch in der Tatsache, dass nicht allein er es ist, der in den Staaten zu bestimmen hat, wie diese aussehen soll – die beiden Kammern des Kongresses sind täglich dafür gut, dem Präsidenten Schwierigkeiten zu bereiten, und das gilt auch für Vertreter seiner eigenen Partei.

In zwei Dingen zumindest sind sich der Präsident sowie die herrschenden Eliten des Landes und somit auch die Parlamentsmehrheit einig: Da ist zunächst die Frage nach der militärischen Stärke des Landes. Soeben hat Trump einen neuen Flugzeugträger in Dienst gestellt, die „USS Gerald R. Ford“, die zwar technisch anfällig, aber wenigstens das teuerste Kriegsschiff der Welt ist. Flugzeugträger sind Waffen, die ausschließlich für Operationen weit entfernt von der Heimatregion gebraucht werden, sozusagen jede Bruttoregistertonne ein Stück Imperialismus. Genau so war es auch zu verstehen, als Präsident Trump erklärte: „Wir werden jeden Tag besser und stärker.“

In Russland sieht man das ganz ähnlich, wenn auch unter umgekehrten Vorzeichen. Moskau empfindet diese Politik als eine unmittelbare militärische Bedrohung. „Das Streben einiger Staaten, insbesondere der USA, nach Herrschaft in den Weltmeeren einschließlich der Arktis-Region“ empfinden die russischen Militärs als eine der größten Herausforderungen. In einem offiziellen Strategiepapier, das Präsident Putin dieser Tage ratifiziert hat, heißt es, die Russische Föderation werde es nicht erlauben, dass eine „überwältigende Überlegenheit“ fremder Länder über die eigene Marine aufgebaut wird. Sie werde danach streben, sich den weltweit zweiten Platz bei der militärischen Stärke zu bewahren. Wer allerdings die starke Neigung der Russen zur Untertreibung kennt, wird diese Formulierung als eine Warnung begreifen, Russland nicht zu unterschätzen.

Der zweite Bereich allgemeiner, unbestrittener politischer Übereinstimmung unter den politischen und wirtschaftlichen Eliten der Vereinigten Staaten ist derjenige der Energiepolitik. Seit Jahren setzen sie alles daran, Erdgas in Europa zu verkaufen, wobei sie

> »Wir werden jeden Tag besser und stärker«

keineswegs die klassischen Mittel einer Marktwirtschaft nutzen wie Qualität oder Preisvorteil, sondern diejenigen des Kapitalismus, bei dem die Politik in den Dienst der Wirtschaft gestellt, konkret, politischer Druck auf die Europäer ausgeübt wird, das US-Gas zu kaufen, unter welchen Bedingungen auch immer.

Doch dann und wann wird diese Strategie auch von einer Beschönigung geziert. Um die „Energiesicherheit der Verbündeten“ zu schützen, heißt es fürsorglich in einem Beschluss des US-Kongresses, sollen diese Gas aus den Vereinigten Staaten kaufen. Und dann kommt eine wahrhaft Orwell'sche Verdrehung der Tatsachen: „Die Regierung der USA muss den Export von Energieressourcen der USA zu einer Priorität machen ..., um den US-Verbündeten und Partnern bei der Stärkung ihrer Außenpolitik zu helfen.“ Das heißt auf Deutsch: Tut, was wir wollen, dann seid ihr selbstständig.



Sie haben an der Labilität der bilateralen Beziehungen nichts ändern können: Gespräch zwischen Trump und Putin auf dem G 20-Gipfel Bild: Imago

Beim Gasverkauf stoßen die USA allerdings auf die befremdliche Tatsache, dass Europa seit den Tagen der Sowjetunion und jetzt von Russland stetig, zuverlässig und preiswert mit Gas versorgt wird. Hier freilich setzt jene diplomatische Virtuosität ein, die man aus Washington kennt, nämlich die Verhängung von Sanktionen. Die neuesten richten sich gegen den Bau der Gaspipeline Nord Stream 2, den die USA ebenso verhindern wollen, wie sie die Pipeline South Stream durch das Schwarze Meer und den Balkan sabotiert haben.

Nord Stream 2 soll direkt von Russland durch die Ostsee nach Deutschland führen und eine Kapazität von 55 Milliarden Tonnen jährlich aufweisen. In der Begründung dieser Sanktionen ist nachzulesen, dass sich die USA Sorgen machen wegen des „negativen Einflusses“, den das Projekt auf die Energiesicherheit der EU habe. Wer eine solch windige Erklärung vorbringt, hat ganz offenbar gar kein brauchbares Argument, abgesehen davon, dass niemand weiß, mit welchem Recht sich die USA in die Handelsbeziehungen zweier souveräner Länder einmischen.

Freilich bringt schlechte Politik schlechte Folgen mit sich. Dass Sanktionen immer ein zweischneidiges Schwert sind, sollte man sogar in den USA erkannt haben. So kommt es, dass mehrere US-Großkonzerne wie Boeing, BP, Exxon oder auch General Electric zumindest eine Änderung der jüngsten Russlandsanktionen fordern, weil sie Einbußen bei ihren Geschäften befürchten.

Manchmal machen auch Personalentscheidungen Politik. Daher verdient der neue US-Botschafter in Russland, Jon Huntsman, erhöhte Aufmerksamkeit. Er ist nämlich kein Versorgungsfall aus einem Spezigeschäft, sondern ein erfahrener Diplomat, der früher unter anderem Botschafter in Peking war. Der Wunschkandidat Moskaus ist Huntsman keineswegs. Er ist seit Langem ein Unterstützer des extrem aggressiven Senators John McCain und außerdem Chef des Atlantic-Council, einer der einflussreichsten Gruppierungen, in denen Politik, Militär und Hochfinanz einander begegnen. *Florian Stumfall*

Viel zu tun in wenig Zeit

Die zweite Runde der Brexit-Verhandlungen ist gestartet

Der Brexit-Minister des Vereinigten Königreiches (UK) und der Chefunterhändler der Europäischen Union haben in Brüssel die zweite Runde der Brexit-Verhandlungen gestartet. Die Verhandlungspartner wollen die konkreten Konditionen des britischen EU-Ausstiegs klären. Das Pensum ist groß, zudem stehen die Verhandlungen unter Zeitdruck, denn der britische EU-Austieg ist für den 30. März 2019 vorgesehen.

Bis dahin müssen unter anderem die künftigen Rechte der Briten in der EU, aber auch die Stellung der rund 3,2 Millionen EU-Bürger in Großbritannien geklärt werden. Brüssel fordert, dass EU-Ausländer nach fünf Jahren Aufenthalt ein dauerhaftes Bleiberecht im UK erhalten sowie auch Leistungen aus dem britischen Sozial- und Rentensystem beziehen können.

Nach den Vorstellungen der britischen Konservativen sollen die Rechte von EU-Bürgern im UK dagegen nicht automatisch lebenslang garantiert werden. Bürger, die noch vor dem Brexit in das UK gezogen sind, will man ihren Sonderstatus belassen. Im Gegensatz dazu sollen EU-Ausländer, die nach dem Brexit kommen, individuell ein Aufenthaltsrecht beantragen müssen. Premierministerin Theresa May will zudem verhindern, dass die EU-Ausländer im UK über den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte alle in der EU gültigen Rechte einklagen können.

Als ebenso schwierig könnte es sich erweisen, eine Lösung für Irland zu finden. Nach dem Brexit wird eine EU-Außengrenze zwischen dem britischen Nordirland und der Republik Irland verlaufen. Befürchtet werden vor diesem Hintergrund Probleme für die Wirtschaft beiderseits der Grenze, aber auch ein Wiederaufflammen

> Eine Verlängerung der Frist ist möglich, aber schwierig

des Konflikts in Nordirland. Offen ist auch noch die Frage einer finanziellen Schlussrechnung nach mehr als 40 Jahren britischer Mitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften und der EU. Die EU will möglicherweise bis zu 100 Milliarden Euro vom UK fordern. Über das von den Briten gewünschte Freihandelsabkommen soll zu deren Leidwesen erst später verhandelt werden.

Bereits jetzt ist erkennbar, dass die Zeit für die Brexit-Verhandlungen knapp bemessen ist. Im für die Briten günstigsten Fall werden die Gespräche gemäß Artikel 50 des EU-Vertrages fristgemäß erfolgreich abgeschlossen. Sollte es hingegen keine rechtzeitige Einigung geben, würde Großbritannien die EU ohne ein Ausstiegsabkommen verlassen. Dieses Szenario hätte vor allem für die britische Wirtschaft negative Konsequenzen, da sie den bisherigen ungehinderten Zugang zum EU-Binnenmarkt dann automatisch verlieren würde.

Angesichts der knapp bemessenen Verhandlungszeit und der Komplexität der Materie hat sich der Pressesprecher der Europäischen Volkspartei, der Rumäne Siegfried Muresan, inzwischen dafür ausgesprochen, die Frist für die Brexit-Verhandlungen zu verlängern. Gemäß dem EU-Vertrag ist das möglich. Eine derartige Fristverlängerung würde allerdings das Einverständnis des Europäischen Rates voraussetzen. Entsprechend hoch ist das Risiko, dass eine Fristverlängerung an der Regierung irgendeines EU-Mitgliedsstaates scheitert, die den Brexit nutzen will, um die eigene oder eine andere der in der EU zusammengeschlossenen Nationen zu disziplinieren und von dem Gedanken abzuschrecken, dem Vorbild der freiheitsliebenden Briten zu folgen. *N. Hanert*

Sprungbrett nach Afrika

China und Saudi-Arabien machen sich militärisch in Dschibuti breit

Kein anderes Land auf der Welt hat so viele Militärbasen so vieler verschiedener Länder in so geringen Entfernungen wie Dschibuti. Die einstige Kolonialmacht Frankreich sowie die USA sind in dem kleinen Land am Horn von Afrika mit Militärstationen vertreten. Jetzt wollen sich dort auch China und Saudi-Arabien breitmachen.

Bedingt durch die großen militärischen und politischen Konflikte in der Region war nämlich auch der Golf von Aden und der Indische Ozean zu einem Gebiet verstärkter Schiffspiraterie geworden, was die Wirtschaftswege der großen Handelsnationen in große Turbulenzen gebracht hat. Von daher haben immer mehr Handelsnationen logistische Basen in dem politisch stabilen Dschibuti zur Bekämpfung der Meerespiraterie angelegt, darunter auch Deutschland, Italien, Spanien und Japan. Die USA bauten bereits 1994 eine Militärbasis für 4000 Soldaten in dem Wüstenstaat am Eingang zum Suezkanal. Für die Amerikaner ist diese Basis ihre einzige auf dem afrikanischen Festland.

Demnächst soll Dschibuti auch die erste chinesische Basis auf dem afrikanischen Kontinent beherbergen. Die Chinesen, die neben ihren politischen Interessen auch sehr starke wirtschaftliche Interessen in Afrika haben, werden bis zu 10 000 Soldaten auf ihrer Basis stationieren, ein Vielfaches der kleinen Armee des Landes selbst, das in etwa so groß wie Rheinland-Pfalz ist, aber nur 875 000 Einwohner hat. Die chinesische Basis soll auch eine Logistik-Basis für UN-Missionen und humanitäre Hilfsmissionen in Afrika sein. Im Vorjahr hatte sich China erstmals an einem UN-Einsatz zur Befriedung des Südsudan beteiligt.

> Frankreich und die USA besitzen dort bereits Militärbasen

Zusammen mit China hat auch Saudi-Arabien im Januar angekündigt, eine Militärbasis in Dschibuti errichten zu wollen. Anders als die Basen der anderen Länder dürfte allerdings die Militärbasis von Saudi-Arabien nicht für mehr Sicherheit in der Region sorgen, sondern eher im Gegenteil die Konflikte verstärken. Das Königreich unter seinem jungen 31-jährigen Thronfolger ist bereits militärisch im Nachbarland Jemen aktiv, was Dschibuti eine beträchtliche Anzahl von Flüchtlingen aus diesem Land beschert hat. Um diese Flüchtlinge kümmern sich jetzt saudische Stiftungen und Moscheen in ideologischer Weise, sodass von daher keine Befriedung zu erwarten ist.

Auch bei dem vom saudischen Königreich global befeuerten Konflikt mit der schiitischen Welt, vor allem dem Iran, soll das kleine Dschibuti in Zukunft eine Rolle mitspielen, denn Saudi-Arabien möchte von Dschibuti aus die Waffenlieferungen des Iran an die schiitischen Rebellen im Jemen unterbinden.

Die Freude über den neuen saudischen Nachbarn dürfte sich deshalb bei den europäischen und asiatischen Nachbarbasen in Grenzen halten, denn Saudi-Arabien hat sich zuletzt wie im Fall Katar sehr resistent gegenüber westlichen Befriedungsvorschlägen in der Region gezeigt und häufig versucht, seine ideologisch-religiöse Sichtweise der innerarabischen und innermuslimischen Konflikte durchzusetzen.

Es könnte also sein, dass der Militärbasenmix von Dschibuti in Zukunft auch China und die USA näher zusammenbringen könnte, weil beide Staaten – anders als Saudi-Arabien – zur Durchsetzung ihrer Wirtschaftsinteressen an einer Befriedung und Stabilisierung der Gesamtregion interessiert sind. *Bodo Bost*

Wie eine Zitrone

Deutschland schröpft seine Bürger mit der zweithöchsten Sozialabgabenlast aller Industrieländer weltweit

Vor allem heimliche Steuererhöhungen sind schuld: Der Staat knöpft seinen Bürgern immer höhere Anteile ihrer wohlverdienten Löhne und Gehälter ab. Sogar die Finanzexperten der OECD fordern, Deutschlands Steuerzahler endlich zu entlasten.



Ein paar Tropfen gehen noch, man muss nur kräftig genug pressen: Deutschlands Fiskus hat diese Technik besonders gut drauf – etwa durch heimliche Steuererhöhungen Bild: Imago

Sind Sie am 19. Juli, 3.25 Uhr, aufgewacht und haben mit spitzem Stift ergründet, wie viel Sie bis zu diesem Datum für den Staat und nicht für die eigene Geldtasche gearbeitet haben? Die Rechnung, die der Bund der Steuerzahler (BdSt) aufgemacht hat, treibt vielen Bürgern das Wasser in die Augen. Die Gesamtbelastung, so schätzte der BdSt just an dem von ihm kreierten „Steuerzahlergedenktag“, werde sich 2017 auf 54,6 Prozent belaufen.

Von jedem verdienten Euro blieben somit nur 45,4 Cent zur freien Verfügung übrig. Der Vereinspräsident Reiner Holznagel glaubt auch zu wissen, worauf die im Vergleich zum Vorjahr wieder gestiegene Belastung zurückzuführen ist: vor allem auf „heimliche Steuererhöhungen“. Der vermutete Grund: Weil dank der guten Konjunktur die Löhne steigen, rutschen die Bürger in immer höhere Steuersätze. 2005, im ersten Regierungsjahr von Angela Merkel, hatte die Belastungsgrenze nach den BdSt-Analysen erst bei 49,3 Prozent gelegen. 2016 betrug die Belastung noch 52,9 Prozent. Holznagels Botschaft: Der nimmermüde Fiskus verschwende das Geld der Bürger. Gerade die Mittelschicht werde über Gebühr belastet.

Der „Belastungscheck“ zeigt noch etwas anderes: Selbst für immer mehr Facharbeiter gilt heute der Spitzensteuersatz. 2005 waren 2,3 Millionen Steuerzahler davon betroffen, inzwischen gilt dieser Höchstsatz für 3,7 Millionen – Singles oder Familien. Zudem hat auch die Belastung durch steigende Sozialausgaben zugenommen, eine Folge der routinemäßig angehobenen Beitragsbemessungsgrenze und steigender Beiträge zur Pflegeversicherung. Durch die sogenannte Energiewende hat sich allein die Umlage zur Förderung alternativer Energien im Zeitraum 2010 bis 2016 verdreifacht auf die stolze Summe von 22,9 Milliarden Euro. Diese Abgabe wird über den Strompreis erhoben. Nicht zu vergessen kleinere Umlagen zur Finanzierung der „Energiewende“, die ebenfalls finanziell angezogen haben auf 2,5 Milliarden Euro in diesem Jahr.

> Selbst für immer mehr Facharbeiter gilt der Spitzensteuersatz. Insgesamt müssen ihn 3,7 Millionen Haushalte zahlen

All dies ist mit daran schuld, dass der „Steuerzahlergedenktag“ 2017 weiter nach hinten gerutscht ist. Dieser Tag gilt freilich unter Fachleuten als ein umstrittenes Symbol. Einige Ökonomen äußern Zweifel an der Berechnungsmethode von Holznagel und seinen Mitstreitern. So weise die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für Deutschland im Jahr 2015 beispielsweise eine Steuer- und Abgabenlast von 36,8 Prozent aus. Der Steuerzahlerbund hingegen spreche von 52,4 Prozent. Der Grund für die unterschiedlichen Angaben: Die Rechenexperten von Holznagels Verein nehmen nicht wie die OECD das Bruttoinlandsprodukt als Grundlage. Sie beziehen sich auf das Volkseinkommen, eine wesentlich kleinere ökonomische Kennzahl. Bei dieser sind allerdings die meisten indirekten Steuern bereits abgezogen. In die Berechnung des Steuerzahlerbundes gehen sie dennoch als Teil der Steuer- und Abgabenlast ein.

Das gilt im Übrigen auch für Sozialabgaben wie Krankenkassen- und Rentenversicherungsbeiträge, denen teilweise individuelle Leistungen gegenüberstehen. Das wird selbst von BdSt-Präsident Holznagel gar nicht in Abrede gestellt. Natürlich, sagt er, stünden gezahlten Sozialbeiträgen Leistungen gegenüber, etwa als finanzieller Schutz bei Arbeitslosigkeit. Die von seinem Verein genannten Zahlen sollten aber veranschaulichen, „dass die Steuer- und Abgabenlast in Deutschland viel zu hoch ist“, ein Hinweis, dem kaum widersprochen werden kann – auch nicht von Kritikern des BdSt. Holznagel kann unter anderem auf die Expertise der OECD verweisen, wonach im internationalen Vergleich die Steuer- und Abgabenlast nur in Belgien höher ist als in Deutschland.

In ihrem Deutschlandbericht schrieb die OECD, die hohen deutschen Sozialabgaben belasteten vor allem die Bezieher niedriger Einkommen, sie müssten deshalb gesenkt werden. Schon jetzt, Wochen vor der Bundestagswahl am 24. September, nimmt die Diskussion über Entlastungen Fahrt auf. Unter der Großen Koalition in Berlin, das verhehlt selbst das Bundesfinanzministerium nicht, ist die Steuer- und Abgabenlast für alle spürbar gestiegen. Das lässt sich an Zahlen studieren. Im Zeitraum 2013 bis 2016 ist die Abgabenquote, die den Anteil der Sozialausgaben an der Jahreswirtschaftsleistung ausdrückt, von 39,3 auf 40 Prozent angewachsen. Vordergründig betrachtet sieht das nach wenig aus. Es ist aber der höchste Wert seit 1980.

BdSt-Präsident Holznagel dringt deshalb auf kräftige Entlastungen, einschließlich der Abschaffung des Solidaritätszuschlags durch die sich nach dem 24. September formierende Bundesregierung. Er wirbt mit einer Beispielrechnung für die steuerpolitischen Vorstellungen seiner Organisation: Würde die Belastung der Deutschen durch Steuern und Abgaben so hoch sein wie im Schnitt der zur OECD gehörenden Staaten, hätte ein Single 6680 Euro mehr im Jahr in der Tasche.

In Deutschland ist der Steuertarif progressiv gestaltet. Das heißt: Bei steigendem Einkommen ist ein immer höherer Teil an den Staat abzuführen, dadurch steigen die Steuereinnahmen erheblich stärker als die Einkommen. Die Konsequenz: Vom wirtschaftlichen Aufschwung profitiert „Vater Staat“ mehr als seine Söhne und Töchter. Um noch einmal Holznagel zu zitieren: „Das zeigt, dass die Entlastungen der vergangenen Jahre, etwa das Aussetzen der kalten Progression, keineswegs verhindert haben, dass die Steuerbelastung stetig zugenommen hat.“

Damit hat Holznagel schon den Auftrag an den nächsten Bundestag und die künftige Bundesregierung formuliert, eine Änderung herbeizuführen. „Nur wenn der Staat knapp gehalten wird, geht die Politik auch effizient mit dem Geld der Steuerzahler um.“

Gernot Facius

MELDUNGEN

Außenhandel zugenommen

Berlin – Der deutsche Außenhandel hat nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Mai stark zugenommen. Demnach wurden Waren im Wert von 110,6 Milliarden Euro exportiert – 14,1 Prozent mehr als im Vorjahresmonat. Die meisten exportierten deutschen Waren gingen in Länder der Europäischen Union. Im Vergleich zum Mai 2016 stiegen die Ausfuhren in andere EU-Länder um 11,8 Prozent auf 64,2 Milliarden Euro. *J.H.*

Schwäbische Tüftler vorne

Köln – Deutschlands Ideenschmieden liegen im Süden, in Bayern und Baden-Württemberg. Das zeigt der aktuelle Innovationsatlas des Institutes der deutschen Wirtschaft Köln (IW). Dass der schwäbische Tüftler kein Klischee ist, beweist diese Zahl: Mit 577 Patentanmeldungen pro 100000 Beschäftigten liegt der Raum rund um Stuttgart deutschlandweit an der Spitze. Der Bundesschnitt beträgt 125 Patentanmeldungen. Vor allem Regionen mit einer starken Metall- und Elektroindustrie treiben die Innovation voran, haben die Wirtschaftswissenschaftler festgestellt. Wichtig auch: Forschung und Entwicklung müssen vom Staat kräftig unterstützt werden. *FH*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.986.956.523.851 €
Vorwoche: 1.986.921.539.589 €

Verschuldung pro Kopf:
24.178 €
Vorwoche: 24.178 €

(Dienstag, 25. Juli 2017, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Fliegender »Renner«

Airbus präsentiert einen Hochgeschwindigkeits-Hubschrauber

Hubschrauber haben den Vorteil, dass sie senkrecht starten können, Flugzeuge den, dass sie schnell sind. Auf der diesjährigen Luftfahrtschau in Paris-Le Bourget hat der europäische Luftfahrtkonzern Airbus nun den Entwurf für einen Hochgeschwindigkeitshubschrauber vorgestellt, der die Vorteile von Hubschrauber und Flugzeug in sich vereinen soll. So ist denn auch von einem „Hubschrauberflugzeug“ die Rede. „Racer“ lautet sein Name. Die Abkürzung steht für „Rapid And Cost-Effective Rotorcraft“, was zu Deutsch etwa so viel heißt wie „schnelles, kosteneffektives Rotorflugzeug“. An der „Racer“-Entwicklung arbeitet auch das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) mit.



Basis des „Racer“: Der Eurocopter X3 Bild: Bernd Brincken

„Racer“ ist ein sogenannter Verbundhubschrauber, der Geschwindigkeiten bis zu 400 Kilometern pro Stunde erreichen soll. Neben dem großen Hauptrotor sorgen Doppeldecker-Tragflächen für zusätzlichen Auftrieb. An den Flächenenden montierte Propellerturbinen liefern den Vorwärtsschub für die hohen Geschwindigkeiten. Außerdem treiben sie über Fernwellen den großen Rotor an. Die Kombination von Rotor, Tragflächen und Triebwerken für den Geradeausflug sorgt dafür, dass der Hauptrotor im Marschflug entlastet wird. Bei konventionellen Hubschraubern liefert der Hauptrotor beides – Antrieb und Auftrieb.

DLR-Forscher liefern den Entwurf der Tragflächen und des Höhenleitwerks. Außerdem haben sie die akustischen Eigenschaften des „Racer“ im Hinblick auf möglichst große Lärmminderung untersucht. „Das endgültige Design erfüllt alle Anforderungen und ermöglicht insbesondere die außergewöhnliche Flugleistung des ‚Racer‘ im gesamten Flugbereich bei gleichzeitig geringem Kraftstoffverbrauch“, sagt Thorsten Schwarz vom DLR-Institut für Aerodynamik und Strömungstechnik in Braunschweig. „Unsere aerodynamischen Verbesserungen für den Heckausleger konzentrierten sich auf das Höhenleitwerk, damit eine gute Manövrierbarkeit und Stabilität des Hubschraubers in Verbindung mit einem geringen Luftwiderstand erreicht wird.“

Airbus sieht für Verbundhubschrauber eine Vielzahl von Einsatzmöglichkeiten. Das könnte die notärztliche Versorgung sein, Such- und Rettungseinsätze, Einsätze als schneller Krankentransporter oder als Polizeihubschrauber. Hinzu kämen kommerzielle Passagier- oder Transportflüge. Auch militärische Aufgaben sind denkbar.

Der „Racer“ basiert auf dem X3-Prototypen, den die in Airbus aufgegangene Firma Eurocopter zwischen 2008 und 2013 ausgiebig erprobte. Bei einem Testflug im Juni 2013 flog die X3 472 Kilometer in der Stunde schnell und stellte damit einen neuen Geschwindigkeitsrekord für Hubschrauber auf. Die X3 wies bereits dieselbe Auslegung wie der „Racer“ auf, basierte aber auf dem Rumpf und dem Rotorsystem einer Eurocopter EC 155. Airbus plant, den „Racer“ 2020 erstmals zu fliegen.

Friedrich List

Kampf um Fahrverbote

Verfahren vor Stuttgarter Verwaltungsgericht hat Grundsatzcharakter

Vor dem Stuttgarter Verwaltungsgericht findet derzeit ein Verfahren statt, das weitreichende Folgen für die Zukunft des Dieselmotors haben könnte. Die Deutsche Umwelthilfe will Baden-Württemberg verpflichten, in Stuttgart Fahrverbote für Dieselautos zu verhängen. Während die Nichtregierungsorganisation derartige Verbote als wirksames Mittel gegen die Luftverschmutzung fordert, will die Landesregierung lieber abwarten, ob die von der Autoindustrie angekündigten Nachrüstungen älterer Diesel womöglich ausreichen.

Der Gerichtsentscheidung kommt eine überregionale Bedeutung zu, da Stuttgart kein Einzelfall ist, sondern in nahezu allen deutschen Ballungsgebieten die erlaubten Werte massiv überschritten werden. Das Problem ist seit etwa einem Jahrzehnt bekannt, die Bundes- und Landesregierungen haben jedoch bislang nur wenig dagegen unternommen. Mittlerweile prüft die Europäische Kommission Strafmaßnahmen gegen Deutschland.

Unter den Automobilherstellern wächst währenddessen die Nervosität. Völlig überraschend startete der Daimler-Konzern in der vergangenen Woche eine Rückrufaktion, um das Abgasproblem bei Dieselmotoren zu lösen. Der Stuttgarter Konzern kündigte ein Programm an, mit dem die Stickoxid-Emission fast aller Euro-5- und Euro-6-Fahrzeuge gesenkt werden soll. Die Umrüstung würde in enger Kooperation mit den deutschen Zulassungsbehörden durchgeführt, etwa drei Millionen Fahrzeuge seien davon betroffen.

Offiziell handelt es sich dabei nicht um einen Rückruf, sondern um eine freiwillige Servicemaßnahme des Konzerns. Er unterscheidet sich damit entscheidend

> Ist der Dieselmotor tot oder unverzichtbar?

von den verpflichtenden Rückrufen des Volkswagen-Konzerns, die seit eineinhalb Jahren laufen. Ein Daimler-Sprecher begründete die Maßnahme unter anderem damit, „Dieselfahrern wieder Sicherheit zu geben“ und „das Vertrauen in die Antriebstechnologie zu stärken“. Das ist auch notwendig, denn in Europa geht die Nachfrage nach Dieselmotoren aufgrund der aktuellen Debatte stark zurück.

BMW-Chef Harald Krüger glaubt allen Skandalen und politischen Debatten zum Trotz dennoch nicht an ein baldiges Ende des Diesel. „Nichts deutet auf einen Tod des Diesel hin“, sagte er der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“: „Der saubere Diesel hat noch eine lange Zukunft vor sich.“ Zustimmung erhält Krüger dabei aus Österreich. „Der Dieselmotor ist ganz sicher nicht tot. Es gibt mehrere Gründe für den Dieselmotor. Ohne diesen wären die CO_2-Ziele für die Autohersteller nicht erreichbar“, sagt etwa Günther Kerle, Sprecher der österreichischen Automobilimporteure: „Die nächste Generation der Motoren, die in ein, zwei Jahren in die Massenfertigung kommt, wird nicht mehr Stickoxide ausstoßen als ein Benziner. Auch das zeigt, dass der Dieselmotor noch längere Zeit auf Österreichs Straßen unterwegs sein wird.“

Die französische Regierung indes hat den Diesel bereits abgeschrieben – und stellt die Benziner gleich mit in Frage. Geht es nach dem Willen ihres Umweltministers Nicolas Hulot, werden in dem Land ab 2040 keine Autos mehr mit Diesel- oder Benzinmotoren verkauft werden dürfen. Der größte französische Autohersteller, die Groupe PSA mit den Marken Peugeot, Citroën und DS, hat bereits reagiert und will bis 2023 vier von fünf Autos mit elektrifiziertem Antrieb verkaufen.

Peter Entinger

Mehr als verdient

Von Jan Heitmann

Fünf Milliarden Euro. So viel haben die Aktionäre von VW, Mercedes und BMW allein am vergangenen Montag an Aktienwerten verloren. Gemessen an einem anderen Verlust fällt diese ungeheure Summe jedoch kaum ins Gewicht: dem Verlust an Vertrauen. Auch wenn die Autoindustrie derzeit in einem der größten Wirtschaftsskandale aller Zeiten steckt, geht es dabei nicht nur um sie allein, sondern um das Schwinden des Vertrauens in die Wirtschaft insgesamt. Viele Branchen sind davon betroffen, von der Lebensmittelindustrie bis zu gewissenlosen Finanzinstituten. Sie haben die Bereicherung auf Kosten anderer zum Geschäftsprinzip erhoben. Das führt nicht nur zu Vertrauensverlust, sondern schürt ganz allgemein die Wut auf „die da oben“, drückt die Politik doch allzu bereitwillig die Augen zu. Schließlich gehe es um Arbeitsplätze und internationale Wettbewerbsfähigkeit, lautet das Totschlagargument. Die Verbraucher sind dem wehrlos ausgesetzt, was unlautere Unternehmen ausnutzen. Das werden sie so lange tun, bis man sie an ihrer empfindlichsten Stelle trifft: dem Geld. Wenn die Autoindustrie jetzt mit Milliardensummen zur Kasse gebeten wird, hat sie das mehr als verdient.

Polizeistaat

Von Hubertus Thoma

Auch die CSU setzt sich von ihrer konservativen Vergangenheit ab, beziehungsweise definiert sie pragmatisch neu. Urgestein Peter Gauweiler soll im Bundestag durch den Münchener Stadtrat Michael Kuffer ersetzt werden. Bisher wenig bekannt gilt dieser als Mann von „law and order“.

Bei einer Wahlveranstaltung auf Justizminister Heiko Maas und die erstaunliche Unterstützung der Unionsfraktion für dessen „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“ angesprochen, erklärte der Kandidat letzte Woche gereizt, dieses Gesetz sei zur Bekämpfung des unser Land an allen Fronten bedrohenden Terrorismus unverzichtbar. Gesetzestext und -begründung, die ausschließlich auf die „Debattenkultur im Netz“ und den „inneren Frieden“ hinsichtlich der sogenannten Äußerungskriminalität abstellen, waren Kuffer offensichtlich nicht bekannt. Auf die Problematik der staatsfinanzierten „Antifa“ angesprochen verweigerte er jegliche Aussage; hingegen befürwortete er die möglichst flächendeckende Überwachung des öffentlichen Raumes. Die Ausschreitungen rund um den G 20-Gipfel waren dem Kandidaten keine Erwähnung wert, die Migrationsproblematik streifte er nur kurz.

„CDU und SPD tun einander gar nicht weh“ war ein populärer Slogan zur Zeit der ersten Großen Koalition. Er hat heute mehr denn je seine Berechtigung. Gegen das faktisch Realität gewordene linke Postulat von Deutschland als Einwanderungsland ist von den einst konservativen Unionsfraktionen kein grundsätzlicher Widerstand zu erwarten, ihre „rechte“ Komponente beschränkt sich auf die Intensivierung des Überwachungsstaates.

Bock zum Gärtner gemacht

Von Hermann Paul Winter

In einem Verfahren, das an „Die Reise nach Jerusalem“ gemahnte, ergatterte die vormalige Generalsekretärin der SPD, Katarina Barley am 2. Juni den Stuhl der Bundesfamilienministerin. Wie fahrlässig es war, Barley auf einen Ministerposten zu verschieben, zeigte sich bereits kurz nach deren Amtsantritt. Sie organisierte für Ende Juli einen dreitägigen „Workshop“ gegen den islamischen Extremismus – groteskerweise unter Mitwirkung von radikalen islamischen Organisationen wie dem Al-Mustafa-Institut, das der Führung im Iran nahesteht. Das Institut betreibt die weltweite Ausbreitung der islamischen Revolutionsideologie der iranischen Mullahs. Diese sind von einem gemäßigten Islam, geschweige denn von der freiheitlichen Demokratie bekanntlich so weit entfernt wie der Mond von der Erde. Radikale islamische Mullahs als Mitstreiter gegen den radikalen Islam? In Barleys Ministerium offenbar kein Problem.

> »Workshop« gegen den radikalen Islam mit radikalen Moslems

Als offizieller Veranstalter des Workshops tritt die „Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands e.V.“ (IGS) auf, eine Gründung des vom Verfassungsschutz kritisch beurteilten „Islamischen Zentrums Hamburg“ (IZH). Die IGS erhält auf dem Umweg über die „Türkische Gemeinde in Deutschland e.V.“ jährlich über 18 000 Euro aus dem Familienministerium. Unterdessen tritt im Hintergrund des Workshops das Al-Mustafa-Institut als Dienstleister auf. Es bewirbt ihn intensiv, nimmt die Anmeldungen entgegen und stellt die Räumlichkeiten zur Verfügung. Wenig glaubwürdig bestreitet die IGS, Mittel für den Workshop an das Al-Mustafa-Institut weiterzuleiten. All dies scheint Barley nicht im Geringsten zu beeindrucken. Ein Skandal, dass sie der radikalen islamischen Szene eine Bühne bietet, statt ihr Einhalt zu gebieten.

Unlängst äußerte sich die Ministerin noch, sie fördere ausschließlich Projekte, die auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen. Wes Geistes Kind Barley jedoch tatsächlich ist, zeigt nicht nur ihre Zusammenarbeit mit dem radikalen islamischen Milieu. Auch ihre Solidarität mit der radikalen linken Szene und deren Attacken gegen unliebsame politische Konkurrenten spricht Bände. Während sie sich mit ihrem Engagement für Pluralismus brüstet, bekämpft sie – wie unter Linken üblich – pluralistische Meinungen, die von ihrer eigenen abweichen. Anfang 2016 schloss sich Barley einem Bündnis aus SPD, Grünen sowie Gut- und Bessermenschen an, das sich darauf verständigte, überall dort mit Störmanövern vor Ort zu sein, wo die AfD auftritt. Ihr Geschwätz von der gut funktionierenden Demokratie entpuppte sich somit schon damals als Hohlformel.

Es ist ein Symptom der Regierung Merkel, dass derartige Umtriebe in einem deutschen Ministerium stattfinden können.



Organisierte für Ende Juli einen dreitägigen „Workshop“ mit dem Titel „Islamverständnis zwischen Rationalität und Radikalität – Historisch-theologische Hintergründe und soziale Herausforderungen“: Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Katarina Barley

Bild: Imago

Gegenwind



Das Kräfteparallelogramm im Nahen Osten

Von Florian Stumfall

Das Kräfteparallelogramm im Nahen Osten ist zum einen gekennzeichnet durch die divergierenden Interessen der dortigen Länder, zum anderen durch die Einflüsse, die entlegene Mächte dort geltend machen. Zu den ersteren gehören als erstrangige Kräfte die Türkei, der Iran, Saudi-Arabien und – mehr im Unsichtbaren, aber umso gründlicher agierend – Israel. Alle diese Länder trennen teils elementare Unterschiede, so der persisch-arabische Gegensatz, das innerislamische Schisma oder auch die osmanischen Großmachtträume der Türken. Was Israel angeht, so gibt es auch hier eine Langzeitplanung, deren Verwirklichung eine völlig neue Grenzziehung im Nahen und Mittleren Osten nach sich zöge.

In dieser Weltregion spielt zunächst einmal die gewaltige Anhäufung von Kriegsmaterial eine herausragende Rolle. Dazu ein signifikanter Vergleich: Saudi-Arabien hat neun Zehntel weniger Soldaten unter Waffen als Frankreich, aber einen gleich großen Verteidigungshaushalt. Man mag sich ausmalen, wer alles in Nahost von den Saudis versorgt wird. Dann ist natürlich auch der Umstand von großer Wichtigkeit, dass hier unübersehbare Reserven an Kohlenwasserstoffen lagern – ein Politikum aus sich selbst heraus.

Wo es um Erdöl und Erdgas geht, um große Mengen davon, sind die USA nie fern. Zu den wenig stabilen Faktoren der Region gehört die Achse Washington–Riad und die Feindschaft beider gegenüber dem Iran. Zuverlässiger ist das Bündnis des Iran mit Russland, während die Türkei in ihrer Wankelmütigkeit keinen berechenbaren Kurs verfolgt. Derzeit steht sie als NATO-Mitglied der Russischen Föderation näher als den Vereingten Staaten von Amerika.

Das Bündnis muss auf diese Weise derzeit einige Belastungen ertragen. Dazu gehört der Entschluss der Türkei, in Russland Flugabwehrraketen vom Typ S-400 „Triumf“ zu kaufen. Ein NATO-Mitglied deckt sich in Russland ein. Man erinnert sich: Vor nicht allzu langer Zeit noch standen deutsche „Patriot“-Raketensysteme US-amerikanischer Bauart an der türkischen Südgrenze, um den Partner vor irgendwem zu schützen. Jetzt kauft Ankara russische Abwehrwaffen, denen gegenüber die „Patriot“ keinen Vergleich aushalten – die russische S-Reihe ist derzeit weltweit konkurrenzlos. Pentagonsprecher Jeff Davis forderte dieser Tage, die Türkei müsse ihr S-400-Programm offenlegen. Da die Türkei NATO-Mitglied sei, erwarteten die USA Erklärungen, wie sie ihre Mitgliedschaft im Atlantischen Bündnis sieht.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Da die Türkei NATO-Mitglied ist, erwarteten die USA nun Erklärungen, unter anderem zur Waffenkompatibilität, hieß es. Der Vorsitzende des Vereinigten Generalstabs der US-Streitkräfte, Joseph Dunford, erklärte auf einem Sicherheitsforum in Aspen, Colorado, die Möglichkeit, dass die Türkei die S-400 kaufe, sei alarmierend. Die Antwort des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan grenzte an Häme:

„Warum soll das alarmieren?“, fragte er und fuhr fort, sein Land sorge für seine Sicherheit und gehe von den bestehenden Optionen aus. Da einschlägige Verhandlungen mit den USA ergebnislos geblieben seien, habe die Türkei begonnen, Pläne bezüglich der S-400 zu machen, ob es den USA passe oder nicht. Im Übrigen seien die Verhandlungen mit Russland im Wesentlichen abgeschlossen.

Der Verkauf von Abwehrraketen ist indes nicht die einzige Beteiligung Russlands im Schachspiel namens Nahost. Seit Syriens Präsident die Russen um Hilfe im Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) gebeten hat, erleiden die Terroristen Niederlage auf Niederlage, während sie ihre Macht solange hatten ausdehnen können, wie die USA allein das Feld beherrschten. Sogar Dunford hat kürzlich eingeräumt, dass Russland und der Iran bestimmte Erfolge bei der Regelung der Krise in Syrien erzielt hätten.

Während Russland und der Iran in Syrien ein Ziel verfolgen, das mittelfristig zu erreichen sein sollte, betreiben die beiden Länder im Iran selbst ein langfristiges Projekt von wahrhaft gigantischem Ausmaß. Mit russischer Hilfe baut der Iran einen Kanal vom Kaspischen Meer in den Persischen Golf. Zwei Basisdaten beschreiben den Umfang des Unternehmens: Der Kanal dürfte eine Länge von 735 Kilometern aufweisen und seine Kosten werden auf zehn Milliarden US-Dollar veranschlagt.

Dass man in Teheran überhaupt an ein derartiges Vorhaben denken darf, zeigt, dass die US-Politik der Sanktionen gegen den Iran ins Leere gelaufen ist. Das Land konnte sich mit Russlands Hilfe sowohl aus der diplomatischen Isolation als auch aus den wirtschaftlichen Zwängen befreien, die durch die Sanktionen beabsichtigt gewesen waren. Mit dem Vorhaben wird ein Plan verwirklicht, der, beflügelt durch die erfolgreiche Errichtung des Suezkanals in Ägypten, erstmals bereits im späten 19. Jahrhundert erörtert worden ist.

Mit der neuen Schifffahrtsstraße entsteht eine Route unter der Hoheit ausschließlich Russlands und des Iran. Damit ist die strategische Bedeutung des Bosporus für die Türkei minimiert, und der Suezkanal wird zumindest für Russland an Wichtigkeit verlieren. Jetzt schon gibt es mit dem Wolga-Don-Kanal einen schiffbaren Weg vom Kaspischen zum Schwarzen Meer. Die Länder des Mittleren Ostens werden für russische Schiffe gewissermaßen vor der Haustür liegen. Für ganz Russland und ganz Mittelasien verschieben sich die Handelswege zulasten der Türkei und die jahrtausendealte Wächterrolle am Bosporus verliert an Wichtigkeit, was sie an Beschaulichkeit gewinnen wird. Für Russland aber wird dann der alte Wunsch nach einem Zugang zum Indischen Ozean Wirklichkeit. Dies geschieht im Zusammenhang mit dem Bau der Neuen Seidenstraße, der hauptsächlich durch China vorangetrieben wird (siehe Seite 4). Die handelspolitische Synergie dieser beiden Komponenten ist überhaupt nicht zu ermessen. China ist daher der geborene Befürworter des Kanalbaus, denn darin muss Peking die ideale Ergänzung zum Ausbau der Seidenstraße sehen.

Der Autor: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Natürlich birgt der neue Kanal durch den Iran auch militärstrategische Aspekte. Das ist wichtig vor allem in einer Zeit wie heute, da die USA und ihr verschiedene NATO-Staaten dabei sind, das Schwarze Meer als ihren eigenen Einflussbereich zu requirieren. Das ist, als nähme Russland den Golf von Mexico in Besitz. Die USA brechen dabei unbekümmert das Abkommen von Montreux und schicken Kriegsschiffe ganz nach Belieben durch den Bosporus.

Auf diesen wird Russland sehr bald nicht mehr angewiesen sein, und was, strategisch gesehen, seine Schwarzmeerküste angeht, so kann es sich auf rein defensive Maßnahmen beschränken. Die Sorge, wie Moskau im Bedarfsfall Einheiten der Kaspischen Flotte etwa in den Indischen Ozean senden könnte, ist damit hinfällig. Selbstverständlich ist das Kanalprojekt geeignet, zumindest in dieser Sache wieder für mehr Nähe zwischen Washington und der Türkei zu sorgen. Beide sind erklärte Gegner des Vorhabens, haben aber keine guten Möglichkeiten, es zu sabotieren, wie die USA die South-Stream-Gas-Pipeline durch das Schwarze Meer und über den Balkan sabotiert haben.

Diese Skizze der Kräfteverteilung in Nahost steht unter dem Vorbehalt der Vorläufigkeit. *Florian Stumfall*

Römische Augenwischerei

Kleine Münzen, große Statuen, schwerer Stein – Römermuseum in Haltern am See bietet Faktencheck zu archäologischen Funden

„Fake News“ kannten schon die Römer. Sie verstanden es, die Wahrheit zu verdrehen und feierten einen „Triumph ohne Sieg“. Mit einer historischen Rückschau und einer musealen Fiktion wirft Westfalen jetzt einen Blick auf Roms Ende in Germanien.

Das LWL-Römermuseum in Haltern am See mit seinen gerade einmal 38 000 Einwohnern macht es sich zur Aufgabe, Gedenktage und Jubiläen historischer Daten zu würdigen. Ein probates Mittel, um sich in der langen Liste von Römermuseen in Deutschland, darunter solchen Schwergewichten wie das Rheinische Landesmuseum in Trier oder das Römisch-Germanische Museum in Köln, Aufmerksamkeit zu verschaffen.

Mit dem Gedenken an 2000 Jahre Varusschlacht war Haltern dies vor acht Jahren eindrücklich gelungen. Als größte Archäologie-Ausstellung, die je in Deutschland zu sehen war, wurde das historische Geschehen an den Originalschauplätzen unter verschiedenen Aspekten beleuchtet. Haltern widmete sich dem „Imperium“, Kalkriese dem „Konflikt“ und Detmold dem „Mythos“. Allesamt Magneten, von denen Haltern 2009 alleine 165 000 Besucher zählte.

Die bekannte Niederlage der Römer am Teutoburger Wald war nicht Roms Ende in Germanien. Noch jahrelang führte Feldherr Germanicus Krieg um die abtrünnige Provinz. Im Winter 16/17 n. Chr., kurz vor dessen Rückgewinnung, befahl Kaiser Tiberius jedoch, das Unternehmen aufzugeben. Fortan bildete der Rhein wieder die Grenze zum freien Germanien.

Der sang- und klanglose Abzug des Germanicus wurde in Rom am 26. Mai des Jahres 17 n. Chr. mit einem grandiosen Triumphzug gefeiert. Warum der Rückzug? Waren die eigenen Verluste in den 30 Jahren Krieg in Germanien zu hoch geworden? Standen sie in keinem Verhältnis mehr zum wirtschaftlichen Gewinn für das Imperium Romanum, das rechts des Rheins weder Bodenschätze vorfand noch Strukturen, denen es sein Verwaltungssystem überstülpen konnte? Oder hätte ein siegreicher Germanicus Tiberius Stellung als Princeps in Rom gefährdet? Warum ein Triumphzug ohne Sieg?

Sieg und Ruhm waren in Rom Staatsdoktrin. Das Volk bejubelte fraglos jeden ihm präsentierten Sieger. Heute weiß man es besser, letzte Antworten bleiben trotzdem Spekulation. Umso aufwendiger ist jetzt die historische Wiederbelebung in der einstigen Provinz: Bis zum 5. November wird der Triumphzug des Germanicus in Haltern noch einmal zum Leben erweckt – bis zur rituellen Tötung der Opferstiere vor dem Jupiter-Tempel auf dem Kapitol.

In historisierender Kulisse begibt sich der neuzeitliche Besucher auf die Via Triumphalis mit ihrem ganzen Siegeskult: Siegesmonumente, Siegesreliefs, Siegesdenkmale, Siegesgöttin, Siegessymbolik – bis auf die Backform. Über 250 Artefakte von 40 Leihgebern aus Italien, Kroatien, der Schweiz, Slowenien, Ungarn und der Vatikanstadt lassen jede Niederlage Roms vergessen. Selbst Kenner dürften das eine oder andere Stück bestaunen.

Vom Vatikan stammt das sogenannte Bautenrelief vom Mausoleum einer römischen Baumeisterfamilie, auf dem sich ein Triumphbogen an den anderen reiht. Aus dem Bereich des Marcello-Theaters in Rom stammt ein 1700 Kilo schweres Baufragment, das möglicherweise vom Germanicus-Bogen am Circus Flaminius stammt. Aus den Kapitolinischen Museen kommt ein Marmorfragment des unter Septimus Severus angefertigten Stadtplans von Rom mit einem am Circus Flaminius eingeritzten Bogen. Sind es Hinweise auf einen für Germanicus erbauten Ehrenbogen?

Ganz anderer Natur ist die Figurengruppe aus Herculaneum aus dem Archäologischen Nationalmuseum von Neapel. Ihr auffallend guter Zustand ist der Getty Foundation zu verdanken, welche die vier Bronzestatuetten, die einst die Außenseite eines Triumphwagens schmückten, vor ein paar Jahren restaurierte.



Ein Triumphzug für die Besucher: Originale Wagenstatuetten auf der musealen Via Triumphalis Bild: LWL/Arendt

Ebenfalls von der Getty Foundation restauriert wurde ab 2012 die gleichsam aus Herculaneum stammende 2,46 Meter große Bronzestatue des Tiberius, die zuvor im Depot des Archäologischen Nationalmuseums von Neapel vor sich hingedämmert hatte. Nun verhilft das um 37 n. Chr. gegossene Monumentalwerk Haltern zu besonderem Glanz. Genauso wie die 2,08 Meter große Bronzestatue des Germanicus, Tiberius' Adoptivsohn und gefürchteter Rivale, aus der Zeit um 15 n. Chr. aus dem Archäologischen Nationalmuseum von Parma.

Nicht mit Größe, sondern mit Gewicht punktet das schwerste Exponat der Ausstellung: das 1935 Kilo wiegende Grabmal des Pompeianius Silvinus mit einer Weinverkauf-Szene aus dem Römischen Museum in Augsburg. In seiner Art erstaunlich ist auch das Relief aus dem Rheinischen Landesmuseum Trier mit einer von einem Maultier bewegten Mähmaschine. Exponate aus dem römischen Alltag, die zusammen mit anderen Kostbarkeiten am Ende der Ausstellung kontrafaktisch die Geschichte fortschreiben und sich damit befassen, was aus Haltern eine römische Stadt hätte werden können, wenn Rom in Germanien gesiegt hätte.

Dabei ist noch nicht einmal geklärt, ob das Römerlager Aliso mit dem heutigen Haltern identisch ist. Sicher ist nur, dass hier ein Militärlager bestand, von dessen Hauptlager man das Westtor samt einem Stück Holz-Erde-Mauer hinter dem Museum rekonstruiert hat. „Zwei Thesen halten wir mittlerweile für sehr wahrscheinlich“, so Museumsleiter Rudolf Aßkamp, „das antike Aliso ist mit dem heutigen Haltern am See identisch. Und der Fundort im Osnabrücker Land bei Kalkriese ist nicht der Ort der Varusschlacht, sondern geht auf die Ereignisse des Jahres 15 n. Chr. rund um Germanicus zurück.“

Aliso oder nicht, Haltern ist der am besten erforschte Militärkomplex aus der Zeit des Augustus nördlich der Alpen. Eine Besonderheit ist die Gräberstraße. Von den rund 100 aufgefundenen Gräbern enthielten 30 Reste von aufwendig gestalteten Totenbetten, auf denen der Verstorbene verbrannt wurde. Die antiken Bettsofas waren mit reichen Knochenschnitzereien verziert. Die mehreren tausend Bruchstücke aus Haltern erlaubten erstmals weltweit die komplette Rekonstruktion einer solchen Luxusliege. Mithilfe innovativer Techniken wiedererstanden, bildet der Nachbau den krönenden Abschluss der Ausstellung: Aliso hatte Potenzial! *Helga Schnehagen*

Die Ausstellung „Triumph ohne Sieg – Roms Ende in Germanien“ läuft bis 5. November im LWL Römermuseum, Weseler Straße 100, 45721 Haltern am See, geöffnet Dienstag bis Freitag 9 bis 17 Uhr, Donnerstag bis 19 Uhr, Sonnabend und Sonntag 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 8 Euro. Telefon (02364) 93760. Der Begleitband kostet im Museumsshop 29,95 Euro, sonst 39,95 Euro. Internet: www.lwl.org/triumph-ausstellung

Die Hand Konstantins

Paderborner Diözesanmuseum im Bann der »Wunder Roms«

Die einen zieht es zu den Apostelfürsten Petrus und Paulus. Die anderen fesselt der in Stein gemeißelte Todeskampf des trojanischen Priesters Laokoon und seiner beiden Söhne gegen die Schlangen. Rom lockt wie keine andere Stadt Europas Pilger, Künstler und Bildungsreisende an. Im Erzbischöflichen Diözesanmuseum Paderborn spürt erstmals eine groß angelegte Schau mit 200 Ausstellungsstücken von der Antike bis zur Gegenwart der Faszination nach, die die ewige Stadt auf die Menschen nördlich der Alpen ausübt.

Der Auftakt ist imposant. Wir stehen dem fast 2000 Jahre alten vergoldeten Bronzeglobus gegenüber, den Papst Sixtus V. 1589 vom Vatikanischen Obelisken abnehmen ließ. Ihn flankieren die Fragmente zweier Kolossalstatuen. Die rund 1700 Jahre alte rechte Marmorhand gehörte zu einer auf 15 Meter Höhe geschätzten Sitzfigur Kaiser Konstantins. Der fast einen Meter hohe Riesenkopf stellt vermutlich einen seiner Söhne dar.

Klein und bescheiden wirken daneben die frühen Zeugnisse christlicher Heiligenverehrung. Der silberne Reliquienbehälter in Form einer ovalen Dose ist auf dem Deckel mit dem heiligen Kreuz geschmückt. Er stammt aus der Papstkapelle Sancta Sanctorum im Lateranpalast, in der sich (auf Latein) die Inschrift befindet: „Es gibt keinen heiligeren Ort auf der ganzen Welt.“ Hier hatte ihn der 795 bis 816 amtierende Papst Leo III. niedergelegt.

Magister Gregorius äußerte sich verächtlich über die Reliquienverehrer. Der englische Gelehrte verfasste Ende des 12. oder Anfang des 13. Jahrhundert die „Erzählung über die Wunder der Stadt Rom“, unter denen er die antiken Monumente und Statuen verstand. Seine Schrift ist eine der ersten, die diese würdigt. Das macht ihn zum Vorläufer unzähliger Künstler wie etwa Rubens und Bildungsreisender wie zum Beispiel Goethe, die seit dem 16. Jahrhundert der Laokoongruppe und der anderen Antiken wegen nach Rom pilgerten. Auf der von Rubens gemalten Ölskizze „Die heilige Theresa von Avila bittet für Bernardino de Mendoza“ (um 1630–1633) kniet die Heilige vor dem auferstandenen Jesus. Sein athletischer Oberkörper fällt sofort ins Auge. Dessen Vorbild ist der antike Hermes vom Belvedere.

Wie Rubens orientierten sich viele weitere Künstler bei ihren frommen und weltlichen Figurendarstellungen an der leiblichen Schönheit antiker Statuen. Sie waren überzeugt, „dass zur höchsten Vollendung der Malerei die Kenntnis der Statuen, ja sogar die tiefe Vertrautheit mit ihnen nötig ist“, wie Rubens es einmal ausgedrückt hat. *Veit-Mario Thiede*



Bild: Diözesanmuseum

Kostbare Leihstücke: Kolossale Fragmente aus Rom

„Wunder Roms“, bis 13. August im Erzbischöflichen Diözesanmuseum, Markt 17, Paderborn, geöffnet Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr, jeden ersten Freitag im Monat 10 bis 20 Uhr, Eintritt: 9 Euro, Telefon (05251) 1251400, Katalog 39,95 Euro im Museum, 69 Euro im Buchhandel. Internet: www.wunder-roms.de

Brexit anno 1940

Als die Briten raus aus »Dunkirk« wollten

Flüchtlingsschicksale sind aktuell wieder das ganz große Thema. Jetzt wird man im Kino daran erinnert, dass nicht nur das Mittelmeer eine begehrte Transitroute ist, sondern es auch der Ärmelkanal vor 77 Jahren für eine ganze Armee war. In seinem Film „Dunkirk“, der gerade in den Kinos angelaufen ist, rollt der englische Regisseur Christopher Nolan die Einkesselung alliierter Soldaten am Strand von Dünkirchen neu auf, die dort auf die Retter aus England warten.

Die Briten betrachteten die Niederlage von Dünkirchen immer als einen Sieg. Denn wegen eines ungeklärten Haltebefehls der Deutschen gewannen sie Zeit, um mit Hunderten kleinen Schiffen und Fischerbooten über 300 000 Soldaten aus der Sackgasse nach England überzusetzen. Nur dieser Rettungsaktion hat es England zu verdanken, dass es den Krieg überhaupt fortsetzen konnte.

Dieses heroische Ereignis war bereits Stoff vieler Filme. Am bekanntesten ist dabei die französische Fassung von 1964 mit Jean-Paul Belmondo. Was damals noch ein echter Kriegsfilm war, wo sich die Fronten klar gegenüberstanden, ist jetzt bei Actionspezialist Nolan („The Dark Knight“) ein dramatischer Flüchtlingsfilm geworden, bei dem die uniformierten Strandgäste gegen eine unsichtbare Macht verzweifelt um ihr Leben kämpfen. Abgesehen von Ende, wo deutsche Soldaten einen am Strand notgelandeten britischen Piloten gefangen nehmen, taucht kein einziger Deutscher auf. Das Feindbild ist eher eine Naturgewalt, das Wasser, das ein unüberbrückbares Hindernis zur nur 75 Kilometer entfernten britischen Küste darstellt.

Bild: Warner Bros. Entertainment

Briten stecken in einer Sackgasse

Ähnlich wie bei Wolfgang Petersens „Das Boot“, wo man schon vom Zuschauen des Überlebenskampfes der U-Boot-Besatzung Platzangst bekommt, ist man bei „Dunkirk“ ganz dicht am Geschehen. Faszinierend und bedrückend ist, wie diese Kriegsfalle aus subjektiver Sicht dreier Soldaten wahrgenommen wird, die sich schweigend wie in einem Stummfilm durchschlagen. Als Kontrastmittel dient dabei das Kriegs- und vom Deutschen Hans Zimmer komponierte Musikgedröhne, vor dem selbst ein wie verloren auf der Mole spazierender General (Kenneth Branagh) zu flüchten scheint. *H. Tews*

Erzählgewaltige Bilderbibel

Der Gothaer Tafelaltar gilt mit seinen 160 Tafeln mit Bibelgeschichten als monumentalstes Bilderbuch der Reformationszeit. Nach einer umfassenden Restaurierung ist diese riesige Bilderbibel vom 30. Juli bis zum 5. November in der Säulenhalle des Herzoglichen Museums von Gotha Mittelpunkt einer Ausstellung, welche die Geschichte des Tafelaltars und Erkenntnisse nach der Restaurierung erzählt.

Geschaffen von Heinrich Füllmaurer (um 1497–1548) und seinem Umkreis um 1538, wurde der Gothaer Tafelaltar nach seinem heutigen Standort benannt. Hier wurde er erstmals zu Lebzeiten Ernsts I. von Sachsen-Gotha-Altenburg erwähnt. Der Herzog, Ernst der Fromme genannt, hatte sich als Sachwalter des „wahren“ Luthertums verstanden, das er wohl auch mit diesem Altar seinen Kindern näherbrachte. Neben Fragen zur Entstehung werden in der Schau auch zeitgleich entstandene Objekte, wie der Altar des Meisters von Meßkirch, in den Blick genommen. *tws*

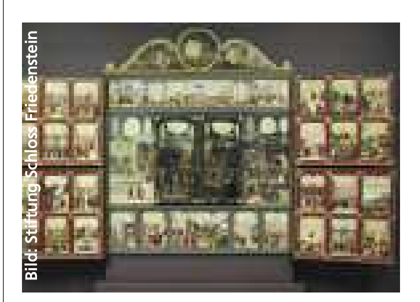


Bild: Stiftung Schloss Friedenstein

Filigranwerk: Gothas Tafelaltar

Glanz und Elend in der Villa Hügel

Vor 50 Jahren endete mit dem Tod von Alfried Felix Alwyn Krupp von Bohlen und Halbach eine Dynastie

Kaiser Wilhelm II. war sein Taufpate, Adolf Hitler verhalf ihm zu seinem vollständigen Namen. Als Alfried Krupp von Bohlen und Halbach vor 50 Jahren, am 30. Juli 1967, starb, erlosch eine Dynastie. Er war der letzte Alleininhaber der Friedrich Krupp AG und der letzte Träger dieses Namens.

Die Geschichte des Unternehmens Krupp begann 1811, als Friedrich Krupp in Essen eine Fabrik zur Herstellung von englischem Gussstahl gründete. In der vierten Generation erbte Bertha Krupp im Alter von 16 Jahren das zwischenzeitlich zur Aktiengesellschaft umgewandelte Unternehmen. Sie heiratete 1906 auf Vermittlung des Kaisers den preußischen Legationsrat beim Heiligen Stuhl, Gustav von Bohlen und Halbach. Ausdrücklich erlaubte ihm ein königlich-preußischer Erlass den Namen der Ehefrau seinem Namen voranzustellen und damit den Namen „Krupp von Bohlen und Halbach“ zu führen. Voraussetzung war die persönliche Inhaberschaft des Unternehmens. Nach der Hochzeit übernahm Gustav Krupp von Bohlen und Halbach den Vorsitz im Aufsichtsrat.

Bertha und Gustav Krupp von Bohlen und Halbach hatten acht Kinder. Das älteste war Sohn Afried Felix Alwyn, geboren am 13. August 1907 in Essen. Da nach dem königlichen Erlass der Name „Krupp“ an die persönliche Inhaberschaft gebunden war, wurde er als „von Bohlen und Halbach“ im standesamtlichen Register eingetragen. Das änderte sich erst 1943, als durch die „Lex Krupp“ die Friedrich Krupp AG von einer Kapitalgesellschaft wieder in eine Personengesellschaft umgewandelt und in Nachfolge des Vaters auf Sohn Alfried übertragen wurde. Die Eltern hatten Adolf Hitler gebeten, die „Lex Krupp“ zu ermöglichen. Dadurch wurde Sohn Alfried zum Alleininhaber. Das hatte zur Folge, dass er nun auch den Namen „Krupp“ seinem Familiennamen voranstellen durfte. Nebenbei hatte die „Lex Krupp“ noch den angenehmen Effekt, dass die Familie 400 Millionen Reichsmark Erbschaftssteuer sparte.



Der Letzte und der Bedeutendste einer Unternehmerdynastie: Alfried Krupp von Bohlen und Halbach vor einem Porträt seines Urgroßvaters Alfred Krupp um das Jahr 1960 Bild: bpk

Das Verhältnis der Eltern zu Adolf Hitler und den Nationalsozialisten war anfangs zumindest zwiespältig. Gustav Krupp von Bohlen und Halbach war dabei, als 1933 bei einem geheimen Treffen Vertreter der Industrie der NSDAP drei Millionen Reichsmark als Wahlkampfspende zusagten. Im selben Jahr übernahm er den Vorsitz des Kuratoriums der „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“. 1940 verlieh Adolf Hitler ihm das Goldene Parteiabzeichen.

Bertha Krupp von Bohlen und Halbach tat sich weniger leicht mit der Annäherung. Für sie war Hitler ein rüpelhafter Emporkömmling. Noch 1934 lehnte sie seinen Besuch in der Villa Hügel in Essen ab. Als das 1935 nicht möglich und als Willkommengruß die Hakenkreuzfahne gehisst war, soll sie zu einer Angestellten gesagt haben: „Gehen Sie hinunter und sehen Sie, wie tief wir gesunken sind.“

> Sein gesamtes Vermögen ging auf die Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung über

Bei Alfried Krupp von Bohlen und Halbach lagen die Dinge anders. Er war bereits 1931 förderndes Mitglied der SS. 1937 wurde er wie sein Vater Wehrwirtschaftsführer. Er vertrat den Vater im Vorsitz der „Adolf-Hitler-Spende“. Der NSDAP trat er allerdings erst 1938 bei. Nach Beginn des Krieges zeichnete er verantwortlich für die Demontage von Unternehmen in besetzten Gebieten und deren Wiederaufbau im Deutschen Reich. Als Anerkennung wurden ihm die Kriegsverdienstkreuze II. und I. Klasse verliehen.

Als führendes Unternehmen der Rüstungsindustrie setzte Krupp in großem Umfang Zwangsarbeiter ein, Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge. Im späteren Prozess gegen Krupps Führungsriege dokumentierte das Gericht für den gesamten Konzern den Einsatz von 69 989 ausländischen Zivilarbeitern, 4978 KZ-Häftlingen und 23 076 Kriegsgefangenen.

Wegen „Sklavenarbeit“ und Plünderung von Wirtschaftsgütern im besetzten Ausland wurde Alfried Krupp von Bohlen und Halbach 1948 in einem der zwölf Nachfolgeprozesse des Nürnberger Prozesses zu zwölf Jahren Haft und Einziehung seines gesamten Vermögens verurteilt. Mit ihm angeklagt waren alle noch lebenden Mitglieder des Direktoriums.

1951 wurde Alfried Krupp von Bohlen und Halbach nach sechs Jahren vorzeitig aus dem Militärgefängnis in Landsberg am Lech entlassen. Sein Vermögen blieb unangetastet, die USA waren auf strammem Kurs gegen den kommunistischen Einfluss in Deutschland. Als die Londoner „Daily Mail“ ihn Jahre später fragte, ob Krupp „irgendein Gefühl der Schuld“ habe, antwortete er: „Was für eine Schuld? Für das, was sich unter Hitler ereignet hat? Nein. Es ist jedoch bedauerlich, dass das deutsche Volk selbst zuließ, von Hitler so betrogen zu werden.“

Ab 1953 stand Alfried Krupp von Bohlen und Halbach wieder an der Spitze des Unternehmens. Zugleich holte er Berthold Beitz als Generalbevollmächtigten an Bord des vollständig auf zivile Produktion umgestellten Unternehmens. Beitz kam als Außenseiter aus der Vorstandsetage eines Versicherers und hatte von Stahl keine Ahnung. Dennoch wurde er zum engsten Vertrauten des Firmenchefs, blieb bis 1967 Generalbevollmächtigter, ab 1970 war er Vorsitzender des Aufsichtsrats, ab 1989 Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrats. Diese erstaunliche Karriere ist vielleicht damit zu erklären, dass Alfried Krupp von Bohlen und Halbach niemals den Sohn hatte, den er sich wünschte. Aus erster Ehe stammte Sohn Arndt. Die Ehe war 1941 geschieden worden. Der Junge wuchs bei der aus der Villa vertriebenen, verbitterten Mutter auf. Das dürfte auf dessen spätere Entwicklung nicht ohne Einfluss geblieben sein. Arndt von Bohlen und Halbach sorgte durch seine Eskapaden regelmäßig für Schlagzeilen in der Regenbogenpresse. Für die Leitung der Firma Krupp machte ihn das nicht geeignet. Im Alter von 29 Jahren schikkte Krupp den Sprössling in Rente unter Zusicherung einer jährlichen Apanage von zwei Millionen Mark. Dafür verzichtete er auf sein Erbe.

Alfried Krupp von Bohlen und Halbach starb an Lungenkrebs. Sein gesamtes Vermögen ging auf die Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung über. Den Vorsitz des Kuratoriums übernahm Berthold Beitz. Mitglieder der Krupp-Familie sind ausdrücklich ausgeschlossen.

Klaus J. Groth

Brückenbauerin zwischen Christen und Juden

Vor 75 Jahren starb die aus Breslau stammende Konvertitin Edith Stein im KZ Auschwitz-Birkenau

Edith Stein gilt als Brückenbauerin zwischen Juden und Christen. Dazu prädestiniert sie nicht zuletzt, dass sie sich zum Ende ihres Lebens als beides verstand, sowohl als Jüdin als auch als Christin.

Die gebürtige Schlesierin wurde am 12. Oktober 1891 in Breslau geboren. Sie war das jüngste von elf Kindern einer jüdisch-orthodoxen Familie. Ihr Vater war ein wohlhabender Holzhändler, der die Kinder in strenger jüdischer Tradition erzog und früh verstarb. Die verwitwete Mutter ermöglichte dann aber auch dem Mädchen Edith, das schon im Schulalter eine kritische Haltung zum orthodoxen Judentum entwickelte und zum Atheismus neigte, eine für damalige Verhältnisse umfassende Bildung. Sie wuchs zudem in eine Zeit hinein, in der Mädchen erstmals das Abitur und ein weiterführendes Studium erlaubt wurden. Das nutzte Edith.

Nach einem überragenden Abitur an der Victoriaschule in ihrer Heimatstadt studierte sie nacheinander dort sowie in Göttingen und Freiburg im Breisgau hauptsächlich Philosophie, Geschichte und Psychologie. Sie hatte herausragende Lehrer wie den Philosophen und Mathematiker und Begründer der Phänomenologie Edmund Husserl, bei dem sie 1916 mit Auszeichnung promovierte. Trotzdem wurde sie nicht zur Habilitation zugelassen. Kurz hintereinander reichte sie an vier verschiedenen Universitäten Habilitationsschriften ein. Ohne Erfolg.

Über die Lektüre der Lebenserinnerungen der im 16. Jahrhundert in Spanien lebenden Karmelitin sowie Mystikerin Teresa von Ávila fand die zum Atheismus neigende Jüdin zum „tätigen Christentum“. Am 1. Januar 1922 erfolgte in Bad Bergzabern ihr Übertritt in die römisch-katholische Kirche. Anschließend wechselte sie nach Speyer, wo sie an den Schulen der Dominikanerinnen von St. Magdalena als Lehrerin unterrichtete und die Geschichte des christlichen Glaubens studierte. Zu diesem Zweck unterhielt sie von Speyer aus engen Kontakt zum vierten Erzabt der Erzabtei Beuron, Raphael Walzer, den sie im Laufe der Jahre wohl 15-mal besuchte.

Walzer versuchte Stein davon abzuhalten, Karmeliterin zu werden. Sie sollte mit ihrer Sachkenntnis und ihrem neuen Glauben eher weiter öffentlichkeitswirksam in Erscheinung treten. So blieb Stein bis 1932 in Speyer Lehrerin. Zum Unterricht gesellten sich Vorträge zu Frauenfragen sowie zum tätigen Christsein und einzelne Veröffentlichungen.



Edith Stein: „Komm, wir gehen für unser Volk!“ Bild: CF

1932 wechselte die Pädagogin an das katholische Institut für wissenschaftliche Pädagogik in Münster. Dort erlebte sie mit wachsendem Entsetzen Übergriffe der Nationalsozialisten, was sie dazu bewegte, Mitte April 1933 einen Protestbrief an den Papst zu verfassen, in dem sie die Pogrome geißelte und eine Reaktion des Heiligen Stuhls darauf verlangte. Pius XI. reagierte nicht. Er wollte wohl die Verhandlungen zum Reichskonkordat nicht unnötig erschweren. Wenige Wochen nach ihrem Brief verließ Stein Münster. Sie trat im Oktober 1933 in den Kölner Karmel „Maria vom Frieden“ ein, wo sie den Ordensnamen „Schwester Teresia Benedicta a Cruce“ erhielt und 1936 ihr philosophisches Hauptwerk vollendete: „Endliches und ewiges Sein“. Darin versucht sie, die Philosophie aus dem Glauben zu begründen.

Ebenfalls 1936 folgte ihre ältere Schwester Rosa ihrem Vorbild und konvertierte gleichfalls. Als Gast folgte sie ihrer Schwester an den Karmel in der Domstadt. Vor dem wachsenden Antisemitismus wichen die beiden Schwestern 1938 in ein Karmeliterkloster in den Niederlanden aus, in den Karmel in Echt. Nach der deutschen Besetzung des Königreiches und einer verpassten Flucht in die Schweiz wurden die beiden am 2. August 1942 von zwei SS-Offizieren verhaftet, in das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau deportiert und am 9. August in die Gaskammer geschickt.

Wie die Nationalsozialisten empfand sich auch Edith Stein ungeachtet ihrer Konversion als Jüdin. Im Herbst 1938 schrieb sie: „Ich muss immer wieder an die Königin Esther denken, die gerade darum aus ihrem Volk genommen wurde, um für das Volk vor dem König zu stehen. Ich bin eine sehr arme und ohnmächtige kleine Esther, aber der König, der mich erwählt hat, ist unendlich groß und barmherzig.“ Und eine der letzten von ihr überlieferten Äußerungen sind die Worte an ihre Schwester bei der Abholung durch die Gestapo: „Komm, wir gehen für unser Volk!“

M.S.

Private, billige Lückenfüller im Streckennetz

Vor 125 Jahren trat das preußische Kleinbahngesetz in Kraft – Die Folgen reichen von Selfkant im Westen bis Lyck im Osten

Public-Private-Partnership (öffentlich-private Partnerschaft) ist in aller Munde. Der Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble ist bemüht, private Investoren für den Bau von Autobahnen zu gewinnen. Vor 125 Jahren versuchte Preußen mit dem Gesetz über Kleinbahnen und Privatanschlussbahnen ebenfalls, private Investoren für eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur zu gewinnen. Damals ging es allerdings nicht um Straßen, sondern um Eisenbahnlinien.

Sinn und Zweck des am 28. Juli 1892 erlassenen sogenannten preußischen Kleinbahngesetzes war es, Gebiete des Königreiches, für deren Erschließung durch die Preußischen Staatseisenbahnen die finanziellen Mittel fehlten, durch private oder kommunale Kleinbahnen zu erschließen. Was in diesem Zusammenhang unter Kleinbahnen verstanden wurde, besagte das Gesetz:

„Kleinbahnen sind die dem öffentlichen Verkehre dienenden Eisenbahnen, welche wegen ihrer geringen Bedeutung für den allgemeinen Eisenbahnverkehr dem Gesetze über die Eisenbahnunternehmungen vom 3. November 1838 ... nicht unterliegen. Insbesondere sind Kleinbahnen der Regel nach solche Bahnen, welche hauptsächlich dem örtlichen Verkehr innerhalb eines Gemeindebezirkes oder benachbarter Gemeindebezirke vermitteln, sowie Bahnen, welche nicht mit Lokomotiven betrieben werden.“

Dass die Kleinbahnen nicht dem Gesetze über die Eisenbahnunternehmungen vom 3. November 1838 unterlagen, verbilligte ihren Bau und Betrieb. So genügte es beispielsweise, die Gleise statt in Schotter in Kies zu betten.

Das Gesetz löste eine Welle von Bahnneubauten aus. Bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs waren über 300 Kleinbahnstrecken mit einer Gesamtlänge von mehr als 10 000 Kilometern fertiggestellt. Das Ziel, privates Kapital zu mobilisieren, wurde erreicht. So stieg der Anteil privater Eisenbahnen am Schienennetz von 1892 bis 1914 von sechs auf 26 Prozent.

Die Privatwirtschaft erkannte ihre Chance. Ganze zwei Tage nach dem Erlass des preußischen Kleinbahngesetzes gründete der 1846 in Pflugrade, Landkreis Naugard geborene Pommer Friedrich Lenz in der pommerschen Wirtschaftsmetropole Stettin das Eisenbahnbau- und -betriebsunternehmen Lenz & Co. Rasch wuchs das Unternehmen mit seinen Tochterunternehmen zum bedeutendsten Neben- und Kleinbahnkonzern in Deutschland heran. An dem Kleinbahnbau bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges war Lenz & Co. mit um die 100 Bahnen zu etwa einem Drittel beteiligt. Dazu gehörte auch im tiefen Westen Preußens die meterspurige Geilenkirchener Kreisbahn. Auf 5,5 der einst fast 38 Kilometer fährt heute eine Museumseisenbahn. Benannt ist sie nach der westlichsten Gemeinde Preußens und Deutschlands, nach Selfkant.

Dieses Wochenende vom 29. und 30. Juli nimmt das Rheinische Kleinbahnmuseum Selfkantbahn die 125. Jahrestage der Verkündung des preußischen Kleinbahngesetzes und der Gründung von Lenz & Co. zum Anlass für ein Themenwochenende „Bahnen für das platte Land“ in und um den Bahnhof Gangelt-Schierwaldenrath, Am Bahnhof 13a, 52538 Gangelt. Für die Schirmherrschaft konnte mit Hedda Lenz eine Ururenkelin des Firmengründers Friedrich Lenz gewonnen werden. Nähere Informationen sind über die Internetseite www.selfkantbahn.de/fahrplaene-angebote/veranstaltungen/bahnen-fuer-das-platte-land, die Telefonnummern (0241) 82369, (0241) 82369 und (02454) 6699, die Faxnummern (0241) 83491 und (02454) 7245 sowie die E-Mail-Adresse info@selfkantbahn.de erhältlich.



Bild: Kreisgemeinschaft Lyck

Auch Masuren hat seine Tertiärbahn: Die bis heute in Betrieb befindliche Lycker Kleinbahn

Wie im tiefen Westen an der Grenze zu den Niederlanden mit der Geilenkirchener Kreisbahn baute Lenz & Co. auch in Preußens östlichster Provinz an der Grenze zu Russland eine bemerkenswerte Tertiärbahn, die Lycker Kleinbahn. In Ostpreußen gab es hinsichtlich der Eisenbahninfrastruktur eine Sondersituation. Anders als im übrigen Preußen begann dort deren Aufbau erst recht spät. Die ersten Arbeiten galten der sogenannten Ostbahn, deren Strecke über Bromberg und Dirschau Berlin mit Königsberg verband. Die Arbeiten begannen 1848 und wurden 1853 abgeschlossen. Bis 1858 wurde die Strecke nach Eydtkuhnen verlängert. Für den Bau der Eisenbahnlinie, welche die ostpreußischen Städte im Süden miteinander verband, wurde die Ostpreußische Südbahn-Gesellschaft gegründet. Die Kredite für den Bau dieser Bahn stammten von englischen Banken. Davon zeugen die Zusammensetzung des Aufsichtsrats sowie die Angabe des Gründungskapitals in Pfund Sterling. Im Jahre 1866 wurde die Teilstrecke von Königsberg nach Bartenstein eröffnet, dann folgte im Jahre 1867 die Verbindung nach Rastenburg, und im Dezember 1868 nach Lyck. Dank der Bemühungen von Landrat Eugen Drewello, der seit 1870 den Kreis Lyck im Preußischen Landtag vertrat, wurde ein weiteres Teilstück der Bahn bis Prostken gebaut und von dort bis Bialystok weitergeführt, wo die Bahn Anschluss an die Strecke Berlin–Warschau–Moskau fand.

> Das Rheinische Kleinbahnmuseum Selfkantbahn lädt zum Themenwochenende »Bahnen für das platte Land« ein

Im Jahre 1879 erhielt Lyck eine Bahnverbindung mit Insterburg, die dann 1885 über Johannisburg bis nach Allenstein verlängert wurde, wo die Bezirksregierung ihren Sitz hatte. Noch vor dem Ersten Weltkrieg wurde auf einer Länge von 36,8 Kilometern der westliche Teil des Kreises Lyck mit der Eisenbahnlinie von Lyck nach Arys verbunden.

Zur Erschließung durch die Bahn blieb noch der östliche und südöstliche Teil des Kreises Lyck. Diesem Zweck sollte nun der Bau einer Kleinbahn dienen. Am 21. Dezember 1910 wurde dem Lycker Kreistag per Vorlage eine Kleinbahn von Lyck nach Thurowen mit einer Abzweigung von Brodowen nach Sawadden und einer Streckenlänge von insgesamt 48 Kilometern vorgeschlagen. Die Entscheidung über den Bau der Kleinbahn traf der Kreistag am 9. Januar 1911. Am 11. Februar 1911 berichtete die „Deutsche Straßen- und Kleinbahnzeitung“ dazu: „Der Kreistag hat, wie man uns mitteilt, den Bau einer meterspurigen Kleinbahn von Lyck über Brodowen, Borszymmen und Kallinowen nach Thurowen beschlossen.“

Für den Bau der Kleinbahn wurde am 31. August 1912 die Lycker Kleinbahn-Aktiengesellschaft gegründet. Hierzu hieß es in der „Deutschen Straßen- und Kleinbahnzeitung“ am 26. Oktober 1912: „In das Handelsregister des dortigen Amtsgerichts ist am 16. September d. J. unter Nr. 12 die Lycker Kleinbahn-A.G. mit dem Sitz in Lyck, Ostpreußen, eingetragen worden. Der Gesellschaftsvertrag ist am 31. August 1912 festgestellt. – Gegenstand des Unternehmens ist der Bau und Betrieb der Kleinbahnlinie von Lyck über Brodowen nach Thurowen mit Abzweigung von Brodowen nach Sawadden, nach Maßgabe der von den zuständigen Behörden auszustellenden Genehmigungsurkunden und der landespolizeilich festzustellenden Baupläne ... – Die Gründer der Gesellschaft, welche sämtliche Aktien übernommen haben, sind der preußische Staatsfiskus, der Provinzialverband der Provinz Ostpreußen, der Kreiskommunalverband Lyck, Lenz & Co., Gesellschaft mit beschr. Haftung in Berlin und der Kreisausschusssekretär Adolf Henseleit aus Lyck. – Die Mitglieder des Vorstandes sind der Justizrat Paul Siebert und der Rentier Eugen Gerlach, beide aus Lyck ... Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind: der Landratsamtsverwalter Reg.-Assessor Dr. Max Peters aus Lyck, der Reg.-Assessor Hugo von Batocki zu Allenstein, der Gutsbesitzer Herm. Reck aus Malleczewen; der Direktor Paul Lenz zu Berlin, der Landeshauptmann Geh. Regierungsrat Friedr. von Berg, der Reg.- und Baurat Adalb. Michaelis und der Kgl. Baurat Franz Stahl, sämtlich aus Königsberg i. Pr.“

Das Aktienkapital der zu gründenden Gesellschaft wurde auf 2,59 Millionen Mark festgesetzt. Laut dem Bericht für das erste Geschäftsjahr (31. August 1912 bis 30. Juni 1913) entfielen davon 1,05 Millionen Mark auf den Preußischen Staat, 525 000 Mark auf den Kreis Lyck und 490 000 Mark auf die Firma Lenz & Co., der auch die Bauarbeiten übertragen wurden.

Diese wurden am 2. September 1912 begonnen. Am 23. Oktober 1913 und damit gut zwei Jahrzehnte nach dem Inkrafttreten des preußischen Kleinbahngesetzes, fand die feierliche Eröffnung der Kleinbahnlinie von Lyck über Klein Lasken nach Borszymmen und der Abzweigung von Klein Lasken nach Sawadden statt. Unter dem Namen „Elcka Kolej Waskotorowa“ ist sie noch heute in Betrieb. Wenigstens im Sommer wird vornehmlich für Touristen ein regelmäßiger Verkehr zwischen Lyck und Sypittken angeboten. *Kreisgemeinschaft Lyck*

»Eine generelle Ermutigung zur Gesetzlosigkeit«

Über das Alkoholverbot in den USA bestand weder ein gesellschaftlicher Konsens noch wurde es von der Staatsgewalt durchgesetzt

Es sollte ein „ehrenhaftes Experiment“ werden, geriet aber stattdessen zum kompletten Fiasko. Gemeint ist die Prohibition in den Vereinigten Staaten, also das landesweite Verbot der Herstellung sowie des Transports und Verkaufs von Alkohol. Den entscheidenden Anstoß zu dieser Maßnahme gab der US-Senat am 1. August 1917.

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts galt der Alkohol in den USA als die Wurzel allen sozialen Übels. Dies kommt beispielsweise in der Prophezeiung von Reverend Billy Sunday über die zu erwartenden Segnungen einer totalen Prohibition zum Ausdruck: „Das Reich der Tränen ist vorbei. Bald werden die Slums der Armenviertel nur noch eine Erinnerung sein. Wir werden die Gefängnisse in Fabriken umwandeln und die Gerichtsgebäude in Lagerhallen. Männer werden nun aufrecht gehen, Frauen werden lächeln und Kinder werden lachen. Die Hölle wird auf Ewigkeit zum Vermieten angeboten.“ Als Vorreiter im Kampf gegen den Alkohol fungierten allerdings nicht nur protestantische Fundamentalisten vom Schlage Sundays, hinter denen die angelsächsische Machtelite stand, sondern auch Frauenverbände wie die Woman's Christian Temperance Union (WCTU).

Bis 1916 hatten die Befürworter der Prohibition bereits Verbote in 23 Bundesstaaten der USA durchgesetzt. Nach der Kriegserklärung an das wilhelminische Kaiserreich 1917 holten sie dann zum finalen Schlag gegen den „Saufteufel“ aus, wobei sie nun vor allem die Brauereibesitzer mit deutschen Wurzeln für den Alkoholmissbrauch der Amerikaner verantwortlich machten. Am 1. August 1917 fällte der Senat in Washington mit 65 zu 20 Stimmen eine Vorentscheidung. Nach einigen gesetzgeberischen Schritten trat dann in der Nacht vom 16. zum 17. Januar 1920 das Alkoholverbot landesweit in Kraft.

Das Verbot bewirkte einen deutlichen Rückgang alkoholbedingter Krankheiten und Todesfälle. Das blieb allerdings der einzige positive Effekt. Ihm standen viele negative gegenüber. Beispielsweise starben bis zu 50 000 Menschen an illegal hergestelltem Fusel, der das giftige Methanol enthielt. Außerdem sank die Kriminalitätsrate nicht wie erhofft, sondern stieg im Gegenteil deutlich an. Das betraf auch und gerade schwere Delikte, denn die Prohibition erwies sich als perfektes Konjunkturprogramm für das organisierte Verbrechen, weil die Nachfrage nach Alkohol weiter bestand. Mafia-Bosse wie Johnny Torrio, Meyer Lansky und Al Capone bauten schnell eine eigene Spirituosen-Industrie auf und verteidigten ihre jeweiligen Absatzmärkte hernach mit brutaler Gewalt. Ebenso blühte der Schmuggel. Meist kam der begehrte Stoff aus Kanada, Mexiko und Kuba – durch Tunnel, in Schwimmtanks oder Schweinehälften sowie an Bord präparierter Lastwagen und Boote.

> Das »ehrenhafte Experiment« erwies sich als perfektes Konjunkturprogramm für das organisierte Verbrechen

Wie erfolgreich die Mafia agierte, illustriert die Tatsache, dass der Konsum von Alkohol nach dessen Verbot nicht etwa sank, sondern von jährlich 530 Millionen Liter auf schließlich 757 Millionen Liter stieg. Eine Ursache hierfür war die geringe Zahl der für die Durchsetzung des Alkoholverbots zuständigen staatlichen Agenten. Mehr als 2300 jämmerlich besoldete und teilweise des Lesens und Schreibens unkundige Aufpasser wollten die Entscheidungsträger partout nicht einstellen. Das waren pro Bundesstaat kaum mehr als 50 Personen.

Daneben gab es volkswirtschaftliche Effekte, die so nicht beabsichtigt waren. Viele der ersten Autos in den USA fuhren mit aus Getreide hergestelltem Ethanol. Allerdings verschwand dieser Biokraftstoff ab 1920 vom Markt, als die ländlichen Brennereien schließen mussten. Dies führte zum allgemeinen Umstieg auf Benzin oder Diesel, der heutzutage zumindest von den Grünen sehr beklagt wird.

Und dann waren da noch die Steuerausfälle infolge des Alkoholverbots. Alleine die Zentralregierung in Washington büßte elf Milliarden US-Dollar ein. Das verlieh den Gegnern der Prohibition nach Beginn der Großen Depression im Oktober 1929 erheblichen Aufwind. So meinte der General-Motors-Manager Pierre S. du Pont mit Blick auf die Entscheidung von 1917: „Anstelle einer bankrotten Staatskasse hätten wir heute keine Schulden und einen Überschuss von fünf bis zehn Milliarden Dollar.“

Ganz ähnlich sah dies auch der demokratische Präsidentschaftskandidat Franklin D. Roosevelt. Er bezeichnete die Prohibition als „eine generelle Ermutigung zur Gesetzlosigkeit“ und versprach, durch deren Abschaffung sowie die Wiedereinführung der Alkoholsteuer das geplante große Reformprogramm „New Deal“ zu finanzieren. Ziemlich genau ein Dreivierteljahr nach dem Beginn seiner ersten Amtszeit als Präsident, am 5. Dezember 1933, endete die landesweite Prohibition in den USA.

Das letztendliche Scheitern der Prohibition nach fast 14 Jahren zeigt, dass Verbote nicht nur wirkungslos sind, sondern die Gesetzestreue der Gesellschaft untergraben und der Kriminalität Vorschub leisten, wenn der Staat nicht gewillt oder in der Lage ist, ihre Einhaltung zu kontrollieren und durchzusetzen. Außerdem destabilisiert es Staat und Ordnung, wenn der Gesetzgeber aus ideologischen und/oder erzieherischen Gründen etwas kriminalisiert, was ein Großteil der Bürger als recht und billig, also legitim betrachtet. Damit sind Widerstand und Obstruktion programmiert. Inwieweit das historische Wissen um die Geschichte der Prohibition in den USA und ihres Scheiterns lehrreich für die aktuelle Diskussion hierzulande über den Sinn oder Unsinn einer Legalisierung von weichen Drogen sein könnte, sei dahingestellt. *Wolfgang Kaufmann*

Der Moment der Woche


Foto: Imago

Zwei Admiral-Schmetterlinge (rechts) versüßen sich den Tag beim Nektar-Naschen auf einem Sommerflieder. So unbeschwert verliefen die vergangenen Tage für umweltbewusste Mediennutzer nicht. Zahllose Zeitungen, Internetportale und TV-Sender berichteten von einem dramatischen Insektensterben. Die Nachricht kam aus dem Bundesumweltministerium. Auf eine Anfrage der Grünen-Fraktion hieß es dort, dass sich der Insektenbestand seit 1982 um 80 Prozent verringert habe.

Die Legende vom Insektensterben

Bienenfleißig wurde die Alarm-Meldung übernommen. Nachrecherchieren taten einzig die Journalisten von der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ („FAS“). Sie fanden heraus, dass die Zahlen von Hobbyforschern aus Nordrhein-Westfalen stammen, dem „Krefelder Entomologischen Verein“: Jahr für Jahr sammeln und dokumentieren die etwa 50 Insektenfreunde ihre Beute aus mehreren Dutzend Insektenfallen zwischen Koblenz und Kleve. Die Ergebnisse veröffentlichen sie in einer „Entomologischen Mitteilung“. Die „FAS“-Journalisten sprachen mit Vorstandsmitglied Martin Sorg. Er erklärte, dass die Zahlen, auf die sich alle „Experten“ in Sachen Insektensterben berufen, von genau zwei Standorten im Krefelder Naturschutzgebiet „Orbroicher Bruch“ stammen. Auf die Frage, ob sich diese beiden Messpunkte denn auf ganz Deutschland hochrechnen ließen, lautete die prompte Antwort: „Natürlich nicht.“ Die Diskussion, so Sorg, würde in einer Wolke der Unwissenheit stattfinden.

Dennoch steckt möglicherweise Kalkül dahinter. Die sozialdemokratische Umweltministerin Barbara Hendricks leistet mit ihrer Insektenschwund-Legende nämlich kräftig Wahlkampfhilfe für einen möglichen Koalitionspartner. Die Grünen haben den Schutz von Fliegen, Faltern und Käfern zu einem ihrer zentralen Wahlkampfthemen erhoben und ausdrücklich in ihrem Wahlprogramm festgeschrieben.

Frank Horns

Linker Hass-Tratsch

Ein Journalist denunziert Kollegen und bringt sie in höchste Gefahr

In den USA wie hierzulande verschwimmen die Grenzen zwischen Journalismus und schlichter Verbreitung von Meinungen. Einzelne Medienorganisationen und der US-Präsident Trump treten sich gegenüber wie streitende politische Parteien. Das Verbreiten von Falschinformationen, Gerüchten oder schlichten Irrtümern wirkt eskalierend. Am Rande des G 20-Gipfels zeigte sich, wie schnell aus falschem Engagement und voreiligen Schlüssen Gewalt wird.

Dem Journalisten („Berliner Tagesspiegel“, „ZeitOnline“, „Potsdamer Neueste Nachrichten“) und Links-Aktivisten Sören Kohlhuber fiel am Rande der „Welcome to Hell“-Demonstration am 6. Juli eine junge Frau auf, die ein T-Shirt mit Symbolen der Identitären Bewegung trug. Die Bilder von ihr und ihren vier Begleitern verbreitete er über den Online-Nachrichtendienst Twitter und fragte, ob jemand die Personen kennt. Die Antwort kam aus den USA. Dortige Linksextremisten ordneten die vier der Alt-Right, der Alternativen Rechten, zu (siehe *PAZ* 46, 2016, Seite 4). Für die selbsternannten Antifa-Kämpfer, diesseits und jenseits des Atlantiks, ist die rechtskonservative Bewegung ein Hassobjekt.

Tatsächlich handelte es sich bei der jungen Frau um die kanadische Journalistin und Bloggerin Lauren Southern. Bei ihr waren die US-amerikanischen Journalisten Tim Pool, Luke Rudkowski und Marco DiPaolo sowie der deutsche Journalist Max Bachmann. Lauren Southern vertritt konservative Positionen und steht der Identitären Bewegung nahe. Tim Pool ist ein mehrfach ausgezeichneter Journalist, der einen YouTube-Kanal mit Reisereportagen, Wissenschaftsthemen und Live-Streams über politische Großereignisse betreibt. Luke Rudkowski ist Gründer der zeitkritischen Initiative „We are change“. Linksradikale in den USA rechnen sie der Rechten zu, weil Pool und Rudkowski auch kritisch über die linke Szene berichten. Marco DiPaolo berichtet für die politisch neutrale Lifestyle-Internetplattform „heavy.com“. Max Bachmann arbeitet für „Eingeschenkt tv“ nahe Dresden. „Eingeschenkt tv' ist eine Plattform für ehrlichen Journalismus“, so Bachmann, „wir legen Wert darauf, beide Seiten zu zeigen“.

Verstörende Filmaufnahmen

Kohlhubers Hass-Tratsch hatte dennoch dramatische Folgen: Southern und Pool wurden im Chaos der G 20-Krawalle von den Linksextremisten systematisch verfolgt und bedroht. Southern und Pool beschreiben in einem Video auf der Internetplattform „YouTube“ ihre Flucht und wie sich Sören Kohlhuber an der Beschattung und Verfolgung speziell von Lauren Southern beteiligte. Über Twitter gab er immer wieder ihren aktuellen Standort bekannt. Rudkowski, DiPaolo und Bachmann wurden verprügelt, konnten jedoch die Übergriffe per Video dokumentieren. Alle drei mussten sich hinterher ärztlich versorgen lassen. Besonders verstörend sind die Aufnahmen vom Übergriff auf Marco DiPaolo. Der Lifestyle-Journalist, der kein Deutsch spricht, kniet sich mit erhobenen Händen hin und ruft immer wieder auf Englisch „Entschuldigung“ und „Ich bin kein Nazi“.

Der Mann, der ihn und die anderen vier in diese Situation gebracht hat, zeigt indessen keine Reue. Sören Kohlhuber spricht auf seiner Internetseite von einer Kampagne gegen ihn. „ZeitOnline“, „Tagesspiegel“ und „Potsdamer Neueste Nachrichten“ haben inzwischen die Zusammenarbeit mit ihm beendet. Dafür hat er andere Freunde gefunden. Ihre Beistandsbekundung ist auf seiner Internetseite zu lesen: „Hallo Sören, Du stehst ab jetzt unter dem Schutz der internationalen Antifa-Bewegung. Mit Faschisten machen wir kurzen Prozess, erst recht mit so kleinen Feiglingen wie jenen, die dir drohten und drohen. Wende dich jederzeit an uns, wenn du es für notwendig erachtest!“

Friedrich List

Ein fröhliches Gewaltspektakel

Was ist wirklich bei den Krawallen in Schorndorf passiert? Wo liegen die Ursachen? Und welche Schuld trägt der Bürgermeister?

Ein Stadtoberhaupt im Willkommenskultur-Wahn, ein Ortskern, in dem fast ausschließlich Immigranten wohnen und ein Stadtfest, das dramatisch aus dem Ruder läuft: Die Ereignisse in Schorndorf waren ein Desaster mit Ansage.

Kennen Sie Schorndorf? Schorndorf bei Stuttgart? Eine Stadt voller Fachwerk, eine Stadt mit Schloss, unzerstört im Zweiten Weltkrieg, eine Stadt, die so deutsch scheint wie eine Stadtansicht von Merian, ein Gemälde von Spitzweg, ein Vers von Wilhelm Busch. Also das ideale Reiseziel für Amerikaner und Japaner, aber auch für Deutsche, die Deutschland da sehen wollen, wo es dem Klischee von „deutsch“ so schön entspricht, dass es an der Seele rührt.

Schorndorf hat nur einen Haken: Die 40 000-Einwohner-Stadt hat seit 2015 rund 1000 „Flüchtlinge“ aufgenommen. Eine Heerschar von Männern, Glücksrittern aus dem Irak, Afghanistan, Syrien und anderen Ländern der Dritten Welt. Seitdem sieht Schorndorf zwar noch deutsch aus, hat sich aber in ein latentes Kriegsgebiet verwandelt.

Diesen Krieg führten die „Männer mit Migrationshintergrund“, wie sie regelmäßig in den Pressemeldungen der Polizei genannt werden, voll Lust und Freude in der Nacht vom 15. auf den 16. Juli bei der Schorndorfer Woche; Kenner sagen lässig „Schowo“. Sie taten ihre Präsenz kund, indem sie erst Frauen begrabschten und belästigten, dann die Polizei angriffen und sich in Trupps aufspalteten, um zu schlagen, zu verwüsten, anzugreifen. Es war die Neuauflage der Kölner Domplatte in der Provinz. Unfein gesagt: Das mittlerweile vertraute Benehmen islamischer Jungmannen, die in Deutschland die Sau rauslassen. 53 Anzeigen sind inzwischen eingegangen.

Am Tag danach waren die Ausflüchte der Verantwortlichen auf der Pressekonferenz pappiger als angebrannte Graupensuppe: „Alkohol“, „Einzelne“, „aus der Menge“. Kein Vergleich war zu abwegig, um bemüht zu werden. Vorneweg Roland Eisele, Polizeipräsident von Aalen, der die politkorrekte Linie verkünden musste. Mit dem Mann konnte man fast Mitleid haben. So, als ob es seit jeher zur Schorndorfer Woche gehöre, dass ein Mob ein fröhliches Gewaltspektakel feiert. Bereits dieser Kontrast – wie war es früher, wie ist das jetzt – sollte die Augen öffnen.

Kein Neubau der Bücherei, »Flüchtlinge haben Vorrang«

Dabei war es eine Katastrophe mit Ansage. 2015, als Hunderttausende nach Deutschland strömten, weil Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) das in einsamer Entscheidung verfügt hatte, las sich das im Falle Schorndorf im September 2015 aus dem Mund des Oberbürgermeisters Matthias Klopfer (SPD) so: „Wenn in diesem Jahr tatsächlich eine Million Flüchtlinge nach Deutschland kommen, dann heißt das auf Schorndorf heruntergerechnet, dass insgesamt 600 Menschen aufgenommen werden müssten. Anders gerechnet: Wenn an einem Wochenende 20 000 Flüchtlinge in Deutschland ankommen, müssten rein rechnerisch zwölf von ihnen in Schorndorf landen. Und 2016 geht's grad so weiter.“

OB Klopfer wusste aber noch mehr: „Heute brauchen die Menschen Jeans, morgen brauchen sie Wohnraum, und die Kinder brauchen Plätze in Schulen und Kindergärten. Wenn von der Million eine halbe Million dableiben darf, heißt das, dass bis zu zwei Millionen weitere Menschen zu uns kommen.“

Soweit Klopfer, der voller Verständnis dafür war, „dass Syrer, die die Hoffnung auf eine Rükkehr in ihre Heimat aufgegeben haben, nicht in den Flüchtlingslagern in der Türkei und im Libanon bleiben wollen, sondern sich auf den Weg nach Europa machen. Und je schneller vor allem die nach Deutschland kommenden Syrer anerkannt werden, desto schneller wird sich die Frage nach Wohnungen außerhalb der Gemeinschaftsunterkünfte stellen.“

Geradezu grotesk wurde das Wunschdenken, wenn Klopfer davon redete, dass „gerade die Menschen aus den Kriegsgebieten absolut lern- und leistungswillig“ seien. Gleichzeitig galt für Schorndorf: Der Bürger muss zurückstecken. So verkündete Klopfer in seiner Haushaltsrede im Oktober 2015, dass der Neubau der Stadtbücherei ausfallen müsse. Für Jugendliche gebe es nix, so der Amtssprech, „weil Vorrang die Frage habe, welche Aufgaben die vorhandene Jugendarbeit bei der Integration von Flüchtlingen übernehmen könne.“ Und schließlich kam, für alle vernehmlich: „Wir machen unsere Arbeit bei den Flüchtlingen exzellent, aber wir haben nicht die Kraft und das Geld, gleichzeitig auch alle anderen Projekte zu stemmen.“

Schorndorf war eine Katastrophe mit Ansage und weitere werden folgen. Die nächsten Jagden von Männern, die eine sehr spezielle Auffassung vom Leben in Deutschland haben, werden kommen. Es gibt viele Schorndorfs in Baden-Württemberg. Städte, bei denen einem vor lauter Fachwerk das Herz übergeht. Städte wie Schwäbisch Hall, Esslingen, Reutlingen. Städte, in deren liebevoll restaurierten Fachwerk-Innenstädten kein Deutscher mehr wohnt.

Nota bene: Zum gleichen Zeitpunkt wie in Schorndorf mischten andere Zuwanderer das Reutlinger Stadtfest auf. Mit Grapschen und mit Messern. Und im pfälzischen Bad Kreuznach, in dem sich aktuell Afghanen und Türken wahlweise gegenseitig bekriegen oder den Krieg gegen Polizei und Bürger führen, gibt es seit dem 21. Juli eine Ausgangssperre, pardon, eine Allgemeinverfügung. „Aufgrund der aktuellen Ereignisse“, so heißt es, „hat das Ordnungsdezernat am Freitag eine sogenannte Allgemeinverfügung erlassen.“ Sie umfasst ein generelles Aufenthaltsverbot für drei Gebiete, darunter der Schlosspark, in der Zeit von 22 bis 6 Uhr. „In Anbetracht der betroffenen hochwertigen Rechtsgüter von Leib und Leben und des besonderen öffentlichen Interesses an der Bekämpfung von Straftaten ... muss das Interesse Dritter an der freien Entfaltung der Persönlichkeit, nämlich dem uneingeschränkten Aufenthalt in den genannten Bereichen, zeitweise zurücktreten“, heißt es in der Begründung. Im Klartext bedeutet das: Die städtischen Anlagen werden zu nächtlichen Sperrbezirken. – Deutschland im Sommer 2017.

Ulrike Dobberthien

Deutsches Fachwerk, fremde Bewohner

Warum so viele historische Innenstädte fest in Immigrantenhand sind

Galten Fachwerkhäuser in den Innenstädten in den 60- und 70-Jahren oft als altmodisch und wurden abgerissen, stehen sie heute für den Inbegriff von „Deutschland“, wie es in den Vorstellungen der Welt von China bis Chile existiert: Sie locken, hübsch herausgeputzt, Touristen aus der ganzen Welt. Nur wohnen will dort niemand – und auch mit den Geschäften mag es nicht recht klappen. Kleine Läden in verwinkelten Bauten sind für den Handel nicht interessant. Viele Wohnungen in den oberen Stockwerken können nicht genutzt werden, weil es nur einen Zugang durch das Geschäft im Erdgeschoss gibt. Die Besitzer müssten erst kräftig investieren, um sie zugänglich zu machen. Alle baulichen Veränderungen müssen mit den strengen Auflagen der Denkmalpflege vereinbar sein.

Wie schwierig die Vermietung der Wohnungen oder die Suche nach einem Nachfolger für freie Läden ist, zeigte sich 2015 auf einem Treffen von Vertretern aus 80 deutschen Fachwerkstädten. Die Arbeitsgemeinschaft Deutsche Fachwerkstädte (ADF) hatte dazu ins niedersächsischen Celle eingeladen. Ulrich Kinder, Stadtbaurat von Celle, beschrieb damals die Situation so: „Bei größeren Wohnungen ist die Vermietung kein Problem, aber enge, niedrige und kleinteilige Wohnungen in der Innenstadt ohne Balkon, Garten und Parkplatz sind nicht beliebt.“ Die Stadt gilt mit 500 denkmalgeschützten Fachwerkhäusern als größtes geschlossenes Fachwerkgebiet in Europa – und hat trotz der finanziellen Förderung von Fachwerkrenovierungen Bevölkerungsschwund in der Altstadt. Viele kleinere Fachwerkstädte sind sogar mit noch stärkeren Einwohnerverlusten als Celle konfrontiert.


Foto: GrileGarrle/Wikipedia

Fachwerkhäuser in der Innenstadt von Schorndorf

Das aber hat sich nun, nach 2015, entscheidend geändert. Die Fachwerkhäuser, die Leerstände, für Deutsche unattraktiv – auch wegen fehlender Parkplätze und beschwerlichen Treppen – werden mit Asylbewerbern, mit Großfamilien aus islamischen und afrikanischen Staaten aufgefüllt. Sie werden direkt aus den Erstaufnahmeeinrichtungen hierher umgesiedelt. Der Staat – also der Steuerzahler – in Form von Land, Stadt oder Gemeinde zahlt die Kosten von Miete bis Strom; der Bürger sieht die Folgen. In vielen Fachwerkstädten von Schwaben bis Schleswig-Holstein erinnert nur noch die Architektur an Deutschland; ansonsten wähnt man sich inzwischen auch in Kassel eher wie in Kabul. Die Deutschen leben in den Wohngebiet am Stadtrand; Ausländer leben in den Innenstädten. Wer sehen will, wie ein Austausch der Bürger aussieht, der gehe in eine Fachwerkstadt.

UD

Das Ostpreußenblatt

Nr. 30 – 28. Juli 2017



MELDUNGEN

Kunstgummi für die Straße

Guhringen – Als die Bewohner von Guhringen [Gorynia] in der Gemeinde Freistadt [Kisielice], Kreis Rosenberg/Westpreußen über Straßenlöcher klagten, hatte ihr. Bürgermeister Rafal Ryszczuk die Idee, mit ausrangierten Kautschuk-Transportbändern aus den Kohlengruben als Straßenbelag Abhilfe zu schaffen. Er meinte, dass dies eine nachhaltige und kostengünstige Lösung sei. „Über Jahre versanken Millionen Zloty in den 180 Kilometer langen Straßen ohne besonderen Erfolg. Schuld daran ist der dort verwendete Stein, der einer schnellen Abnutzung unterliegt und den man alle paar Monate Reparaturen per unternehmen muss." Die Bewohner von Gühringen sind geteilter Meinung. Sie befürchten, dass der Gummi im Winter mehr Glätte bringen könnte als jeder andere Belag. *PAZ*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. 7: Elbing [Elbląg] – Jazowa, Baustelle; Liebemühl [Miłomłyn] – Osterode [Ostróda], Baustelle; Osterode – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Bergheim [Gorki] – Schwenteinen [Swietajny], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie] – Mörlen [Morliny], Baustelle. Straße Nr. 16: Osterode – Alt Jablonken [Stare Jabłonki], Baustelle; Groß Borken [Borki Wielkie] – Sorquitten [Sorkwity], Baustelle. Straße Nr. 16c: Kaplitainen [Kaplityny], Baustelle; Allenstein – Fittigsdorf [Wójtowo], Baustelle. Straße Nr. 51: Allenstein – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 53: Schönwalde [Szczesne] – Klaukendorf [Klewki], Baustelle; Friedrichshof [Rozogi], Baustelle. Straße Nr. 57: Zanderborken [Borki Sedrowskie] – Wusslack [Wozławki], Baustelle. Straße Nr. 58: Rudczanny [Ruciane] – Johannisburg [Pisz], Baustelle.Straße Nr. 59: Friedrichshof [Rozogi], Baustelle. Straße Nr. 63: Angerburg [Wegorzewo], Baustelle. Straße Nr. 65c: Umgehungsstraße von Treuburg [Olecko], Baustelle. *E.G.*

Letzte Ruhe in Bartossen

Nach 70 Jahren: Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge sorgte für Umbettung von 2974 Toten

Am 15. Juli wurden die bei 'Bauarbeiten in Thorn entdeckten Gebeine von knapp 3000 Toten des Krieges und der unmittelbaren Nachkriegszeit feierlich bestattet. In Bartossen [Bartosze] fanden sie ihre letzte Ruhestätte.

Auf dem deutschen Sodatenfriedhof in Bartossen fand bei einer feierlichen Zeremonie die Beisetzung von 2974 deutschen Kriegstoten statt. Die sterblichen Überreste der vor gut 70 Jahren Umgekommenen wurden Ende vergangenen Jahres bei Bauarbeiten in Thorn [Torun] gefunden und vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge umgebettet. Es handelte sich um Kriegsgefangene und Zivilisten, darunter auch Frauen und Kinder, die in einem sowjetischen Internierungslager, zu dem auch ein großes Lazarett gehörte, ums Leben gekommen sind. Die Mehrzahl der Toten bleibt wahrscheinlich unbekannt. Es wurden 200 Erkennungsmarken gefunden, 50 von ihnen konnten identifiziert werden.

Gut 70 Jahre nach Kriegsende konnten die Toten aus Thorn nun endlich würdig bestattet werden. Die Grube mit Reihen von schwarzen Särgen wirkte auf die Teilnehmer der Zeremonie eindrucksvoll. Zu Beginn der feierlichen Beisetzung zitierte Tore May, Bundesvorstandsmitglied des Volksbundes, aus einem Brief, den der Volksbund nach dem Fund der Gebeine in Thorn erhalten hatte. Der Verfasser des Briefs ist Fritz Hieckmann, geboren 1922, Teilnehmer am Zweiten Weltkrieg und Kriegsgefangener in Thorn. Er schilderte seine Erlebnisse und sagte, er könnte auch hier liegen. So beschrieb der Zeitzeuge die damaligen Ereignisse: „... Im eingeschlossenen Graudenz an der Weichsel gerieten wir in russische Kriegsgefangenschaft. ... Nach einem Drei-Tagemarsch, ohne Wasser und Speise, erreichten wir Thorn. Unterwegs schlürften viele Kameraden aus den dreckig-blutigen Pfützen der vereisten Straße das Wasser. Vor dem russischen Gefangenenlager umherliegend erhielten wir erste Nahrung. Es gab amerikanisches Schmalzfleisch. Mit Heißhunger verschlangen wir das Fett ... und bekamen die Ruhr. ... In der Nacht kam ich, auf einem ‚Haufen' Toter liegend, kurz zu mir. Ich spürte die Kälte und die warme, kostbare Flüssigkeit aus meinem Körper sickern. Ach hätte ich jetzt die Tannalbin-Tabletten, von denen ich doch einmal eine Handvoll in einem Lazarett stiebitzte und an meine Kameraden verteilte. Hatte ich nicht damals eine der in Packpapier eingerollten Tablettenpakkungen in meine Fallschirmjäger-Hosentasche gesteckt? Es gelang mir, diese komplett in den Mund zu befördern. Als ich dann wieder zu mir kam, fühlte ich mich in der Lage, langsam vom ‚Haufen' zu kriechen. ... Später sah ich dann, wie Kameraden die vielen Toten auf Tafelwagen legten und sie dann ohne Zugpferde aus dem Lager schoben. Ich erfuhr, dass sie die Toten in große Gruben geworfen hatten. ... 1949 kam ich nach Hause. Ich habe nicht mehr geglaubt, jemals noch etwas von Thorn zu hören. Durch diese wunderbare Tätigkeit des Volksbundes mit der Umbettung und der Pflege ... bin ich sehr glücklich und danke allen beteiligten Helfern ganz herzlich. Ich wünsche allen beste Gesundheit für ein mindestens so langes Leben, wie ich es trotz allem haben durfte. Viel Erfolg bei der Erhaltung dauernden Friedens!"







Feierliches Umbettungszeremoniell: Die Überreste deutscher Toter werden auf dem deutschen Soldatenfriedhof in Bartossen beigesetzt. Die LO stiftete einen Kranz (r.) Bilder: E.G.

Nach dem Vorlesen des erschütternden Briefes fanden die 2974 deutschen Toten aus Thorn ihre letzte Ruhestätte in Bartossen. Stellvertretend wurden den Ehrengästen fünf Särge übergeben und von ihnen beigesetzt. Anschließend wurden noch 24 Tote des Ersten Weltkrieges, die an der Schnellstraße bei Bialystok gefunden worden waren, bestattet.

Zur feierlichen Beisetzungszeremonie gehörte ein ökumenischer Gottesdienst, der von Pastorin Monika Zuber und den Pfarrern Zygmunt Sedziak und Dariusz Zuber gehalten wurde, anschließend fand ein Totengedenken und die Kranzniederlegung statt. Die Gäste steckten auch kleine Holzkreuze mit den bekannten Namen und mit einem symbolischen blaugelben Vergissmeinnicht am Rande des Grabes ein. Vor der Zeremonie in Bartossen fand eine stille Kranzniederlegung zum Gedenken an die polnischen Kriegstoten auf dem Kommunalfriedhof in Lyck [Elk] auf dem dortigen Kriegsgräberfeld statt. An der Umbettungszeremonie in Bartossen nahmen der deutsche Militärattaché Oberst i. G. Andreas Meister, die polnischen Vertreter der Gemeinden Thorn, Lyck und Bartossen, der Woiwodschaft Ermland und Masuren, des Polnischen Roten Kreuzes, der Feuerwehr und Polizei Lycks, Vertreter der deutschen Volksgruppe aus Lyck und Elbing und die Repräsentantin der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein, sowie eine sächsische Volksbund-Reisegruppe teil.

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. ist eine humanitäre Organisation. Er widmet sich im Auftrag der Bundesregierung der Aufgabe, die Gräber der deutschen Kriegstoten im Ausland zu erfassen, zu erhalten und zu pflegen. Im Rahmen von bilateralen Vereinbarungen erfüllt der Volksbund seine Aufgabe in Europa und Nordafrika. Er betreut heute 833 Kriegsgräberstätten in 46 Staaten mit etwa 2,7 Millionen Kriegstoten.

Im Zweiten Weltkrieg sind in der Republik Polen insgesamt fast eine halbe Million deutsche Soldaten gefallen. Viele von ihnen ruhen auf den insgesamt zehn Kriegsgräberstätten des Volksbundes in der Republik Polen, unter anderem auch in Bartossen. Dazu kommen etwa 550 denkmalgeschützte Kriegsgräberstätten des Ersten Weltkrieges. Der Volksbund wird bei seinen umfangreichen Arbeiten in Polen durch die 1994 gegründete deutsch-polnische Stiftung Pamiec [Gedenken] speziell bei Umbettungs-, Bau- und Pflegemaßnahmen unterstützt.

Nach der Umbettungszeremonie in Bartossen lud die Deutsche Minderheit aus Lyck zum Empfang ein. In ihrem Sitz bei dem Wasserturm in Lyck wurde die deutsche Gesellschaft vom Volksbund für die Pflege der deutschen Kriegsgräberstätte in Bartossen ausgezeichnet. *Edyta Gladkowska*

Allenstein soll schöner werden

Ungepflegte Anlagen und zu viel geparkte Autos: Die Altstadt ist vielen zu hässlich – Ein neuer Flächennutzungsplan soll helfen

In Allenstein gibt es zahlreiche Diskussionen über das Aussehen der Altstadt und seiner Umgebung. Stadtverwaltung und die Unternehmer in der Altstadt sowie soziale Organisationen sollen gemeinsam nach Ideen für Maßnahmen suchen, welche helfen können, die Altstadt zu beleben.

Derzeitige Probleme der Altstadt und ihrer Umgebung sind laut den Anwohnern das ungepflegte und unansehnliche Aussehen, die unsachgemäße Platzierung von Müllcontainern, der Mangel an gepflegten Rasenflächen sowie das Fehlern einer ansprechenden Bepflanzung in der Nähe des Altstadtmarktes, unangemessene Aushängeschilder, zu unterschiedliche Beleuchtung und zu viele geparkte Autos.

Ein weiteres Problem ist das spärliche kommerzielle und kulturelle Angebot der Altstadt. Die Bewohner glauben, dass alleine Bars und Restaurants nicht ausreichen, um das Zentrum attraktiv zu machen. Es mangele an Geschäften, die einer Altstadt entsprechen würden, so auch gesellschaftlichen Veranstaltungen wie Kammerkonzerten, gelegentlichen Messen, der Verkauf von Kunsthandwerk, Straßenkünstlern, Straßenausstellungen und Veranstaltungen für Kinder.

Es gibt auch ein Problem mit dem Zugang zur Altstadt und mit dem Parken dort. In der Nähe gelegene Parkplätze bleiben oft ungenutzt. Die Fahrer versuchen, um jeden Preis rund um die Altstadt zu parken. Zwar haben die Behörden die Einfahrt zum Altstadtmarkt geschlossen, aber es gibt kein Durchfahrtverbot für die umliegenden Höfe und Gehwege. Laut Beobachtern fehlt ein generelles Verbot für den Autoverkehr in der ganzen Altstadt. Nach ihren Vorstellungen sollte die Altstadt über gut organisierte öffentliche Verkehrsmittel erreichbar sein, anständige Parkplätze rund um die Altstadt anbieten sowie Abstellplätze für Fahrräder und korrekte Informationen bieten. Sie meinen, dass dies auch im Eigeninteresse der lokalen Gastronomen und Unternehmer liegen müsste und sie dafür kämpfen sollten.

Geeignete Parkplätze fehlen bislang

Kritiker erinnern daran, dass schon lange Zeit über ein städtisches Revitalisierungsprogramm für Allenstein diskutiert wurde. Es gab die Vision einer Wanderroute durch die gesamte Innenstadt. Auch eine Verkehrsberuhigung in diesem Bereich war eingeplant. Die Kritiker sind sich einig, dass solche Fragen im Zusammenhang mit der Attraktivität der Altstadt entscheidend sind.

Tatsächlich waren diese Fragen im „Integrierten Programm für die Entwicklung des Innenstadtraums von Allenstein" aus dem Jahr 2015 enthalten. Das Dokument wurde in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Charta von Leipzig, der Nationalen Stadtpolitik, der Stadtentwick-lungsstrategie und Stadtplanung verfasst. Sein Hauptziel war es, die Attraktivität der Innenstadt von Allenstein zu erhöhen, was zu einer Steigerung der Lebensqualität in der Stadt beitragen sollte. Es sollten attraktive öffentliche Plätze, die Reurbanisierung und Grünanlagen entstehen. Zur Erreichung der strategischen Ziele wurden drei operative Ziele festgelegt: die Verkehrsberuhigung, die Beseitigung von Hindernissen und die Einführung von gesetzlichen Regelungen für die räumlichen Veränderungen in Form von lokalen Zonenplänen.

Jedoch müsse sich neben der Ausarbeitung von Plänen und ihrer konsistenten, langfristigen Einführung auch die soziale Mentalität verändern, um langfristig zum Erfolg zu kommen. *Leszek Chaburski*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

und wieder kann ich von einem alten Gesangbuch berichten, das seinen richtigen Platz über unsere Ostpreußische Familie gefunden hat. Nein, es sind sogar zwei, eines in deutscher, das andere in litauischer Sprache gehalten. Wir bekamen sie im April 2016 von unserem Leser **Manfred Hofer** aus Leichlingen zugesandt, sie stammten aus dem Nachlass seiner Großmutter **Auguste Ussat**, die diese schweren Bücher mit auf die Flucht mitgenommen hatte wie so viele Vertriebene, denn Gesangbücher und Familienbibeln gehörten einfach zu dem letzten Hab und Gut, das man unbedingt retten wollte. So blieben auch diese beiden Gesangbücher bis zum Tod von Auguste Ussat, die diese mit vielen persönlichen Eintragungen versehenen „Gebetbücher" selbst bei der Flucht über See und in dänischen Internierungslagern immer im Rucksack bei sich getragen hatte, im Familienbesitz und wurden uns nun von dem Enkel anvertraut, wie er meinte, bei uns an der richtigen Stelle zu sein. Da die eingetragenen Namen bewiesen, dass die Familie im nördlichen Ostpreußen beheimatet war, fand sich auch bald ein Weg, der uns als der richtige erschien, die Bücher wieder dorthin zu geben, wo sie hingehörten: Sie sollten einen endgültigen Platz in einer memelländischen Kirche finden, nämlich in der restaurierten Pfarrkirche von Coadjuthen im Memelland. Der Nachfahre einer alten Familie aus diesem Kirchspiel, **Günter Uschtrin**, hatte eine fundierte Chronik über dieses, in seinen Ursprüngen bis auf die Ordenszeit zurückgehende Gotteshaus geschrieben. Mit anderen ehemaligen Coadjuter Bürgern hat er viel für diese ehrwürdige Patronatskirche getan, um ihre Geschichte lebendig zu halten, und so dachte ich, dass dort die Gesangbücher einen passenden Platz finden würden. Günter Uschtrin nahm diesen Vorschlag begeistert auf und begann mit den Vorbereitungen für seine Umsetzung, die er leider nicht mehr erlebte. Ich hatte ihm bereits die Gesangbücher überlassen, weil er sie selber an ihren zukünftigen Bestimmungsort bringen wollte. Was würde nun nach dem frühen Tod von Günter Uschtrin mit den beiden Büchern geschehen? Manfred Hofer fragte mit Recht nach ihrem Verbleib, aber ich konnte ihm nur sagen, dass ich sie Günter Uschtrin im April 2016 in Hamburg persönlich übergeben hatte.

Und nun kam gänzlich unerwartet der Anruf von dessen Tochter **Sabine Hummerich**, dass sie und die rege Coadjuther Gruppe inzwischen der Aktion zu einem vollen Erfolg verholfen hätten: Am 1. Juni waren die Bücher dem Pfarrer der litauischen evangelischen Kirche übergeben worden. Das Ehepaar **Helga** und **Friedhelm Karpowitz** aus Isernhagen hatte die wertvollen Exponate auf ihre Ostpreußenreise mitgenommen, sie auch sicher über alle Grenzen bis zu ihrem Bestimmungsort gebracht. Zusammen mit einer Glasvitrine, die Sabine Hummerich erstanden hatte, damit die alten Gesangbücher dort sichtbar für die Kirchenbesucher ausgestellt werden können, wie ihr Vater es gewollt hatte. So werden in der barocken Pfarrkirche neben der von Spendern aus der Bundesrepublik gestifteten Orgel und den Gedenktafeln an die deutschen Gefallenen nun auch diese Exponate von der deutschen Vergangenheit berichten. Auf einem Treffen der Coadjuther im September wird man mehr von dieser Aktion hören. Aber für uns ist es zuerst einmal wichtig, zu wissen, dass die Gesangbücher nun endgültig ihren adäquaten Platz gefunden haben. Ich danke Frau Hummerich, dass sie das Werk ihres Vaters in seinem Sinne weiterführt, und auch für die ausführliche Information, die wir nun an unsere Leserschaft weitergeben können.

Ja, unsere Ostpreußische Familie ist schon ein Netzwerk, das immer engmaschiger wird. Das beweist auch der Erfolg der nächsten Frage, die Antworten bekam, wie sie präziser nicht sein können. Eigentlich war es nur eine kleine Frage – für den Antragsteller **Volker Kadow** aus Erfurt aber von großer Wichtigkeit, und deshalb räumten wir ihr genügend Platz in Folge 28 ein. Und das lohnte sich, wie uns Herr Professor Dr. **Günter Hertel** bestätigte, denn in einer Mail teilte er uns von einem Gespräch mit Herrn Volker Kadow mit, das für den Angerufenen eine große Überraschung brachte. Kurze Rückblende: Herr Kadow suchte das Haus Webernstraße 13 in der Königsberger Gartenstadt Westend, in dem seine Mutter gewohnt hatte. Er wollte ein Buch über ihr Leben schreiben, benötigte dafür aber genaue Angaben, doch die hatte ihm niemand geben können, und seine alten Stadtpläne versagten ebenfalls. Aber wir fanden einen, in dem diese Siedlung verzeichnet war, und so konnten wir schon eine gute Vorgabe für die Sucharbeit leisten, mit der Herr Prof. Dr. Hertel sofort begann, als er „die Ostpreußische Familie wieder mit viel Freude und Gewinn studiert hatte". Denn er erinnerte sich sofort an seinen Königsbergbesuch im Jahre 2013, als er diese Gartenstadt durchwandert und mehrere Fotos gemacht hatte. So konnte er jetzt Herrn Kadow genaue Angaben in Wort und Bild übermitteln, die auf eigenen Eindrücken beruhen. Zu diesem „Infopaket" gehören eine Straßenskizze von der Siedlung Westend mit alten deutschen und neuen russischen Namen sowie einige von ihm gemachte Fotos von der heutigen Siedlung, die renovierte Häuser, aber leider auch hässliche Umbauten und kaum veränderte Gebäude zeigen. Darunter ist auch eine Aufnahme von Webernstraße 13 – welch ein Zufall, der für Volker Kadow zum Glücksfall wurde. Und auch für uns, die wir uns ja mit jedem Erfolg mitfreuen. Außerdem übermittelte ihm Herr Professor Hertel einige praktische Hinweise für dessen geplanten Königsbergbesuch:

„Die Straßen sind durchweg schlecht, Wasser im Sommer und Eis im Winter tun ihr Zerstörungswerk. Die Gartenstadt ist mit 0-Bus-Linie gut zu erreichen. Der Bus ist mit kostenlosem WLAN ausgestattet und auch sonst recht komfortabel. Besser man läuft eine Tour, damit man das alte Wasserwerk und den alten Funkturm nicht verpasst."

Gefunden in der ehemaligen Gartenstadt Westend: Das Haus Webernstraße 13 Bild: Geede

Der Bonbon kommt aber noch zum Schluss: Professor Hertel konnte Herrn Kadow den Hinweis auf eine ehemalige Bewohnerin der Gartenstadt Westend geben, die ihm weitere Informationen liefern könnte. Also da tut sich noch Einiges dank der Hilfe von Herrn Professor Hertel, die wir in dieser Intensität nicht erwartet hätten. Obgleich ich mir bei der Veröffentlichung sicher gewesen war: Da kommt was!

Und es kam noch mehr als diese umfassende Information, denn einer unser eifrigsten Mitdenker wurde ebenfalls fündig. Zwar konnte Herr **Peter Perrey** nicht mit Originalaufnahmen von der Siedlung Westend aufwarten, aber es war ihm möglich, aufgrund seiner Nachforschungen Herrn Kadow eine detaillierte Beschreibung der jetzigen Lage zu geben, aus der sich eine Bestätigung der aus eigener Erfahrung gemachten Angaben von Professor Hertel ergibt:

„Schaut man auf den Stadtplan von Kaliningrad und sucht die entsprechende Stelle, so dürfte es sich bei der Webernstraße um die heutige ulitsa Bjerdjanskajea handeln. Es ist zwar ersichtlich, wo das Haus Nr. 13 stand oder noch steht, doch ist die Zuordnung nicht so einfach. Die Häuser Nr. 12 und 14 – die Russen haben die alten Königsberger Hausnummern in aller Regel belassen – sind im Plan eingezeichnet. Bei Nr. 13 ist außerdem nicht feststellbar, ob es sich um einen Altbau, der renoviert und damit verändert wurde, oder um einen Neubau handelt. Herr Kadow besitzt vielleicht noch eine Aufnahme aus der Vorkriegszeit, sodass ein Vergleich möglich ist."

Ganz großer Dank an die Genannten, deren Angaben weit über die von uns erhofften Informationen hinausgehen. Sie beweisen wieder einmal, wie wichtig unsere Familienarbeit ist, wenn es gilt, die Vergangenheit mit der Gegenwart zu verbinden.

Denn dass immer noch Suchfragen nach Menschen aus unserer verlassenen Heimat gestellt werden, ist für manchen Außenstehenden nicht nachvollziehbar – für uns schon, denn unsere Leserinnen und Leser bemühen sich, mögliche Informanten aus dem ehemaligen Kreis der Gesuchten zu finden. So vermittelt uns auch Herr **Rainer Claaßen** aus Wülfershausen einen Suchwunsch, der nicht aus seiner LO-Landesgruppe Bayern kommt, sondern von einem Eisenbahnkollegen aus Frankfurt. **Udo Hildebrandt** sucht seine ostpreußischen Wurzeln, die wahrscheinlich im Kreis Gerdauen liegen. Sie gehen zurück auf den 1891 in Ellernbruch geborenen **August** Hildebrandt, den der Suchende als „Wanderarbeiter" bezeichnet, weil er auf verschiedenen Gütern in und um Schakenhof tätig war. Ein wechselvolles Leben, das seine zwei Jahre jüngere Frau mit ihm teilte, wie die verschiedenen Geburtsorte ihrer Kinder beweisen. Einige von ihnen sind namentlich bekannt: **August**, *1913 vermutlich in Logowen/Bokellen, **Fritz**, *1919, **Erna**, *1920, **Kurt**, *1922 in Schönwiese, **Gertrud**, *1927 in Gerdauen, und **Liese**, *1928 in Gerdauen, **Siegfried**, *1938 in Schöneberg, und **Otto**, *1943 in Schakenhof. Dann wird noch eine **Anna** genannt, die vermutlich in Arnau geboren wurde. Diese Verwandten oder deren Nachkommen werden nun von Udo Hildebrandt gesucht, und die Ostpreußische Familie soll ihm dabei helfen. Durch den vielfachen Ortswechsel, der sich aus den Geburtsdaten der Kinder ergibt, dürfte auch der Bekanntenkreis der Familie Hildebrandt recht umfangreich gewesen sein. Deshalb ist anzunehmen, dass sich Landsleute aus dem ehemaligen Umfeld der Hildebrandts melden oder sogar eine der vermeintlich genannten Personen. (Zuschriften bitte an Herrn Udo Hildebrandt, Dorfstraße 70 in 17153 Grammentin, E-Mail: udo.hildebrandt@deutschebahn.com)

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie" nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter" der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.



Bild: Pawlik

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Polen arbeitet am Bild der Welt von seiner Geschichte

Was die vor gut einem Jahr gegründete Polnische Nationalstiftung will, und was sie bereits getan hat

Ein Jahr ist inzwischen vergangen, seit Anfang Juli letzten Jahres 17 der größten staatlichen beziehungsweise staatsnahen Betriebe eine Deklaration unterzeichneten, in der sie die finanzielle Förderung der damals gerade von der polnischen Regierung ins Leben gerufenen Polnischen Nationalstiftung in Aussicht stellten. Deren Aufgabe ist ein gutes Image Polens in der Welt. Dafür sollen internationale Wirtschafts- und Wissenschaftskonferenzen organisiert, Analysen erstellt, Werbekampagnen in Auftrag gegeben und Bürgerinitiativen ins Leben gerufen werden. Wie das Internetportal money.pl berichtet, sollen bis 2027 die staatlichen beziehungsweise staatsnahen Sponsoren zum Kapital der Stiftung, das bei seiner Gründung umgerechnet 23,7 Millionen Euro betrug, jährlich umgerechnet 11,85 Millionen Euro beisteuern.

Ungeachtet dieser guten Finanzausstattung, ist die Stiftung bislang vornehmlich durch Interviews ihres Chefs Cezary Jurkiewicz in der Öffentlichkeit hervorgetreten. So übte er Kritik daran, dass Oppositionelle auf Antiregierungskundgebungen weiße Rosen trugen. Sie zielten damit darauf ab, so Jurkiewicz Vorwurf, von deutschen Medien wahrgenommen zu werden. In der Tat werden primär Deutsche die Anspielung auf die deutsche Widerstandsgruppe Weiße Rose verstanden haben. „Für jeden Deutschen ist die weiße Rose eine Erinnerung an diese Bewegung. In diesem Kontext werden wir also als Faschisten gesehen", erläuterte Cezary Jurkiewicz im Polnischen Radio24 seine Kritik.

Doch auch Jurkiewicz selber sieht in den Deutschen einen Hauptadressaten seiner Arbeit. „Wir werden dort ganz stark tätig werden, denn in Deutschland wird die Geschichte am häufigsten verfälscht", so Jurkiewicz, der auch Warschauer Ratsherr der Regierungspartei PiS, Honorarvorsitzender der Stiftung „Kresy (polnische Ostgebiete) in Not – Polen für Polen", einer Organisation, die Polen in Weißrussland hilft, und Leiter eines Warschauer Pilgerheimes ist. Was genau die Tätigkeit in Deutschland ausmachen wird, konnte oder wollte Jurkiewicz nicht sagen. Vielleicht würde man bezahlte Artikel in der Landessprache in Auftrag geben, die über Polen und ihre Geschichte informieren. Das wolle man übrigens in auch in vielen anderen als problematisch betrachteten Staaten des Westens so machen.

Unterhaltungsfilm zur Geschichte Polens

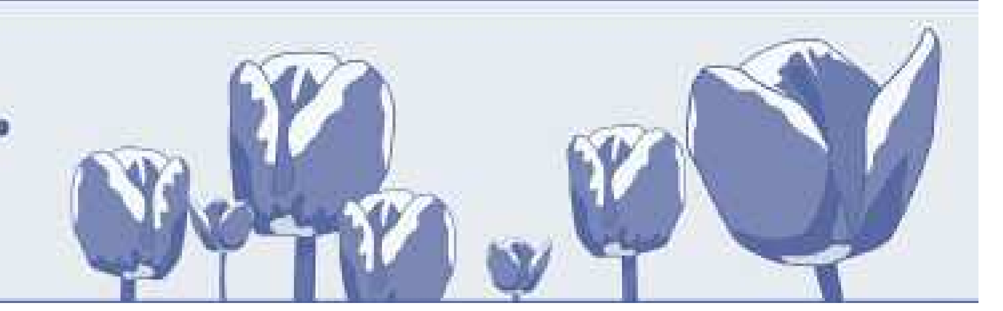
Doch auch im eigenen Land will man tätig werden. Jurkiewicz macht keinen Hehl aus seinem Stolz auf zwei Projekte seiner Stiftung, welche junge polnische Sportler sowie US-amerikanische Soldaten zum Adressaten haben. Den ersten wolle man eine patriotische Haltung anerziehen. Ihre nationale Identität solle gestärkt und ihr Wissen um die Geschichte ihres Landes erweitert werden. Stolz auf ihr Land und die polnischen Werte sollen sie künftig gute Botschafter ihrer Nation in der Welt sein.

Die in Polen stationierten US-amerikanischen Soldaten sollen mittels Filmen und Vorträgen über die Geschichte des Landes, in dem sie zu Gast sind, aufgeklärt werden.

Lobende Worte fand Jurkiewicz in diesem Zusammenhang für Donald Trump. Durch dessen Rede beim Polenbesuch habe die Welt vom Warschauer Aufstand erfahren und davon, dass keine Nationalität unter den sogenannten Gerechten unter den Völkern, also den Besitzern des 1948 eingeführten Ehrentitels für nichtjüdische Einzelpersonen, die unter nationalsozialistischer Herrschaft während des Zweiten Weltkriegs ihr Leben einsetzten, um Juden vor der Ermordung zu retten, so stark vertreten ist wie die polnische.

Die angestrebte Vermittlung der Geschichte Polens beziehungsweise der polnischen Sichtweise der Geschichte Polens soll auch mit Mitteln der Unterhaltung erfolgen. So will die Stiftung einen Spielfilm zur Geschichte Polens in Auftrag geben. „Wir sind dabei, bis Ende des Jahres ein straffes Programm auszuarbeiten. Eine Filmproduktion wird entstehen. Der Film sollte aber nicht aus unserer Hand entstehen. Wir wollen, dass unsere Geschichte von jemandem erzählt wird, der die Filmkunst kennt. Der Name Mel Gibson ist im Gespräch. Ich denke, er hat den richtigen Blick auf die polnische Geschichte. Er kann am besten das erzählen, was der Westen über die Polen erfahren sollte. Es gibt so viele Aspekte in der Geschichte Polens, die nicht verstanden werden", so Jurkiewicz. Die Frage, welchen Zeitraum der Film abdecken solle, möchte der Stiftungsvorsitzende dem Künstler überlassen.

Die Ziele sind also ambitioniert, aber bei der Umsetzung hapert es oft noch. So schaffte es die Stiftung bislang nicht, einen Telefonanschluss und einen Internetauftritt zu organisieren. Als Redakteure von Radio „ZET" vor wenigen Monaten den Sitz der Stiftung besuchten, mussten sie feststellen, dass dieser noch leer stand. Der Stiftungschef beantwortet Pressefragen über sein privates E-Mail-Postfach. Aber man arbeite bereits an einem straffen Programm, das zu gegebener Zeit verlautbart werde, so der Stiftungsvorsitzende. *Chris W. Wagner*



Wir gratulieren ...

ZUM 100. GEBURTSTAG

Oltmann, Christel, geb. **Runz**, aus Sonnenmoor, Kreis Ebenrode, am 30. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Steidle, Lotte-Sophie, geb. **Lyß**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 3. August

Wichert, Gertrud, geb. **Malessa**, aus Balden, Kreis Neidenburg, am 28. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Drescher, Erna, aus Lauken, Kreis Ebenrode, am 28. Juli

Kraushaar-Rossdeutscher, Christel, aus Lötzen, am 30. Juli

Kurschat, Herta, geb. **Augustin**, aus Ossafelde, Kreis Elchniederung, am 31. Juli

Nass, Käte, geb. **Balzer**, aus Kilianen, Kreis Treuburg, am 29. Juli

Otto, Hilde, geb. **Lorenzen**, früher **Lojewski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 28. Juli

Perlbach, Lieselotte, geb. **Raase**, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 30. Juli

Röbig, Erna, geb. **Kattenberg**, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 2. August

Ruddigkeit, Frieda, geb. **Brzoska**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 2. August

ZUM 95. GEBURTSTAG

Feuerer, Gerda, geb. **Rinas**, aus Treuburg, am 30. Juli

Haut, Ulrich, aus Pommern, am 29. Juli

Lewohn, Heinz, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 1. August

Reimers, Herta, geb. **Kröhnert**, aus Argendorf, Kreis Elchniederung, am 1. August

Schmitter, Selma, geb. **Sucht**, aus Stucken, Kreis Elchniederung, am 1. August

Stahnke, Irmgard, geb. **Redwanz**, aus Lyck, Bismarckstraße 37, am 30. Juli

Thelen, Gertrud, geb. **Schröder**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 2. August

Tiedtke, Lisbeth, geb. **Lange**, aus Rastenburg, am 28. Juli

Willuhn, Elisabeth, geb. **Schramma**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 1. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Faak, Edith, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 1. August

Kneisel, Eva, geb. **Czychi**, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 30. Juli

Schröder, Margarete, geb. **Hamm**, aus Leißienen, Kreis Wehlau, am 29. Juli

Tresp, Rosemarie, aus Glinken, Kreis Lyck, am 30. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Eczko, Elfriede, aus Berglingen, Kreis Lyck, und Angerapp, am 29. Juli

Heyduck, Karl, aus Treudorf, Kreis Ortelsburg, am 30. Juli

Kremer, Ewald, aus Finkenschlucht, Kreis Ebenrode, am 3. August

Krupp, Gertrud, geb. **Wolff**, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 28. Juli

Reinhardt, Kurt, aus Ebenrode, am 29. Juli

Till, Herbert, aus Wehlau, am 30. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bülles, Herta, geb. **Mortzeck**, aus Skottau, Kreis Neidenburg, am 28. Juli

Greiner, Lore, geb. **Preuß**, aus Lyck, Soldauer Weg 5, am 2. August

Grzywatz, Irmgard, geb. **Buyny**, aus Königsruh, Kreis Treuburg, am 31. Juli

Heyduck, Karl, aus Treudorf, Kreis Ortelsburg, am 30. Juli

Neumann, Carl Franz, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 3. August

Oelsner, Grete, geb. **Petereit**, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 29. Juli

Peters, Ursula, geb. **Ellmer**, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, am 28. Juli

Pladies, Gerda, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, am 3. August

Zekau, Günter, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 30. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Hawryliw, Marianne, geb. **Kischlat**, aus Treuburg, am 31. Juli

Hoffmann, Dora, geb. **Artschwager**, aus Balten, Kreis Elchniederung, am 1. August

Michel, Elfriede, geb. **Klahr**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 3. August

Schwill-Engelhardt, Ingrid, aus Lyck, am 28. Juli

Thater, Herbert, aus Neudims, Kreis Rößel, am 2. August

Zekau, Günter, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 30. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Fischer, Irmgard, geb. **Tregel**, aus Grabnick, Abbau, Kreis Lyck, am 2. August

Jeziorowski, Horst, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 28. Juli

Nowak, Hans-Georg, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 2. August

Oberg, Elfriede, geb. **Schulz**, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 30. Juli

Peip, Elli, geb. **Jedamzik**, aus Lyck, General-Busse-Straße 1, am 31. Juli

Plikat, Ruth, geb. **Nickel**, aus Treuburg, am 1. August

Prusak, Edith, geb. **Gedack**, aus Wehlau, am 30. Juli

Speicher, Käte, geb. **Summek**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 30. Juli

Wenz, Wolfgang, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 29. Juli

Wilke, Ruth, geb. **Braczko**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 1. August

Wolff, Irmgard, geb. **Piotrowski**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 29. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bobrowski, Erika, geb. **Pell**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 81, am 28. Juli

Bonzol, Ursula, geb. **Wilke**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 1. August

Burdenski, Horst, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 30. Juli

Dittmer, Traute, geb. **Meckelburg**, aus Lyck, am 28. Juli

Ernst, Hanna, geb. **Goetzie**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 30. Juli

Juergen, Christel, geb. **Dobat**, aus Mühlengarten, Kreis Ebenrode, am 28. Juli

Kröhnert, Alfred, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, am 30. Juli

Kuboteit, Irma, aus Warten, Kreis Elchniederung, am 29. Juli

Lange, Dr. Jürgen, aus Wehlau, am 31. Juli

Machander, Ilona, geb. **Dobrinki**, aus Gut Klein Rauschken, Kreis Ortelsburg, am 3. August

Nahrun, Gerhard, aus Wehlau, am 31. Juli

Naujeck, Rudi, aus Skören, Kreis Elchniederung, am 31. Juli

Neumann, Gisela, aus Groß Keylau, Kreis Wehlau, am 3. August

Schwierzke, Gerda, geb. **Bahlo**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 1. August

Walter, Irmgard, geb. **Becker**, aus Langsee, Kreis Lyck, am 2. August

Waschk, Walter, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 3. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Adams, Christel, geb. **Kleisa**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 3. August

Altmeyer, Eva, geb. **Meschkat**, aus Eschenberg, Kreis Elchniederung, am 1. August

Bach, Wilhelm, aus Wehlau, am 29. Juli

Blohm, Edith, geb. **Deicke**, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 3. August

Brosch, Hans-Jürgen, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 3. August

Czwikla, Dietmar, aus Lyck, am 30. Juli

Ehlert, Horst, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 1. August

Fechner, Dieter, aus Goldbach, Kreis Mohrungen, am 2. August

Freymadl, Sigrid, geb. **Sandau**, aus Mühlmeistern, Kreis Elchniederung, am 2. August

Fromm, Helga, aus Metgethen, Kreis Königsberg, am 1. August

Gorlo, Dietrich, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 30. Juli

Gross, Erna, geb. **Scheffler**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 30. Juli

Herrmann, Ella, geb. **Fröse**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 1. August

Krause, Anita, geb. **Gregorzewski**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 3. August

Kroek, Siegfried, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 29. Juli

Leder, Brigitte, Kreisgruppe Kassel, am 29. Juli

Müller, Siegfried, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 1. August

Poschmann, Wilma, geb. **Dora**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 30. Juli

Rehra, Liesbeth, geb. **Kolakowski**, aus Hellengrund, Kreis Ortelsburg, am 28. Juli

Rieckhoff, Vera, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 28. Juli

Roseck, Margret, aus Wehlau, am 29. Juli

Schulz, Helmut, aus Lyck, am 1. August

Schwittay, Erika, geb. **Sender**, aus Treudorf, Kreis Ortelsburg, am 1. August

Slomski, Ingrid, geb. **Milewski**, aus Markau, Kreis Treuburg, am 28. Juli

Stasch, Heinrich, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 2. August

Teubler, Renate, geb. **Braun**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 30. Juli

Zimmer, Edeltraud, geb. **Klede**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 30. Juli

Zwick, Ingrid, geb. **Schuster**, aus Warschfelde, Kreis Elchniederung, am 1. August

ZUM 75. GEBURTSTAG

Dorka, Hartmut, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 29. Juli

Luschnat, Siegfried, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 2. August

Meyer, Helga, geb. **Kempka**, aus Ortelsburg, am 1. August

Piwek, Agnes, geb. **Weissner**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 29. Juli

Powilleit, Marlies, geb. **Koltermann**, aus Leißienen, Kreis Wehlau, am 3. August

Schacht, Thea, geb. **Pansegrau**, aus Gundau, Kreis Wehlau, am 28. Juli

Stuhrmann, Heinz, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 28. Juli

Tiedemann, Hildegard, geb. **Meyrath**, aus Wilhelmsbruch, Kreis Elchniederung, im Juli

Tkocz, Gisela, geb. **Horrmann**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 2. August



Bender, Willi, aus Heidelberg, Baden, und Dora, geb. **Rosteck**, aus Lomp Abbau, Kreis Preußisch Holland, am 29. Juli

TERMINE DER LO

2017

22. bis 24. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

21. bis 23. Oktober: 11. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)

5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt

13. bis 19. November: Werkwoche in Helmstedt

2018

17. bis 18. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt

7. bis 8. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Sensburg

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Diamantene Hochzeit

am **29. Juli 2017** von



Willi Bender

aus Heidelberg/Baden und

Dora Bender geb. **Rosteck**

aus Lomp (Abbau), Kreis Preußisch Holland/Ostpreußen

jetzt Beckestraße 56, 51647 Gummersbach/Becke, Telefon 0 22 61 / 2 84 09.

Heut' vor 60 Jahr' tratet Ihr vorn Traualtar.
Mit Stolz und Dank blickt Ihr zurück auf Euer langes Lebensglück.
Wir gratulieren Euch von ganzem Herzen und wünschen noch viele gemeinsame schöne Jahre bei Gesundheit, Freude und Zufriedenheit.

Sohn Frank und Ina mit Julian
Tochter Marion und Ralf mit Melvin und Mirko

Anzeige

Im Ausland wahlberechtigt

Aufgrund der immer deutlicher werdenden Bedeutung der anstehenden Bundestagswahl soll auf eine Tatsache aufmerksam gemacht werden: Zur Wahl am 24. September sind auch Deutsche berechtigt, die schon länger im Ausland leben. Dies gilt nicht für einen kurzfristigen Auslandsaufenthalt, bei dem die Wahl durch normale Briefwahl organisiert werden kann. Jedoch Menschen, die keinen festen Wohnsitz in Deutschland haben, aber die deutsche Nationalität besitzen, haben die Möglichkeit, an der Wahl teilzunehmen. Weltweit leben unzählige Deutsche, die an ihrer deutschen Nationalität festgehalten haben. Besonders seit der deutschen Wiedervereinigung 1989 haben viele Deutsche, welche in Polen, Russland (Königsberger Gebiet) oder Litauen wohnen, wieder einen regulären deutschen Personalausweis erhalten. Sie alle sind in Deutschland wahlberechtigt.

Um dieses Wahlrecht in Anspruch zu nehmen, ist vor jeder Wahl erneut ein Antrag auf Eintragung ins Wählerverzeichnis zu stellen. Der Antrag ist im Internet unter folgendem Link abrufbar: https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/dc589523-d709-4c43-adbc-9342dda468ad/bwo_anlage-2_ausfuellbar.pdf

Der Antrag kann online oder manuell ausgefüllt und ausgedruckt werden. Nach der Unterschrift muss er spätestens am Freitag, dem 1. September 2017 bei folgender Adresse eingegangen sein: **Datenerfassung für den Bundeswahlleiter, Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Bonn, Postfach 170377, 53029 Bonn**.

Nach fristgerechtem Eingang dieses Antrags werden dem Wahlberechtigten die Wahlunterlagen zugesandt, und er kann durch Briefwahl an der Wahl teilnehmen. Die ausgefüllten Briefwahlunterlagen sollten einige Tage vor dem Wahltermin 24. September bei dem zuständigen Amt vorliegen. Es wird empfohlen, Wahlbriefe aus dem außereuropäischen Ausland per Luftpost zu versenden. Dazu benötigt man einen Luftpostaufkleber (Priority/Prioritaire), den man unter anderem im Internet findet.

Gregor-Maria Röhr

Große Inklusenausstellung

Ende des 19. Jahrhunderts stellte der Apotheker Otto Helm (1826-1902) eine ungefähr 5000 Stücke umfassende Sammlung von Bernsteininklusen zusammen. Sie gehörte zu den ersten und bedeutendsten, nach wissenschaftlichen Kriterien bearbeiteten Inklusensammlungen in Europa, die nach Helms Tod an das Westpreußische Provinzial-Museum in Danzig ging. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden etwa 2.000 Stücke der als verschollen geglaubten Sammlung im Museum der Natur in Gotha entdeckt und 2007 an das Westpreußische Landesmuseum übergeben. Dank der finanziellen Unterstützung des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien konnten 500 Stücke der Sammlung restauriert und gerettet werden. Die schönsten Beispiele der Bernsteininklusen aus der Otto-Helm-Sammlung sind nun im Westpreußischen Landesmuseum in Warendorf zu sehen.

Westpreußisches Landesmuseum, Klosterstraße 21, 48231 Warendorf, Telefon (02581) 92 777–0, E-Mail: info@westpreussisches-landesmuseum.de. Geöffnet Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr

Anzeige



Fern der Heimat entschlief unser geliebter Vater, Großvater und Schwiegervater

Bruno Kummetz

aus Hirschdorf/Abbau Laukischken, Kreis Labiau

geb. 30. 8. 1927 gest. 30. 5. 2017

In Trauer und Dankbarkeit
Die Kinder Sabine, Corinna und Roland, Enkelin Anna und Schwiegersohn Jörg

Traueranschrift: Sabine Nelson, Eichenstraße 51, 66849 Landstuhl

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

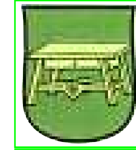
Angerburger Heimatbrief

Der Angerburger Heimatbrief Nummer 159 vom Juni 2017 dürfte inzwischen alle registrierten Bezieher erreicht haben. Wer den Angerburger Heimatbrief künftig erhalten oder wieder beziehen möchte, wende sich bitte an die Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft in Rotenburg (Wümme). Auf den Seiten 16/17 des Angerburger Heimatbriefes Nummer 159 ist die Einladung mit Tagesordnung zu unserer ersten Mitgliederversammlung (Kreistagssitzung) am Sonnabend, dem 9. September 2017 um 9.30 Uhr nach der ab 1. Oktober 2016 gültigen Satzung veröffentlicht. Auf der Tagesordnung stehen unter anderen Wahlen und der Kassenbericht für das Geschäftsjahr 2016.

Die Einladung mit Programm für die 63. Angerburger Tage am 9. und 10. September in der Theodor-Heuss-Schule in Rotenburg (Wümme) ist auf den Seiten 4-6-48 des Angerburger Heimatbriefes Nummer 159 mit der Bitte um Beachtung abgedruckt.

Ein Höhepunkt der diesjährigen Angerburger Tage wird die Übergabe des Angerburger Kulturpreises durch den Landkreis Rotenburg (Wümme) in der Rotenburger Theodor-Heuss-Schule am Sonnabend, dem 9. September um 20 Uhr sein.

Alle Heimatfreunde sind herzlich zu den 63. Angerburger Tagen eingeladen und durch Ihren Besuch werden es wieder unterhaltsame Tage in angenehmer Atmosphäre in der grünen Wümmestadt Rotenburg. *Kurt-Werner Sadowski*



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Heimatfahrt

Sonnabend, 5. bis Sonntag, 13. August: Sommerreise Ebenrode-Schloßberg-Eydtkau, ab Wuppertal. Anfragen: Scheer-Reisen, Leonhardstraße 26, 42281 Wuppertal, Telefon (0202) 500077, info@scheer-reisen.de.



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Kreistreffen und Versammlung

Freitag, 1. September bis Sonntag, 3. September, Hotel „Esplanade“, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf: Kreistreffen und Mitgliederversammlung. Es wird folgendes Programm angeboten:

Freitag, 1. September:
14 Uhr: Eröffnung des Tagungsbüros im Foyer,
14 Uhr: Delegierten-Versammlung im Raum Zürich,
16 bis 18 Uhr: Film- und Dia-Vorträge im Raum Luzern (UG).

Sonnabend, 2. September:
9 Uhr: Eröffnung des Tagungsbüros,
ab 9.30 Uhr: Treffen im Restaurant,
10 bis 12 Uhr: Lesungen im Raum Luzern (UG),
12 Uhr: Mittagessen,
14 Uhr: Eröffnung der Mitgliederversammlung durch den Vorsitzenden mit Totenehrung, verschiedene Grußworte.
Im Anschluss Berichte der Kirchspielvertreter sowie Wahlen.
ab 16 Uhr: Gemütliches Beisammensein, plachandern,
16 bis 18 Uhr: weitere Bilder, Filme und Bilderfassung im Raum Luzern,
ab 18 Uhr: musikalische Unterhaltung.

Sonntag, 3. September, 10 Uhr: Gottesdienst in der Kirche Steinhude, Besuch des Agnes-Miegel-Hauses in Bad Nenndorf, Ausklang im Hotel. *Manfred Romeike Kreisvertreter*

Übergabe der Bruderhilfe

Dienstag, 1. bis Freitag, 4. August, Heinrichswalde: Teilnahme am Stadtfest und Übergabe der Bruderhilfe.



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Klaus A. Lunau, Bahnhofstraße 14, 30853 Langenhagen. Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, täglich erreichbar unter Telefon (04101) 22037, Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de. Besichtigung nach Wunsch.

Pillauer Heimattreffen

Sonnabend, 5. bis Sonntag, 6. August, Eckernförde: 63. Pillauer Heimattreffen. Informationen: Erika Kruse, Telefon (04346) 6011463.



GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Kreistagssitzung

Sonnabend, 9. September, 9 Uhr, Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8, Bad Nenndorf: Kreistagssitzung. Gemäß § 5 Nr. 4 unserer Satzung vom 29. September 2012 sind wir verpflichtet, den Termin der nächsten Kreistagssitzung, die für den 9. September 2017, 9 Uhr, im Hotel Esplanade in Bad Nenndorf, Bahnhofstraße 8, anberaumt wird, vor der Landungsfrist in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* bekanntzugeben. Alle Vorstands- und Kreistagsmitglieder sowie die Mitglieder des Ältestenrates erhalten rechtzeitig die Einladung zur Kreistagssitzung mit den aktuellen Tagesordnungspunkten zugeschickt.

Hauptkreistreffen

Wir laden zu unserem Hauptkreistreffen am 9. und 10. September nach Bad Nenndorf ein. Veranstaltungsort ist das Hotel Esplanade in der Bahnhofstraße 8, in dem uns Räume zur Verfügung stehen. Zu unserem diesjährigen Hauptkreistreffen laden wir alle Landsleute aus dem Kreis Gerdauen sowie alle, die sich unserem Heimatkreis verbunden fühlen oder sich dafür interessieren, ein.

Folgendes Programm hat unser Festausschuss zusammengestellt:

Sonnabend, 9. September:
10 Uhr: Öffnung des Veranstaltungsraumes im Hotel Hansen (Infostand mit Büchern, Heimatandenken und Marzipan; Öffnungszeiten werden vor Ort festgelegt);
9 bis 11 Uhr: Kreistagssitzung
11 Uhr: Begrüßung
Im Laufe des Tages: Gelegenheit zum Kennenlernen und Wiedersehen von Landsleuten aus dem Heimatkreis und zum direkten Kontakt mit ihren Kirchspielvertretern (nach der Kreistagssitzung)
14 bis 16 Uhr: Filmvorführungen über Ostpreußen vor 1945 und den Kreis Gerdauen nach 1945
16.30 bis 18 Uhr: „Ich war doch erst neun – Meine unfreiwillige Kindheit in Lettland“ - Lesung: Benita Junge nach den gleichnamigen Erinnerungen ihres Vaters Bernhard Kattoll, Jessen (früher Rosenthal bei Muldszen/Mulden)
18.30 Uhr: Begrüßung und gemeinsames Abendessen, anschließend gemütliches Beisammensein mit Musik und kleinen Einlagen (eigene Beiträge der Landsleute sind herzlich willkommen), musikalische Begleitung: Klaus-Dieter Dust

Sonntag, 10. September:
9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungsraums im Hotel Hansen (Infostand mit Büchern, Heimatandenken und Marzipan; Öffnungszeiten werden vor Ort festgelegt)
11 Uhr: Feierstunde im Veranstaltungsraum des Hotels Esplanade (Musikalischer Rahmen: Klaus-Dieter Dust, Begrüßung durch den Kreisvertreter, Ostpreußischer Festvortrag, Geistliches Wort und Totengedenken, Schlusswort des Kreisvertreters, gemeinsames Singen des Ostpreußenliedes)
14 bis 16 Uhr: Filmvorführungen über Ostpreußen vor 1945 und den Kreis Gerdauen nach 1945. (Änderungen vorbehalten).

Übernachtungswünsche richten Sie bitte an das Hotel Esplanade, Telefon (0 57 23) 79 81 10, E-Mail kontakt@hotel-esplanade.de, wo für die Besucher des Treffens Einzelzimmer und Doppelzimmer mit Frühstück zum Sonderpreis von 62 Euro beziehungsweise 84 Euro pro Nacht zur Verfügung stehen. Bitte geben Sie bei der Buchung an: Sonderpreis für Hauptkreistreffen Gerdauen.



GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

Heimatgruppe Berlin
Donnerstag, 10. August, 13 Uhr, Restaurant „Mazedonia“, Hans-Sachs-Straße 41, 12205 Berlin (direkt am S-Bahnhof Lichterfelde West). Auskunft: Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. E-Mail: ruhnke@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretende Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, Fax: (035343) 61480. E-Mail: reyvio@web.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Kreistagswahlen

Sonnabend, 2. bis Sonntag, 3. September, Burgdorf: Kreistreffen.

Sonnabend, 2. September:
12 Uhr, im Veranstaltungssaal des Hotels Haase in Burgdorf: Mitgliederversammlung. In diesem Jahr werden – gemäß der Satzung der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil – die Wahlen zum Kreistag (Kirchspiel- und Stadtvertreter) durch die eingeschriebenen Mitglieder durchgeführt. Den Mitgliedern (Stand Juni 2009), insgesamt 131 Stimmberechtigte, wird in den nächsten Wochen ein detailliertes Schreiben diesbezüglich im Auftrag der Kreisvertreterin durch die zweite stellvertretende Kreisvertreterin Viola Reyentanz zugesandt.

Balga
Regina Holweger, geb. Holweger, * 11. Mai 1962 in Salzgitter, Am Heller 15, 38229 Salzgitter, Telefon (05341) 178173, E-Mail regina.holweger@t-online.de

Bladiau
Wolfgang Milewski, * 11. September 1939 in Schölen, Carmannstr. 11, 53879 Euskirchen, Telefon (02251) 59603, E-Mai: wolfgang-milewski@t-online.de

Brandenburg
Hans-Hartwig von Platen, * 2. April 1953 in Rehren, Streesower Dorfstraße 15, 19357 Karstädt/GT Streesow, Telefon (038788) 589955, E-Mail HHPlaten@t-online.de

Dt. Thierau
z. Zt. nicht besetzt

Eichholz
Joachim Ruhnau, * 17. November 1965 in Köln, Schützenstraße 14, 56305 Döttesfeld, Telefon (02685) 987573, E-Mail joachim. ruhnau@online.de

Eisenberg
Elke Ruhnke, geb. Schweitzer, * 15. April 1966 in Wuppertal, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Telefon (0202) 461613, E-Mail ruhnke@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Grunau-Alt Passarge
Heidrun Claret, geb. Schemmerling, * 18. Juni 1939 in Königsberg, Im Letten 14, 79848 Bonndorf, Telefon (07703) 7980

Heiligenbeil-Land
z. Z. nicht besetzt

Heiligenbeil-Stadt-Mitte und -Süd
z. Zt. nicht besetzt

Heiligenbeil-Stadt-Nord
Siegfried Schulz, * 6. August 1939 in Heiligenbeil, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Telefon (02354) 4408, E-Mail: s.schulz@dokom.net

Hermsdorf-Pellen
z. Zt. nicht besetzt

Hohenfürst
Elke Ruhnke, geb. Schweitzer, * 15. April 1966 in Wuppertal, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Telefon (0202) 461613, E-Mail ruhnke@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Lindenau
Z. Zt. nicht besetzt

Pörschken
Christian Perbandt, * 26. Oktober 1960 in Berlin, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 57052, Fax (05132) 588695, E-Mail perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Tiefensee
Kurt Woike, * 23. Juli 1940 in Arnstein, Graue-Burg-Str. 117, 53332 Bornheim, Telefon (02227) 908570, Fax (02227) 4505, E-Mail Woike_KM@web.de, Stellvertreterin: Margot Kohn

Waltersdorf
Die Amtsinhaberin Lieselotte Ollmann kandidiert aus Altersgründen nicht mehr.

Zinten-Land
Irmgard Lenz, geb. Wengel, * 17. Juli 1936 in Maggen, Karl-Fränkel-Ring 11, 88074 Meckenbeuren, Telefon (07542) 4649, E-Mail lengard36@t-online.de
Stellvertreter: Bernd Schmidt

Zinten-Stadt
Viola Reyentanz, geb. Schlenger, * 25. September 1961 in Lauchhammer, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, Fax (035343) 61480, E-Mail reyvio@web.de
Siegfried Dreher, * 11. Mai 1937 in Königsberg, Papenwisch 11, 22927 Großhansdorf, Telefon (04102) 61315, E-Mail M.S.Dreher@t-online.de

Weitere Wahlvorschläge nimmt bis zum 27. August Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal an.

Laut Wahlordnung vom 6. September 1997 gilt hierfür Folgendes: „Alle in der Heimatkreiskartei eingetragenen Personen, die durch Abgabe einer schriftlichen Beitrittserklärung die Mitgliedschaft erworben haben, sind für den Kreistag wahlberechtigt und wählbar. ... Die Wahlvorschläge müssen enthalten: Name, Vorname, Geburtsdatum, Heimatort sowie jetzige Anschrift des Vorschlagenden und des Kandidaten; ferner das Kirchspiel, für das der Kandidat vorgeschlagen wird.

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

Wahlvorschläge können ausnahmsweise auch noch in der Sitzung vor dem jeweiligen Wahlgang gemacht werden. Diese Wahlvorschläge müssen die Unterschriften von drei wahlberechtigten Mitgliedern tragen. Personen, die nicht in der Kreiskartei geführt werden, die weder selbst noch deren Vorfahren oder deren Ehegatten aus dem Kreis Heiligenbeil stammen, können auf Vorschlag kandidieren, sie müssen die Mitgliedschaft erlangen, wenn sie in den Kreistag gewählt werden. ... Jedes Mitglied der Kreisgemeinschaft darf für sein Kirchspiel nur einen Kirchspielvertreter und ein Ersatzmitglied zur Wahl vorschlagen.

Ausnahme: Für das Kirchspiel Heiligenbeil-Stadt können drei und für das Kirchspiel Zinten-Stadt können zwei Kirchspielvertreter vorgeschlagen werden.“

Kreistreffen

Sonnabend, 2. und Sonntag, 3. September, Hotel Haase, Lehrter Straße 12 in 31303 Burgdorf bei Hannover (Achtung! Neuer Tagungsort!) Auch in diesem Jahr freuen wir uns wieder auf unser Kreistreffen in Burgdorf.

Wir – der Vorstand, die Kirchspiel- und Stadtvertreter sowie Gemeindevertreter – freuen uns auf Sie.

Anfahrt zum Hotel Haase:

Aufgrund der Lage am westlichen Ortsrand von Burgdorf ist das Hotel Haase problemlos und schnell aus allen Richtungen über die umliegenden Autobahnen zu erreichen.

Gäste, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln anreisen möchten, finden in 800 Metern Entfernung den örtlichen Bahnhof mit direktem S-Bahn-Anschluss an den Hauptbahnhof Hannover.

Programm:

Sonnabend, 2. September, 9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungssaales im „Hotel Haase“ in Burgdorf, Lehrter Straße 12

11 Uhr: Gedenkminute und Niederlegung von Blumen am Gedenkstein im Park,

ab 10.45 Uhr fährt ein Bus vom Hotel Haase hin und zurück.

12 Uhr: Öffentliche Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil im „Hotel Haase“,

14 Uhr: Öffnung der Heimatstube und des Archivs in der Wilhelmstraße 3A. Buspendelverkehr vom Hotel Haase zur Heimatstube von 13.45 bis 15.30 Uhr,

16 Uhr: Vortragsveranstaltung

Ab 18.30 Uhr: Gemütliches Beisammensein.

Sonntag, 3. September. 9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungssaales im „Hotel Haase“; zirka 10 Uhr: Platzkonzert der Schützenkapelle „Gehrden“

11 Uhr: Feierstunde im Veranstaltungssaal im „Hotel Haase“,

Begrüßung (Elke Ruhnke) Kreisvertreterin,

Ostpreußenlied,

Totenehrung (Christian Perbandt, stellvertretender Kreisvertreter),

Choral von Leuthen (Nun danket alle Gott...),

Vortrag Ilse Thomann,

Grußworte,

Festansprache: Dr. Oliver Schulz, Boulogne-Billancourt,

Instrumentalstück,

Schlusswort (Elke Ruhnke, Kreisvertreterin),

Deutschlandlied 3. Strophe

13.30 Uhr: Öffnung der Heimatstube bis 15 Uhr. Es ist ein Buspendelverkehr hin und zurück eingerichtet.

16 Uhr: Offizielles Ende des Hauptkreistreffens

Änderungen vorbehalten

Traditionelles Matjesessen

Freitag, 1. September, Hotel Haase, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf: traditionelles Matjesessen. Es soll all jenen, die schon am Freitag angereist sind, die Möglichkeit bieten, den Abend in geselliger und angenehmer Runde zu verbringen. Alle Landsleute und Besucher des Kreistreffens (nicht nur Funktionsträger oder Ehrengäste) sind aufgefordert, sich bei bestehendem Interesse zu melden, allerdings unter der Voraussetzung, dass jeder Teilnehmer die Kosten hierfür selbst übernimmt.

Ihre verbindliche Anmeldung für dieses Matjesessen richten Sie bitte an den stellvertretenden Kreisvertreter Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 57072 oder perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Sondertreffen

Stadtgemeinschaft Zinten: Samstag, 2. September, 15.30 Uhr, Hotel „Haase“, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf

Leitung: Viola Reyentanz, geb. Schlenger

Kirchspiele Brandenburg und Pörschken: Findet in diesem Jahr während des Kreistreffens am 2. und 3. September, im Hotel „Haase“, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf statt. *Brunhilde Schulz*



Anfahrtsskizze zum Veranstaltungsort des Kreistreffens Heiligenbeil



INSTERBURG – Stadt und Land

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

65. Jahreshaupttreffen

Freitag, 8. September, 15 Uhr, Sitzungssaal C2 im Rathaus Krefeld, Von-der-Leyen-Platz 1: Jahreshauptversammlung der Mitglieder und der Ratsversammlung.

Die Jahreshauptversammlung der Mitglieder und der Ratsversammlung der Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land e.V. findet während des 65. Jahreshaupttreffens 2017 am Freitag, dem 8. September, 15 Uhr, im Sitzungssaal C 2 im Rathaus Krefeld, Von-der-Leyen-Platz 1, statt.

Tagesordnung

TOP 1: Begrüßung, Eröffnung und Totenehrung,

TOP 2: Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, Übernahme der Protokollführung,

TOP 3: Feststellung der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder und der Beschlussfähigkeit,

TOP 4: Wahl des Versammlungsleiters,

TOP 5:Genehmigung der Tagesordnung,

TOP 6: Genehmigung des Sitzungsprotokolls der Jahreshauptversammlung vom 23. September 2016,

TOP 7: Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 2016

TOP 8: Bericht der Kassen- und Rechnungsprüfung für das Geschäftsjahr 2016,

TOP 9: Aussprache über den Bericht des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2016,

TOP 10: Antrag auf Entlastung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2016,

TOP 11: Genehmigung des Haushaltsvoranschlages für das Geschäftsjahr 2018,

TOP 12: Anträge,

TOP 13: Verschiedenes,

Ende der öffentlichen Mitglieder- und Ratsversammlung.

Beginn der nichtöffentlichen Mitgliederversammlung mit Abstimmung und Beschlussfassung zu TOP 14.

TOP 14: Abstimmung und Beschlussfassung der Mitglieder und Ratsmitglieder über die Neufassung der Satzung.

Die eingetragenen Mitglieder sowie die Ratsmitglieder erhalten den Entwurf zur Neufassung der Satzung vorab mit separater Post.

Änderungen der Tagesordnung bleiben vorbehalten. Der Raum kann nur bis 20 Uhr genutzt werden. Parkmöglichkeiten: Parkhaus Rathaus, Westwall, 47798 Krefeld.

Da nur eine begrenzte Anzahl von Plätzen für Gäste im Rathaus zur Verfügung steht, bitten wir um rechtzeitige Anmeldung in der Geschäftsstelle, Telefon (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail info@insterburger.de.

2. Tag des Jahreshaupttreffens

Sonnabend, 9. September, ab 11 Uhr, kleiner Gemeindesaals der Friedenskirche, Luisenplatz 1, 47799 Krefeld: Öffnung des Saales, www.friedenskirche-krefeld.de,

ab 12 Uhr: Mittagessen im kleinen Gemeindesaal der Evangelischen Friedenskirche,

ab 13.30 Uhr: Begrüßung, anschließend gemütliches Beisammensein mit Kaffee und Kuchen. Die Unterhaltung können Sie gerne mit Ihren spontanen Beiträgen untermalen.

Anfahrt Friedenskirche Krefeld

Öffentliche Verkehrsmittel: Krefeld-Rheinstraße (210 Meter) U70, U76, Parkmöglichkeiten finden Sie im nahegelegenen Parkhaus der Sparkasse Krefeld, Einfahrt Neue Linner Straße 81, 47799 Krefeld, geöffnet Sonnabend von 8 bis 19 Uhr. Ausfahrt mit dem Parkticket ist 24 Stunden möglich.

Eine Anmeldung wäre für unsere Planung hilfreich. Bitte setzen Sie sich mit unserer Geschäftsstelle in Krefeld in Verbindung.

Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Telefon (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail info@insterburger.de.

Alle Insterburgerinnen und Insterburger sind herzlich eingeladen! Auch Kinder, Enkel und Gäste, die uns kennenlernen möchten, sind herzlich willkommen!

Programmänderungen bleiben vorbehalten.

Tag des offenen Denkmals

Sonntag, 10. September, Heimatmuseum im Alten Rathaus in Krefeld-Uerdingen.

Das Heimatmuseum ist von 11 bis 16 Uhr geöffnet. Führungen sind um 11 und 12 Uhr – wir bitten um Anmeldung, da die Teilnehmerzahl auf maximal 15 Personen begrenzt ist. Ab 12:30 Uhr ist für alle Interessenten geöffnet.

Heimatgruppe Hamburg

Mittwoch, 2. August: Kultureller Vortrag oder Autorenlesung.



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Treffen Groß Otternhagen

Die Freude war groß, dass zum diesjährigen Treffen der Groß Ottenhagener und Umgebung vom 21. bis 23. April in Lüneburg mehr Teilnehmer erschienen waren als in den vergangenen Jahren und dass einige unserer Landsleute von ihren Kindern oder Enkeln begleitet wurden.

Bei der Totenehrung mussten wir in diesem Jahr den Verlust zweier Landsleute beklagen: Am 10. Juli 2016 ist Herbert Poweleit im Alter von 84 Jahren verstorben. Seine Tochter Rosi teilte in einem bewegenden Brief mit, wie viel ihrem Vater die ostpreußische Heimat bedeutet und wie glücklich er sich stets im Kreis der Groß Ottenhagener gefühlt hat. Das trifft auch für den am 23. Dezember 2016 im Alter von 85 Jahren verstorbenen Klaus Siebrandt zu. Auch er, ein treuer und überzeugter Ostpreuße, kam stets mit seiner Frau Inge zu unseren Treffen und war in seiner zurückhaltenden und freundlichen Art beliebt und von allem sehr geschätzt. Wir haben zwei gute Freunde verloren und werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.





Groß Otterndorfer in Lüneburg: Mehr Teilnehmer als im Vorjahr lauschen dem Vortrag von Jörn Barfod (o.), Georg Gau hatte seine Enkel mitgebracht (u.) Bilder: privat

Lüneburg hatten wir, weil unser Hotel in Celle in diesem Jahr wegen Umbauarbeiten nicht gebucht werden konnte, nicht ohne Grund ausgewählt, befindet sich dort doch das großartige Ostpreußische Landesmuseum. Dr. Barfod, der auch schon einige der Blätter unseres diesjährigen Ostpreußenkalenders über die Majolikamanufaktur Cadinen zur Verfügung gestellt hatte, hatte zu einem Lichtbildervortrag über dieses Thema eingeladen. Die ausgesuchten Erzeugnisse, die er zeigte, umfassten in ihrer großen Bandbreite beeindruckend Teller, Schalen, Vasen, Tierplastiken und sogar künstlerische Baukeramik. Diese Kunstwerke konnten wir in ihrer Farbenpracht bewundern. Dr. Barfod führte uns dann noch durch einige der zukünftigen Räume des im Umbau befindlichen Museums. Im Herbst des nächsten Jahres soll das Haus neu eröffnet werden. Dass wir dann noch im zum Museum gehörenden Brauhaus unser rustikales Mittagessen einnehmen konnten, war praktisch und ist sehr empfehlenswert.

Der Abend hielt Erfreuliches für uns bereit. Das hatten wir Kurt Growe zu verdanken, der zwei Filme mitbrachte. Besonders die anwesenden Kinder und Enkel konnten den vor vielen Jahren von Herbert Laubstein aus Schaaksvitte gedrehten Film bestaunen. Sie erfuhren, was ihre Eltern beziehungsweise Großeltern auf den Heimatreisen nach der Öffnung der Grenzen erlebten und wie sie die Heimat geradezu aufgesogen haben. Eindrucksvoll zeigt der Film, dass das Zusammengehörigkeitsgefühl der Groß Ottenhagener ungebrochen war. Trotz der vielen Jahre, die seit der Flucht vergangen waren, fühlten sie sich gemeinsam wieder zu Hause – abgesehen von den eigentlich erbärmlichen Verhältnissen, die in dem Dorf herrschten, deren Bewohner jedoch meist sehr freundlich, häufig sogar gastfreundlich waren. So ist der Film ein wertvolles Dokument. Viel Anklang fand auch ein weiterer Filmstreifen, der Ostpreußen in seiner ganzen Schönheit bis 1945 zeigt. Also, nochmals Dank an Kurt Growe.

Auch Unterhaltung und Schabbern kamen nicht zu kurz, insbesondere auch deshalb, weil „Neuzugänge“ von ihrem Leben erzählen konnten.

Zu guter Letzt wurde beschlossen, uns im nächsten Jahr wieder zu treffen. Dann wird wohl das Intercity-Hotel in Celle um- und ausgebaut sein, sodass uns Birgit Borchert empfangen kann. Der Termin für unser nächstes Treffen, vermutlich das Wochenende nach Ostern 2018, wird noch bekanntgegeben.

Nun wünsche ich Euch schöne spätsommerliche und ebensolche Herbsttage und grüße Euch herzlich Eure *Gisela Broschei*



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Kreistreffen

Sonnabend, 26. August bis Sonntag, 27. August, Rathaus an der Volme, Raum A.201, Hagen: Kreistreffen.

Programm

Sonnabend, 26. August, 13 Uhr, Rathaus an der Volme, Raum A.201: Kreistagssitzung

17 Uhr, Stadtgarten Hagen: Kranzniederlegung an den Gedenksteinen,

19 Uhr, Stadthalle Hagen, Wintergarten: Heimatabend

Sonntag, 27. August, 11 Uhr, Stadthalle Hagen, kleiner grüner Saal: Feierstunde,

14 Uhr, Stadthalle Hagen: Geselliges Beisammensein.

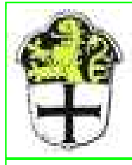
Bärbel Wiesensee
Kreisvertreterin

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17

Treffen aller Memelländer

Freitag, 4. August, Otto-Scheu-Gelände, Heydekrug: Treffen aller Memelländer.



PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries, Telefon: (02103) 64759 oder Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net

Kreistreffen

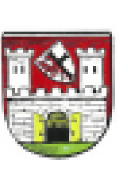
Sonnabend, 30. September bis Sonntag, 1. Oktober, Niedersachsenhalle, Verden.

Das Kreistreffen findet in diesem Jahr nicht am dritten September-Wochenende, sondern am 30. September und 1. Oktober, zudem an einem neuen Standort, der Niedersachsenhalle (unweit des bisherigen Tagungshotels Niedersachsenhof) statt. Bitte schon jetzt Unterkunft buchen über die Tourist-Info Verden, Telefon (04232) 12345.

Näheres steht im Preußisch Eylauer Kreisblatt, im Internet unter www.preussisch-eylau.de und später auch an dieser Stelle.

Martin Lehmann

Zeitzeugenbericht eines Kreuzburgers



Die Kreisgemeinschaft hat ein wertvolles Archivstück erhalten. Landsmann Hahn aus Kreuzburg ließ im Jahr 1958 seinen mündlichen Bericht über Flucht und Wiedereingliederung auf Tonband aufnehmen, und einer seiner Enkel übergab uns den Report jetzt in Form einer DVD. Der Autor, Jahrgang 1896, schildert eingehend den Aufbruch mit seiner Familie aus der Heimatstadt vor den herannahenden Sowjets, dabei auch, typisch für viele andere, die verantwortungsbewusste berufliche Abwicklung – er war unter anderem Fleischbeschauer, das Hin- und Herziehen in Mecklenburg, Holstein und Nordwestdeutschland, schließlich die Wiederaufnahme der beruflichen Tätigkeit und die Umsiedlung nach Düsseldorf.

Der Wert des Berichts liegt nicht nur in seiner Authentizität, die Entbehrungen und ständig auftretenden neuen Probleme sind nüchtern und glaubhaft wiedergegeben, den sehr genauen Angaben liegen Tagebuchaufzeichnungen zugrunde. Der Bericht ist auch als Tondokument unersetzlich, denn er gibt den unverwechselbar ostpreußischen Tonfall des Berichterstatters wieder.

Weitere Zeitzeugen gesucht

Die Verwaltung des Landkreises Verden bemüht sich – wie zurzeit viele Kommunen in Deutschland – eine „Erinnerungskultur" aufzubauen. Dies sind auf Dauer angelegte Maßnahmen, wenn möglich an besondere Erinnerungs- beziehungsweise Gedenkorte anknüpfend, zur Bewahrung der historischen Erinnerung. Ein solcher Ort bei Verden ist zum Beispiel der „Sachsenhain". Es wird aber auch in Schulen informiert. Die Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau ist hier aufgrund der Paten- und Partnerschaft gefordert, sich zu beteiligen, um das kulturelle Erbe unserer Heimat einzubringen, dies auch stellvertretend für die etwa 30 % der Einwohner des Landkreises Verden mit Wurzeln in Ostdeutschland. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft sucht nun dringend Landsleute, die bereit sind, möglichst vor Mikrofon und Kamera darüber zu berichten, was sie aufgegeben haben, wie sie geflohen sind beziehungsweise unter der russischen und polnischen Besatzung gelitten haben, zum Verlassen der Heimat gezwungen und in Mittel- oder Westdeutschland aufgenommen wurden. Viel Zeit ist nicht mehr, um solche persönlichen und damit authentischen Berichte in Form von Kurzfilmen zu erstellen. Wer dazu beitragen möchte, melde sich bitte bei der Kreisgemeinschaft. *Martin Lehmann*



RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. Gst.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950.

61. Hauptkreistreffen

Sonnabend, 19. und Sonntag, 20. August, Wesel: Hauptkreistreffen

Programm

Sonnabend, 19. August

9.30 Uhr: Abfahrt mit dem Bus ab Hotel Kaiserhof zum Friedhof.

10 Uhr: Kranzniederlegung auf dem Friedhof in Wesel an der „Trauernden Vesalia", Caspar-Baur- Straße.

10.30 Uhr: Kranzniederlegung am Ehrenmal an der Schillkaserne in Wesel.

13.45 Uhr: Abfahrt mit dem Bus ab Hotel Kaiserhof zum Kreishaus

14.30 Uhr: Ausstellung „Der Kreis Rastenburg in der Vergangenheit" - erstellt durch das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen -Foyer des Kreishauses, Wesel, Reeser Landstraße 31.

19 Uhr: Geselliges und gemütliches Beisammensein in der Niederrheinhalle, Wesel.

Sonntag, 20. August

9 Uhr: Einlass in die Niederrheinhalle, Möglichkeit zum Frühstück.

9.30 Uhr: Evangelischer Gottesdienst in der Gnadenkirche, Wakenbrucher Straße 82.

10 Uhr: Katholischer Gottesdienst in der Kirche Herz-Jesu, In der Feldmark, Wesel.

14.30 Uhr: Hauptkreistreffen in der Niederrheinhalle, Wesel

- Musikeinführung Blasmusik Lackhausen
- Begrüßung durch Hubertus Hilgendorff, Kreisvertreter
- Gemeinsames Lied „Land der dunklen Wälder"
- Ansprachen von Heinrich Friedrich Heselmann, stellvertretender Landrat des Kreises Wesel, Ulrike Westkamp, Bürgermeisterin der Stadt Wesel, mit Zwischenspiel der Blasmusik Lackhausen

16 Uhr: Großer Zapfenstreich, Blasmusik Lackhausen und Tambourcorps Wesel-Fusternberg

16.30 Uhr: Geselliges Beisammensein

Mitgliederversammlung und Kreistagssitzung

Sonntag, 20. August, 11.30 Uhr, Niederrheinhalle Wesel: Mitgliederversammlung und Kreistagssitzung.

Tagesordnung:

1. Begrüßung durch den Kreisvertreter,
2. Feststellung der Anwesenden und Genehmigung des Protokolls vom Vorjahr,
3. Bericht des Kreisvertreters,
4. Kassen und Prüfungsbericht,
5. Entlastung des Vorstands und der Kassenführung,
6. Haushaltsplan 2018,
7. Heimatbriefe „Rund um die Rastenburg",
8. Bildband,
9. Rastenburger Treffen 2017/2018,
10. Verschiedenes.

Anträge bzw. Vorschläge zur Tagesordnung sind bis zum 10.08.2017 einzureichen.

Hubertus Hilgendorff
Kreisvertreter



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Hoher Besuch im Museum

Dem Tilsiter Museum für Stadtgeschichte wurde in diesen Tagen große Aufmerksamkeit zuteil, nicht zuletzt auch durch den Beitrag von Christian Neef im Nachrichtenmagazin „Spiegel". Nun hatten sich hochrangige Gäste aus dem Deutschen Bundestag angesagt. Mit großer Herzlichkeit empfing Museumsdirektorin Angelika Spiljowa die Abgeordnete Iris Ripsam, MdB, und Alexander Vollmert, Mitarbeiter von Klaus Brähmig, MdB, welcher bereits vor einem Vierteljahr anlässlich der Eröffnung der Bobrowski-Ausstellung im Museum zugegen war. Angelika Spiljowa vermittelte den Gästen einen umfassenden Überblick über die geschichtsträchtige Biografie der Grenzstadt am Memelstrom und über die Bewahrung ihres kulturhistorischen Erbes.

Die Präsentation des Exponatenreichtums fand großes Interesse ebenso wie die vom Museum herausgegebenen Publikationen, welche als Geschenk übergeben wurden. Die Gäste zeigten sich sehr beeindruckt von dem völkerverbindenden Wirken des Museums und sprachen Angelika Spiljowa ihre Anerkennung aus. Im Gästebuch ist im Eintrag von Alexander Vollmert zu lesen: „Liebe Frau Spiljowa, vielen Dank für Ihre Arbeit im Dienste der russisch-deutschen Freundschaft und der Pflege der Stadtgeschichte von Tilsit/Sowjetsk. Bis zum nächsten Mal!" Mit einem Stadtrundgang fand die nicht alltägliche Visite ihren Abschluss.

Treffen Johanna-Wolff-Schule

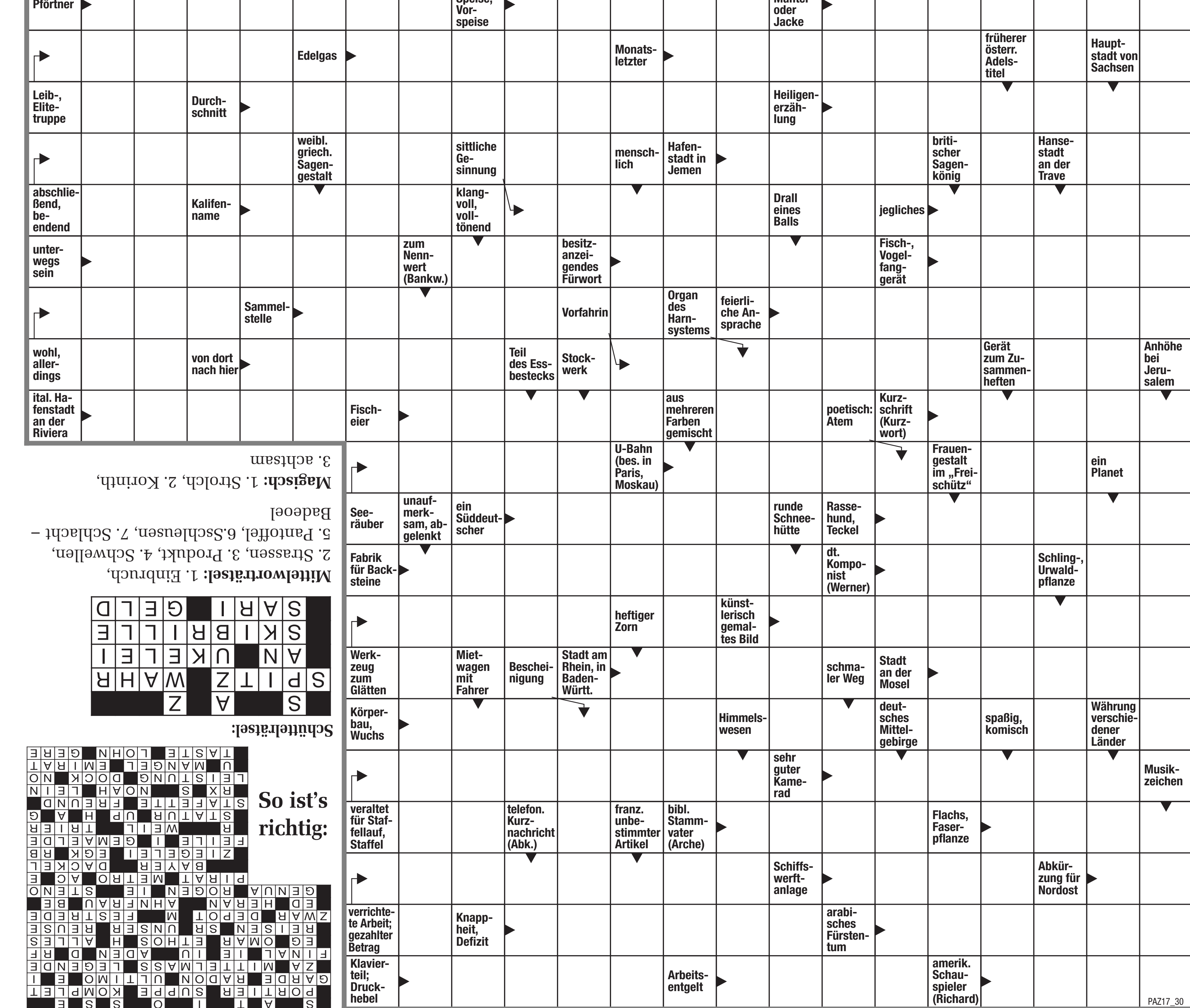
Mittwoch, 9. bis Sonntag, 13. August, Alte Messe Leipzig, Breslauer Straße 33, 04299 Leipzig: Diesjähriges Treffen der ehemaligen Johanna-Wolff-Schüler.

Anmeldungen zum Treffen nimmt die Schulsprecherin Frau

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19



Erhielt Besuch aus Deutschland: Museumsdirektorin Angelika Spiljowa mit Alexander Vollmert, Iris Ripsam und Dolmetscher (v.r.) Bild: privat



Schüttelrätsel

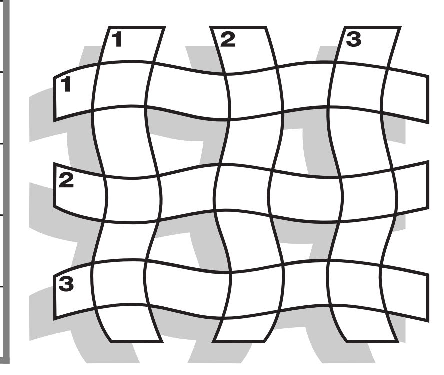
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

APSSS		AIKN	ABIUZ		EGIWZ		AELL	EHLL	DEIR
					AHRW				
IPSTZ			EEIK LU						
BEIIK LLRS									
AIRS					DEGL				

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Produkt zur Körperpflege.

Nr.	links	rechts
1	WINTER	SERIE
2	FERN	BAU
3	MILCH	MENGE
4	BAHN	ANGST
5	FILZ	HELD
6	KANAL	TOR
7	KISSEN	PLAN



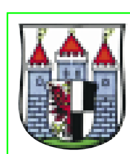
Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 scherzhaft: wilder kleiner Junge
2 griechische Stadt
3 sorgfältig, umsichtig

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

Irmgard Steffen unter der Telefonnummer (0611) 844938 gerne entgegen.



TREUBURG

Kreisvertreter: Ulf Püstow, Reutzstraße 5, 19055 Schwerin. Stellvertreter: Mattias Lask, über Gerhart-Hauptmann-Haus Düsseldorf. Geschäftsführer: Ronny Haase, Nöhringswinkel 1, 14959 Trebbin. Der Heimatkreis im Internet: www.treuburg.de. Ansprechpartnerin in Ostpreußen: Hannelore Muraczewska, Wisniowa 1, PL 19-400 Olecko, Telefon (0048) 875 203180.

Nachruf auf Fritz Pulla

Geboren am 29. April 1932 in Suleyken, gestorben am 3. Juli 2017 in Lübeck.

Fritz Pulla lebte noch bis 1957 in seiner geliebten Heimat Ostpreußen. 1957 kam er als junger Mann nach Lübeck.

Da er seine Heimat Ostpreußen und deren Landsleute von ganzem Herzen liebte, fand er durch das Ostpreußentreffen gute Kontakte zu seinen Landsleuten. Mit seiner Lebenskameradin Kläre unternahm er viele Reisen in seine geliebte Heimat. Er hatte große Freude am Singen und sang in einem gemischten Chor in Lübeck und achtete darauf, dass die Lieder seiner Heimat nicht in Vergessenheit geraten. Er übernahm vor vielen Jahren die Vorbereitung und Durchführung des Kirchspieltreffens Schwentainen.

So lernten wir viele wunderbare Städte kennen mit ihren Sehenswürdigkeiten und Wissenswertes aus vielen Regionen unserer Heimat Deutschland. Fritz Pulla hatte unsere Treffen selbständig vorbereitet, und wir verbrachten gemeinsam viele wunderbare Stunden. Für seinen unermüdlichen Einsatz danken wir ihm alle von ganzem Herzen.

Als im Mai 2012 Irmgard Klink ein großes Treuburger Generationstreffen plante und die Organisation übernahm, unterstützte Fritz Pulla sie dabei, und es wurde allen Ostpreußen zu einem wunderbaren Erlebnis. Danke, lieber Fritz, für deine stete Hilfsbereitschaft.

Bis zu unserem letzten Kirchspieltreffen im Mai 2017 in Fintel half er bei der Organisation unserer Treffen. Da Fritz Pulla gesundheitliche Probleme mit seinem Herzen bekam, bedankten wir uns für seine sehr gute jahrelange Unterstützung mit einem kleinen Geschenk und herzlichsten Danksagungen. Dass es ein Abschied für immer war, erschüttert uns alle. Wir nehmen traurig Abschied von Fritz Pulla und sagen alle herzlichen Dank. In unseren Herzen lebst du weiter. Wir behalten dich in guter Erinnerung.

In heimatlicher Verbundenheit
Hannelore Kedzierski



WEHLAU

Kreisvertreter: Gerd Gohlke, Syker Straße 26, 27211 Bassum. Telefon (04241) 5586. 2. Vors. und Schriftleiter: Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840. Internetseite: www.kreis-wehlau.de

Stadtfest in Wehlau

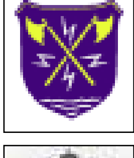
Donnerstag, 3. bis Donnerstag, 10. August: Reise zum Stadtfest in Wehlau. Informationen erteilt Gerd Gohlke, Sykerstraße 29, 27211 Bassum, Telefon (04241) 5586, E-Mail gerd.gohlke@wehlau.net. Das Reiseprogramm ist nachzulesen unter www.kreisgemeinschaft-wehlau.de.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen

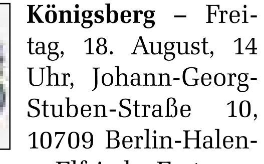


BERLIN

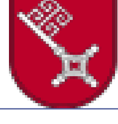
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Bartenstein – Anfragen für gemeinsame Treffen bei Elfriede Fortange, Telefon (030) 4944404.



Königsberg – Freitag, 18. August, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee. Anfragen: Elfriede Fortange, Telefon (030) 4944404.



BREMEN

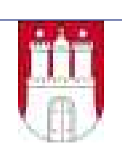
Vorsitzender: Jörg Schulz, Telefon (04296) 747701, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176.

Landesgruppe – Sonnabend, 23. September, ab 7.30 Uhr bis zirka 20 Uhr: Tagesfahrt nach Schwerin. Nachdem alle, die im Vorjahr die Drei-Tagesfahrt nach Greifswald und zum Treffen in Neubrandenburg mitmachten, von dem Programm mit Chören und Kulturgruppen junger Teilnehmer aus dem polnischen, russischen und litauischem Teil Ostpreußens sowie dem Treffen aller 40 Heimatkreise begeistert waren, haben wir beschlossen, auch das diesjährige Treffen der Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern als Ziel einer Gruppenreise anzubieten. Wir starten am 23. September um 7.30 Uhr ab ZOB Bremen (Cinemaxx) und werden um zirka 10.15 Uhr in Schwerin ankommen. Die Rückfahrt ist um 17.15 Uhr vorgesehen, sodass wir um zirka 20 Uhr wieder in Bremen sein werden.

Der Preis beträgt pro Person: 39,50 Euro zuzüglich Eintritt zum Treffen: 7 Euro. Die Mindestteilnehmerzahl beträgt 20 Personen; sollten 25 oder mehr Personen teilnehmen, ermäßigt sich der Fahrpreis auf 32,50 Euro pro Person.

Die Teilnahme am Ostpreußentreffen ist nicht zwingend, stattdessen kann der Tag auch individuell in Schwerin verbracht werden. Anmeldungen sind bitte baldmöglichst, spätestens bis zum 1. August, an Sausner Reisen, 28816 Stuhr, Telefon (0421) 801801 zu übermitteln.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

FRAUENGRUPPE



Hamburg-Bergedorf – Freitag, 28. Juli, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Harders Kamp 1: „Mit heißem Herzen gearbeitet, Käthe Kollwitz vor 150 Jahren in Königsberg geboren.“ Kaffee und Schmandkuchen.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Kassel – Donnerstag, 3. August, 14.30 Uhr, Cafeteria Niederzwehren, Am Wehrturm 3 (AWO-Altenzentrum): Heimattreffen der LOW-Kreisgruppe. Pfarrer i.R. Alfred Scherlies berichtet über „Martin Luther und die Reformation in Ostpreußen“.

Rinteln – Donnerstag, 10. August, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Monatstreffen mit Vortrag von Ekkehard Schlicht, Bad Salzuflen: „Vor 600 Jahren: Der Bauernaufstand im Ermland“. Wegen Verhinderung des Referenten wird der von ihm ausgearbeitete Vortrag verlesen. Neben den Mitgliedern sowie Angehörigen, Freunden und Bekannten sind auch interessierte Gäste aus nah und fern herzlich willkommen. Weitere Auskünfte gibt es beim Vorsitzenden der landsmannschaftlichen Gruppe, Joachim Rebuschat, unter Telefon (05751) 5386 oder über: rebuschat@web.de - Wegen des Jahresausflugs findet im September keine Veranstaltung im Hotel Stadt Kassel statt, nächstes Monatstreffen dann am 12. Oktober.

Wiesbaden – Nach dem Gedenken der im vergangenen Jahr verstorbenen Mitglieder und der Opfer von Krieg, Flucht und Vertreibung berichtete der Vorsitzende Dieter Schetat bei der einmal jährlich einzuberufenden Mitgliederversammlung (Jahreshauptversammlung) über die Tätigkeit des Vorstandes und die stattgefundenen Veranstaltungen der Landsmannschaft. Zudem gab es Informationen über das Geschehen in den Heimatgebieten.

Bei den monatlichen Zusammenkünften mit überwiegend heimatbezogenen Themen kamen auch gesellige Stunden nicht zu kurz wie Sommer-Gartenfest, Närrischer Kreppelkaffee und die Feiern zum Erntedankfest und zur Weihnachtszeit. Gerne traf man sich auch in der Frauengruppe bei Gesang, Dia-Vorträgen und Ausflügen unter Leitung der stellvertretenden Vorsitzenden Helga Kukwa. Zu den traditionellen monatlichen Stammtischen mit meist heimatlichen Gerichten kamen durchschnittlich 30 Gäste. Leider mussten die Aktivitäten des Frauenchors altersbedingt zurückgenommen werden. Dennoch singt der Chor mit jetzt weniger Sängerinnen noch bei unseren Veranstaltungen zum Erntedankfest und zu den Weihnachtsfeiern.

Höhepunkt der monatlichen Treffen war die Festveranstaltung zum 70-jährigen Bestehen der Landsmannschaft, die unter der Schirmherrschaft von Staatssekretär Ingmar Jung vom Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst stand. Die Festansprache hielt Wolfgang Nickel, Stadtverordneter und Stadtverordnetenvorsteher a.D. Ehrengäste aus Politik, von befreundeten Landsmannschaften und vom Bund der Vertriebenen (BdV) waren der Einladung zur Jubiläumsfeier gefolgt.

Für das Geschäftsjahr 2016 wurde dem gesamten Vorstand einstimmig Entlastung erteilt. Besondere Anerkennung der Rechnungsprüfer Irmgard Gethöffer und Margot Schittko erhielt Schatzmeister Christian Wnuck für seine einwandfreie Kassenführung und Rechnungslegung.

Anerkennung bekam auch Dieter Schetat, der bereits 25 Jahre die Landsmannschaft führt. „Seit dem Jahr 1992 sind Sie Vorsitzender der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen. Sie haben diese mit viel Arbeit und Energie verbundene Aufgabe übernommen, obwohl Sie zu der Zeit noch Ihrer anspruchsvollen beruflichen Tätigkeit nachgegangen sind. Ihre Landsleute und der Vorstand stehen hinter Ihnen und wünschen, dass Sie noch lange unser Vorsitzender bleiben“, sagte Vorstandmitglied Irmgard Steffen im Namen aller Mitglieder bei der Überreichung einer Urkunde.

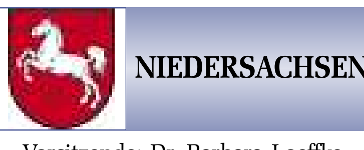
Schetat, inzwischen 78, appellierte an die Versammlungsteilnehmer: „Ich rufe jüngere Landsleute und Freunde der Landsmannschaft auf, sich für die Arbeit im Vorstand zur Verfügung zu stellen, damit unsere Landsmannschaft auch zukünftig nicht aus dem Bewusstsein der Öffentlichkeit entschwindet und unsere Heimat nicht in Vergessenheit gerät“.

Nach dem offiziellen Teil sahen die Besucher Lichtbilder aus dem Vereinsleben, die herausragende Ereignisse der Verbandsarbeit im vergangenen Jahr in Erinnerung brachten.

Wetzlar – Montag, 11. September, 19 Uhr, Restaurant „Grillstuben“, Stoppelberger Hohl 128: Treffen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen mit Vortrag von Roland Virnich „Die preußische Ostbahn – Lebensader für West- und Ostpreußen“. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Wetzlar-Büblingshausen – Vertriebene laden ein zum „Tag der Heimat“ – Zum „Tag der Heimat“ lädt der Bund der Vertriebenen, Kreis- und Ortsverband Wetzlar, am Sonntag, 3. September, um 14 Uhr in den Bürgersaal in Büblingshausen, Unter dem Ahorn 22, ein. Festredner ist der hessische Innenminister Peter Beuth (CDU). Er wird zum Thema „60 Jahre Einsatz für Menschenrechte, Heimat und Verständigung“ sprechen, dem Leitwort der Vertriebenen für 2017. Durch Flucht und Vertreibung haben zwischen 1944 und 1950 rund 12,5 Millionen Menschen aus Ostdeutschland, dem Sudetenland und den osteuropäischen Siedlungsgebieten ihre Heimat verloren. 1957 schlossen sie sich zu einem Bundesverband zusammen.

Für Musik sorgen an diesem Nachmittag die Wetzlarer Musiksenioren WeMuSen, der Gesangverein „Union Chor“ und der Sängerchor „Lahngruß“ unter der Leitung von Matthias Zipp sowie der Chor der Landsmannschaft Egerland aus Solms-Oberndorf unter der Leitung von Helga Semper. Außerdem wird der „Egerländer Volkstanzkreis“ mit seinem Auftritt die Besucher erfreuen. Der Eintritt ist frei.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Osnabrück – Freitag, 18. August, 15 Uhr, Gaststätte „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag, 3. August, 15 Uhr, in den Räumen der Kreisvereinigung, Wilhelmstraße 1b, 2. Stock: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt. – Donnerstag, 17. August, 11.30 Uhr, „Wirtshaus 1802“, Bültmannshof: Gemeinsames Mittagessen.

Bonn – Dienstag, 1. August, 18 Uhr, „Haus am Rhein“, Elsa-Brändström-Straße 74: Sommerstammtisch, freier Meinungsaustausch in lockerer Runde. – Sonnabend, 5. August, 15 Uhr, Gedenkstein am Rhein, Nähe Beethovenallee: Gedenken an die Unterzeichnung der Charta der Heimatvertriebenen. Anschließend gemeinsames Beisammensein im Schänzchen, Biergarten am Rhein, Nähe Beethovenallee.

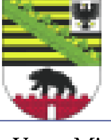
Neuss – Jeden zweiten Mittwoch im Monat, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Treffen der Frauengruppe.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohna – Mittwoch, 2. August, Gerhard-Hauptmann-Oberschule: Brauchtumsnachmittag.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 28. Juli, 14 Uhr, Wiesencafé Breiteiche: Sommerfest mit Programm.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Flensburg – Sonnabend, 19. August, 14 Uhr: Schiffstour und Kaffeetafel auf der Flensburger Förde. Ab Schiffsanleger an der Schiffbrücke bei MS Alexandra oder MS Viking.

Uetersen – Freitag, 18. August, 15 bis 17 Uhr, Haus Ueterst End, Kirchenstraße 7: Treffen. Unser weitgereister Königsberger Landmann und Entertainer Harry Lasch wird uns mit schönen Wiener Melodien auf seiner Violine erfreuen.



Wird wieder beim Tag der Heimat des BdV Rüblinghausen dabei sein: Der Volkstanzkreis

Zwei G 20-Sieger

Zu: Heimlicher Sieg für Wladimir Putin (Nr. 28)

Als Ergänzung sollte erwähnt werden, dass auch Donald Trump einen (nicht nur heimlichen) Sieg beim G 20-Gipfel davontrug.

Nach einer begeisternden Rede in der polnischen Hauptstadt Warschau setzte der US-Präsident in Hamburg seine Wirtschaftspolitik der mehr bilateralen Verträge ohne zwingende Einbindungen durch und begann – wie im Artikel ausführlich erläutert – in einem überraschend langen Gespräch mit Wladimir Putin den Anfang eines neuen Verhältnisses zu Russland.

So sind aus dem von Merkel und Scholz verursachten Trümmerhaufen von Hamburg tatsächlich noch zwei erfolgreiche Politiker hervorgegangen.

Im Gegensatz dazu hat die deutsche Chaoten-Politik der Welt ihre völlige Unfähigkeit vor Augen geführt. Auch diese Erkenntnis dürfte für Trump von Interesse gewesen sein, sich nach neuen, verlässlichen Partnern in Abkehr von Europa und Deutschland umzusehen.

Manfred Kristen, Freital

Gefährliche Frau

Zu: So viel wert wie eine Insel (Nr. 28)

Vielleicht wäre es anstelle des Privatlebens von Madame de Staël (Heirat und Amouren) interessanter gewesen, etwas über das literarische Schaffen, ihre Affinität zu Deutschland und zu unserer Sprache zu erfahren, wie sie auch in ihrem Buch „De l'Allemagne" zum Ausdruck kommt.

Zu berichten wäre unbedingt gewesen, dass dieses Buch, nachdem es schon der Zensurbehörde vorgelegen hatte und von dieser freigegeben und auch zu Tausenden gedruckt worden war, von der französischen Militärbehörde eingezogen und vernichtet wurde. Madame de Staël musste danach innerhalb weniger Tage unter Zurücklassung des Großteils ihrer Habe Frankreich verlassen. Die Militärbehörde fürchtete durch das Wirken von Madame de Staël eine Zersetzung der französischen Wehrkraft. Und auch die große Revolution mit dem Ergebnis „Liberté, Egalité, Fraternité", wofür sich die „Grande Nation" noch heute rühmt.

Walter Köhler, Feldkirchen-Westerham

Die Gipfel-Abrechnung folgt im September bei den Wahlen

Zu: Gipfel-Zumutung (Nr. 28)

Also doch: Hamburg hat wegen des Schwarzen Blocks genug Warnungen rechtzeitig bekommen. Das hat im „Heute Journal" im ZDF ein Kriminalkommissar bestätigt. Der hat sich gewundert über die Reaktionen der Politiker. So nach dem Motto: Da waren wir ganz überrascht.

Diese Aussage ist nicht richtig. Hamburg und Olaf Scholz wurden rechtzeitig gewarnt. Deswegen muss Scholz zurücktreten! Obendrauf muss das Volk auch noch für die Schäden aufkommen. Laut der Kanzlerin wird der Bund die Geschädigten entschädigen. Was ist mit den Tausenden anderen Geschädigten, durch Einbrüche, Bankenkrise und kriminelle Handlungen in den Vorstandsetagen (Abgasskandal)? Dafür kommt der Bund nicht auf?

Man merkt, dass die Berufspolitiker nichts mehr merken. Da wird einfach, salopp gesagt, der Bund entschädigt, die anderen Hunderttausenden Geschädigten aber nicht. Für wie dumm halten die Politiker uns eigentlich? Für sehr dumm. Bis zu den nächsten Wahlen. Dann schauen die Politiker dumm.

Paul Nemec, Sachsenheim



Bitte um eine milde Gabe für einen Fahrzeughalter, dessen Auto in Hamburg von Gipfelgegnern in Brand gesteckt wurde: Kanzlerin Merkel wird jetzt an ihrem Versprechen gemessen, G 20-Opfer rasch und unbürokratisch zu entschädigen Bild: Höge

Hamburg wird den Gipfel-Ungeist überleben

Zu: Die Schande von Hamburg (Nr. 28)

„Denn sie wissen nicht, was sie tun". Oder doch? Kein Zweifel, an ihren Taten könnt ihr sie erkennen. Sie kommen aus ganz Deutschland und der EU angereist, um in Hamburg gegen die Mächtigen der G 20-Staaten und ihre Programme zu demonstrieren. Sie wollen ein Zeichen setzen für den Frieden in der Welt, grenzenlose Solidarität, für ein besseres Klima, für mehr Gerechtigkeit, gegen den Hunger, die Armut, Ausbeutung und für mehr Immigration. Kurz gesagt, sie möchten in ihrer Einfältigkeit die ganze Welt retten.

Doch in Wirklichkeit zerstören sie in ihrer grenzenlosen aufgestauten Wut und ihrem Hass alles, was anderen lieb und teuer ist. Sie ziehen marodierend durch die Straßen Hamburgs, brüllen ihre eingeübten Parolen in den Nachthimmel, zünden Autos an, bewerfen mit allen möglichen Gegenständen die Polizei und riskieren die Gesundheit und das Leben der Beamten.

Wer die Bilder im Fernsehen oder gar persönlich erlebt hat, könnte glauben, diese bürgerkriegsähnlichen Zustände spielen sich in einem fernen Land ab. Doch weit gefehlt. Es war Hamburg anno 2017, eine Stadt, die sich als Tor zur Welt bezeichnet und deren Stadtoberhaupt von der bürgernahen SPD kommt. Es waren überwiegend junge Männer, zum Teil vermummt, mit einer offensichtlich gut geschulten Führung, eine Unterabteilung der Linken im Hintergrund. Sie sind jedoch keine Weltverbesserer, denn sie haben Deutschland und besonders Hamburg einen Bärendienst erwiesen.

Wer es vorher schon wusste und wer es konnte, hat Hamburg rechtzeitig verlassen, und die Touristen sind gleich ausgeblieben. Es wird viel Zeit vergehen, bis die Sonne wieder über Hamburg scheint, und auch der Stern der Bundeskanzlerin wird schneller verglühen. Mein Rat: Saudi-Arabien wäre der bessere Standort für den nächsten Gipfel beziehungsweise die Türkei, nach dem Motto: Über allen Gipfeln ist Ruh.

Wo eigentlich blieb danach der große Aufschrei der „Anständigen", als Teile von Hamburg in Chaos versanken? Ach ja, sie haben friedlich demonstriert, die Genossen und Artgenossen, die Vertreter der Gewerkschaften und Kirchen. Allerdings ist wenig von ihren Parolen durchgedrungen. So ein Pech aber auch.

Hamburg hat in seiner Geschichte schon viel Gutes, aber auch Schreckliches erlebt, aber die Hamburger werden auch diesen Ungeist überleben und Haltung bewahren. Für die Haupt- und Nebenkosten kommt wie immer der brave Steuerzahler auf und die politisch Verantwortlichen ziehen sich in stille Kämmerlein zurück und tun Buße. Ja, wenn es denn so wäre!

Wilhelm Jäckel, Damme

Wahrheit und Lüge

Zu: Zivilisationsbruch (Nr. 10)

„Jede Wahrheit braucht einen Mutigen, der sie ausspricht", lautet ein asiatisches Sprichwort. Seit einigen Monaten beziehen meine Frau und ich die *Preußische Allgemeine Zeitung*. Warum? Weil wir sie für die ehrlichste, unabhängigste und wahrheitsgetreuste Informationsquelle aller uns bekannten Medien halten. Denn wenn es die Aufgabe einer Zeitung ist, die Bevölkerung über tägliche, aber auch vergangene Geschehnisse zu informieren, dann halten wir die *PAZ* für nahezu erstklassig.

Nahezu. Denn was wir missen, ist eine bewusste, unverschleierte, wahrheitsgetreue Korrektur der allgemein als Wahrheit akzeptierten historischen Ereignisse der vergangenen 100 Jahre.

Wir nehmen Bezug auf die Rezension zu dem Buch „Höllensturz" von Ian Kershaw. Wir haben das Buch noch nicht gelesen. Brauchen wir wohl auch nicht, da die Auszüge uns zur Genüge informieren.

Wir wollen Ian Kershaw in keinster Weise kritisieren. Er gehört zu einer jüngeren Generation (geboren 1943) als meine Frau und ich. Wir rechnen uns zu den wenigen noch lebenden Überbleibseln, die das Dritte Reich bewusst erlebt haben, während Ian Kershaw ein Abkömmling der Generation ist, die unter dem Einfluss einer einseitigen, verlogenen und entstellten Geschichtsdarstellung aufwuchs.

Wenn Ian Kershaw und mit ihm Millionen andere der Meinung sind, dass der letzte Krieg das Werk Hitlers war und sagt, „wenn es jemals einen gerechten Krieg gab, dann diesen. Hitler musste besiegt werden, wenn Europa Frieden haben wollte", dann sollten wir anfangen, dieser Lüge die Wahrheit entgegenzuhalten.

George und Erdmute Kuester, New Minas/Kanada

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Zeit zum Träumen

Auf den Britischen Jungferninseln ist alles entspannt – Auch die Nerven der Geldanleger, die die Inseln als Steuerparadies nutzen

Kabinen-Charter nennt sich die exklusive Karibik-Kreuzfahrt mit dem Segelkatamaran „The Moorings 4800“. Die Passagiere haben allein oder zu zweit eine von vier Kabinen gebucht. Ein Skipper kümmert sich ums Schiff, organisiert Reservierungen und Landausflüge, ein Koch sorgt fürs leibliche Wohl.

Hamburg – Paris – Sint Maarten – Tortola. Schreibt sich schnell, reist sich langsam. Und irgendwo zwischen Paris und Sint Maarten fragt man sich, ob es nicht auch die Ostsee getan hätte. Warum müssen es unbedingt die Britischen Jungferninseln sein, 20 Reisestunden entfernt? Aber dann, zwischen Sint Maarten und Tortola, klebt die Nase am Fenster der kleinen Propellermaschine, und die eben noch müden Augen können sich gar nicht sattsehen an dem unglaublich schönen Sonnenuntergangsblick auf die kleinen Inseln im tiefblauen Meer. Und wenn man nach einer kurzen Autofahrt am Jachthafen von Road Town aussteigt, die warme Luft fühlt, die schicke Kabine auf dem Katamaran bezieht und beim sanften Rauschen des Meeres einschläft, weiß man sofort: Die lange Anreise hat sich gelohnt.

Am Morgen treffen sich die Passagiere beim Frühstücks-Picknick. Die Luft duftet nach Karibikmeer, Frangipani-Blüten und Sonnencreme. Braungebrannte Segler in kurzen Hosen und Flipflops gehen vorbei, grüßen fröhlich. Jetzt gehören wir dazu. Bereit zum Inselhüpfen.

Ingela, Gabi und Ludger outen sich als versierte Segler, Stefan, Barbara und eine Hamburger Reisejournalistin sind Laien. Für die Fahrt zur ersten Insel wirft Andrew, der Skipper, allerdings den Motor an. Wolken türmen sich am Horizont, es regnet leicht, windet ordentlich. Man sitzt auf einer Bank am Vorderdeck. Füße hoch, Blick voraus, Gesicht im Wind. Herrlich!

Ein Strandspaziergang auf Cooper Island ist auch bei Regen reizvoll. Ausrollende Wellen zeichnen immer neue Muster in den feuchten Sand, zwei Vögel untersuchen eine Kokosnuss. Hängematten baumeln gelangweilt zwischen Palmen. Alles irgendwie feucht, aber wunderbar friedlich. Und als wir abends in die Marina Soper's Hole einlaufen, wölbt sich schon wieder ein blitzblauer Himmel über den karibisch bunten Häuschen an Tortolas Westspitze.

Nach einer ruhigen Nacht beginnt der Morgen bei strahlendem Sonnenschein mit einem Bad im Meer. Dann hisst Andrew die Segel, und die Gäste verziehen sich mit einem Becher Kaffee auf den Bankplatz und genießen. Das Meer. Die Luft. Das Nichtstun. Und nach einer Stunde die Inseln, die wie eine Fata Morgana im Meeresblau erscheinen. Weißer Sand, Türkis umrahmt. In der Mitte ein Tuff aus grünen Pflanzen: Sandy Cay und Sandy Spit. Wir ankern vor Sandy Spit, schwimmen hin, laufen drum herum (500 Schritte), werden an Bord mit einem „Ankerschluck“ belohnt. Der Orangensaft leuchtet hell in den Gläsern. Den Schuss Rum sieht man nicht. Das Leben ist schön.



Alles andere als ein „bitteres Ende“? Der Bilderbuchstrand „Bitter End“ auf British Virgin Islands *Bild: Grudzinski*

Gemütlich visieren wir unser nächstes Ziel an, die White Bay auf Jost van Dyke, wo wir in der berühmten Soggy-Dollar-Bay einen Rum-Cocktail trinken wollen. Berühmt, weil das süffige Nationalgetränk hier vor mehr als 50 Jahren erfunden wurde. Berühmt aber auch für die Wäscheleine voller Geldscheine, die dort zum Trocknen hängen. Denn die meisten Gäste schwimmen von ihrem Schiff zum Strand und zahlen mit Salzwasser-durchtränkten Dollars. Sogar die Rolling Stones. Und wir auch.

In einem Liegestuhl am Strand dösen die Urlauber vor sich hin. Nebenan schaukeln drei süße Zopf-Mädchen in einer Hängematte, eine Frau liest in einem Buch, leise Reggae-Rhythmen ziehen vorbei. Wurde das Wort „relaxen“ vielleicht auf den British Virgin Islands, wie die Jungferninseln hier heißen, erfunden?

Am nächsten Tag weht es uns nach Norman Island, die Insel, die Robert Louis Stevenson vor 130 Jahren zu seinem Buch „Die Schatzinsel“ inspirierte. Damals versteckten Piraten ihre Beute auf den unbewohnten Eilanden. Noch so mancher Schatz soll hier verbuddelt sein. So wie die Gelder, die clevere Geschäftsleute auf diese Inseln vor Steuerbehörden in Sicherheit bringen. Die verträumten Inseln, die so unschuldig im Meer schlummern, sind eines der größten Steuerparadiese der Welt. Es hat zwar nur 29 000 Einwohner, aber dafür etwa 600 000 Briefkastenfirmen. Sagenhafte 50 Milliarden Dollar werden hier verwaltet.

Nun ja, Geld allein macht nicht glücklich. Aber es beruhigt. Sicher auch Virgin-Boss Sir Richard Branson, dessen noble Privatinsel Necker Island wir auf unserem Weg nach Virgin Gorda passieren. Unser Ziel: die Bitter End Marina. Doch der Bilderbuch-Palmenstrand steht in Kontrast zum Namen. Bitteres Ende? Mary Joe, Managerin des Jachtklubs, erklärt: Früher war die Marina für Segler meist die letzte Anlaufstelle vor der Abreise. Dann hieß es Abschied nehmen. Bitter. Uns versüßt ein Stück Limonenkuchen den Abschied. Eine Spezialität des Hauses, die schon so manchen Skipper zum Kurswechsel veranlasst hat.

Wir nehmen jetzt Kurs zur Levericks Bay, steigen um in einen bunten, offenen Mini-Bus mit Holzbänken und knattern über die Insel zum 418 Meter hohen Gorda Peak. Und zum Lokal-Restaurant „Sugar & Apple“. Dort sitzen wir auf wackligen Stühlen an wackligen Holztischen und verputzen mit großem Appetit Cynthias Hähnchen-Eintopf. Mit Liebe gekocht, mit Hingabe gewürzt. Köstlich.

Gut gestärkt fahren wir zur Attraktion The Baths am südlichen Zipfel der Insel. Zwischen der mystischen Landschaft aus riesigen Granitfelsen, malerischen Palmen und weißem Sand hatte auch Topmodel Heidi Klum schon mal einen Fototermin. Wir klettern – wahrscheinlich weniger fotogen – zwischen den Felsen herum, waten durch kleine Seen, zwängen uns durch Grotten und landen in einer himmlischen Strandbucht. Kristallklares Wasser, angenehm kühl, leuchtend Türkis. Auf dieser Reise kommt man ins Träumen. Und selten war man so entspannt. Stress? Hektik? Was soll das sein?

Der letzte Abend unseres Segeltörns ist angebrochen. Im Coco Maya Restaurant ist ein Tisch reserviert. Direkt am Strand mit Feuer, Fackeln, Felsen und Füßen im Sand. Wieder so ein Traum-Gefühl. Die Rückreise nach Europa? Kein Thema. Zeit zum Träumen. *Uschi von Grudzinski*

In Falladas »Murkelei«

Wo die Fantasie blüht – Die Feldberger Seenlandschaft

Sie ist ein faszinierendes Mosaik aus Seen und Mooren, aus Feldern und Wäldern – die Seenlandschaft rund um das Städtchen Feldberg im Südosten Mecklenburg-Vorpommerns. Vor allem aber ist sie eines: eine Oase für Ruhe und Abgeschiedenheit. Klingt langweilig? Keineswegs. Denn in der Feldberger Seenlandschaft, geformt von der Eiszeit vor rund 10 000 Jahren, macht jeder seine ganz persönlichen Entdeckungen.

Endlich angekommen, endlich weg vom Großstadttrubel. Rund drei Autostunden entfernt von Hamburg regiert die Natur. Zur Begrüßung schwebt lautlos ein Rotmilan am Himmel, auf der Weide blöken Schafe, leise rauschen die Blätter gigantischer Buchen und der Kellner, der einen Kaffee serviert, sagt: „Einfach nur genießen.“

Die Feldberger Seenlandschaft wird geprägt von sieben großen Seen – Haussee, Lütte See, Zansen, Dreetzsee, Carwitzer See sowie dem Schmalen und Breiten Luzin. Sie sind fast alle miteinander verbunden – zur Freude von Paddlern und Kanuten. Am Ufer sonnen sich Badenixen an kleinen und großen Badestellen oder schwimmen in den glasklaren Seen, die bis zu 60 Meter tief und damit auch ein Revier für Taucher sind.

Umgeben sind die Seen von Steilufern und bis zu 300 Jahre alten Buchenwäldern. Das grüne Blätterdach der rund 50 Meter hohen Baumriesen schützt nicht nur vor den Sonnenstrahlen, es behütet auch uralte Schätze. Denn überall finden sich Spuren slawischer Siedler. Über 100 bronzezeitliche Steinhügelgräber zeugen in der Feldberger Seenlandschaft von der frühen Besiedlung und gigantische Findlinge säumen die Wege, um die sich auch so manche Mythen ranken. Kein Wunder, denn diese faszinierende Endmoränen-Landschaft rüttelt die Fantasie wach. So sollen die Gletscherschrammen am Teufelsstein im Naturschutzgebiet Hullerbusch zwischen dem Schmalen Luzin und den Zansen von den Krallen des Beelzebubs stammen.



Tor zur Natur: Erholung pur im Naturpark *Bild: be*

Auch der Fährmann vom Schmalen Luzin, der eine der letzten handbetriebenen Seilfähren steuert, erzählt gern das eine oder andere Seemannsgarn. Die Fähre verbindet Feldberg mit dem Hullerbusch, wo ein Naturlehrpfad ins Dörfchen Carwitz führt. Der Schriftsteller Hans Fallada (1893–1947) lebte dort von 1933 bis 1944 und hat in dieser Zeit 14 Romane und zahlreiche Geschichten geschrieben, darunter so bekannte Werke wie „Wer einmal aus dem Blechnapf frißt“, „Wolf unter Wölfen“ oder „Jeder stirbt für sich allein“. In der „Murkelei“, das von ihm so genannte Wohnhaus, ist heute ein viel besuchtes Literaturmuseum.

Nach den Erlebnissen in der Feldberger Seenlandschaft kehrt man ihr nur ungern den Rücken. Doch man kann ja wiederkommen, schließlich gibt es noch viel zu entdecken – wie etwa den Kneipp-Kurort Feldberg, Deutschlands ältesten Buchenwald die „Heiligen Hallen“ oder den Kunsthandwerkerhof Thomsdorf. Vielleicht schwebt ja dann auch mal ein Seeadler am Himmel und stolziert ein Schwarzstorch über die Wiesen. *Barbara Eising*

Infos: www.feldberger-seenlandschaft.de

Fitnessstudio der Natur

Auf einer Sommertour im Spreewald lässt sich viel Kraft tanken

Seiner Schilderung der Wanderung in den Spreewald stellte Theodor Fontane diese Reime voran: „Und daß dem Netze dieser Spreekanäle / Nichts von dem Zauber von Venedig fehle, / Durchfurcht das endlos wirre Flußrevier / In seinem Boot der Spreewalds-Gondolier.“

Tatsächlich scheint das Netz von kleinen Flüsschen, die hier Fließe genannt werden, diese Vielfalt an Flora, Fauna und bei den Tieren unerschöpflich zu sein. Der Sommer fühlt sich hier oft wie ein warmer Frühlingstag an – nicht zu heiß, dafür Sonnenstrahlen, die durch helles Blattgrün tänzeln, das Wasser tränkt die nahen Wiesen in sattes Grün. Es zaubert dabei reizvolle Ufersilhouetten – Heimat für viele geschützte Lebewesen in diesem außergewöhnlichen Binnendelta der Spree, die dann würdevoll Berlin erreicht.

Das alles lässt sich entdecken bei Paddeltouren auf den unzähligen Fließen oder während geführter Kahntouren in den tiefen Hochspreewald. Zum Skaten und Radfahren bieten sich zahlreiche ausgebaute Wege an. Auf dem Wasser genießen viele Paddler oder auch junge Leute, die das neumodische „Stand-up-Paddling“ praktizieren, die Ruhe hier.

Im Freien aktiv sein kann aber auch heißen, in einem der beliebtesten Hotels im Spreewald, dem Bleiche Resort & Spa in Burg, an einem Freiluft-Training teilzunehmen. Der Spreewald ist für viele inzwischen ein Fitnessstudio in der Natur. Die Geräte, die für die Gäste zur Verfügung stehen, haben solche modernen Bezeichnungen wie "Water-Rower" (ein Rudergerät), „Grinder“ (ein Kurbeltrainer) oder „SlimBeam“ (ein Seilzug). Wenn das „Stroops“, ein Gummiseil, auf der Wiese in Schwingung kommt, sind Geschicklichkeit und Schnelligkeit gefragt. Das „Battle Rope“ ist ideal, um Ausdauer, Koordination und Beweglichkeit zu trainieren. Kraft, Körperbalance und Rumpfstabilität werden am Schlingentrainer verbessert oder beim "ElliptiGO" – eine Kombination aus Radfahren und Crosstraining.



Bild: Bleiche Resort & Spa

Gedeckter Tisch: Picknick-Kahnfahrt im Spreewald

Abgerundet wird das Sportprogramm neuerdings durch „Box dich fit“-Kurse.

Ruhig und gelassen dagegen geht es in der Landtherme der „Bleiche“ zu, dem 5000 Quadratmeter großen Badehaus im original Spreewälder Stil mit den Pools, Saunen, Spa-Kino und einer Liegewiese auf dem elf Hektar großen Resortgelände. Der hoteleigene Kahnhafen ist Start- und Landepunkt für Boote und Kähne, der Bier- oder Brunnengarten romantischer Treffpunkt unter uralten Kastanien.

Dabei hat man eine herrliche Aussicht auf die weiten Wiesen, wo sich Eisvögel, geschickte Fischotter oder eifrige Echsen beobachten lassen und Störche eine behutsame Annäherung zulassen, während sie auf satten Wiesen nach Futter suchen.

Wer seinen Körper verwöhnen will, tut dies bei einem Saunagang mit einer Honigpackung. Der naturbelassene Spreewälder Honig aus den Händen alteingesessener Imker wird dabei nach dem Peeling aufgetragen und zieht tief in jede Pore ein. Das Ergebnis: weiches und geschmeidiges Wohlgefühl am ganzen Körper, das auch Fontane gefallen hätte. *H. Tews*

Angebote unter: www.bleiche.de

»Epochale Gewalttäter«

Helmut Roewer über Kriegstreiber im letzten Weltkrieg

Im vorigen Jahr legte Helmut Roewer, der früher unter anderem als Panzeroffizier, Jurist und Präsident des Thüringischen Landesamtes für Verfassungsschutz tätig war, den ersten Band seiner Trilogie „Unterwegs zur Weltherrschaft“ vor. Darin erklärte er schlüssig und auf der Basis zahlreicher zeitgenössischer Quellen, „warum England den Ersten Weltkrieg auslöste und Amerika ihn gewann“. Dem folgt nun die Fortsetzung mit dem Untertitel „Warum eine anglo-amerikanische Allianz Deutschland zum zweiten Mal angriff und die Rote Armee in Berlin einmarschierte.“

Dabei schildert Roewer eingangs die intensiven Bemühungen Roosevelts und Churchills, das politische Chaos in den Griff zu bekommen, das durch den von alliierter Seite oktroyierten Vertrag von Versailles entstanden war.

In diesem Zusammenhang zeigt er auch, mit welchen Mitteln die Geld- und Machteliten, die hinter den beiden westlichen Galionsfiguren standen, ihr machiavellistisches Tun verschleierten. Außerdem sensibilisiert er seine Leserschaft, was die angeblich so aussagekräftigen „Schlüsseldokumente“ über die Welteroberungspläne der deutschen Seite betrifft. So verweist er auf den höchst seltsamen Umstand, dass die Papiersorten bei gewissen, historisch bedeutsamen Schriftstücken, wie denen im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Berlin, manchmal auf ganz wundersame Weise wechseln. Dazu kommen die bereits aufgeflogenen Fälschungen seitens der sowjetischen Seite im Vorfeld der Nürnberger Prozesse, die aber von einigen zeitgeisthörigen Historikern nach wie vor auf völlig unkritische Weise rezipiert werden.

> Wissenschaftlich und doch flüssig zu lesen

Ansonsten charakterisiert Roewer aber nicht nur Roosevelt und Churchill sowie Stalin als „epochale Gewalttäter“, sondern auch Hitler. Das heißt, sein Buch stellt definitiv „keine NS-Entschuldigungs- oder Apologeten-Schrift“ dar, wie er eingangs gleich selbst explizit feststellt, um jedweder diesbezüglichen Unterstellung schon im Ansatz entgegenzuwirken. Für Roewer ist Hitler durchaus ein Verbrecher, der den anderen drei Protagonisten ein höchst fatales und „ekelerregendes Geschenk“ gemacht habe, als er den Holocaust in Gang setzte. Denn damit gab er dem Hauptkriegstreiber und fanatischen Weltherrschaftsaspiranten Roosevelt die willkommene Gelegenheit, Deutschland als „Schurkenstaat“ hinzustellen, um so seinem strategischen Ziel näherzukommen, welches lautete: „Die Vernichtung der deutschen Kontinentalmacht und das Vorantreiben des amerikanischen Internationalismus durch die Zerschlagung des britischen Empire.“

Allerdings machte der US-Präsident dabei die Rechnung ohne den Wirt, nämlich Moskau. Eigentlich wollte Roosevelt ja in altbewährter US-Manier andere für sich kämpfen lassen, um dann die Früchte zu ernten, wenn die „Verbündeten“ ausgeblutet am Boden lagen. Doch Russland war eben nicht Großbritannien: Im Gegensatz zum Empire erstarkte der russische Bär nach einer anfänglichen Phase der Panik und Schwäche, weshalb am Ende die „Aufteilung der Welt“ zwischen der UdSSR und den USA nötig wurde, welche Amerika bis heute Probleme bereitet. In der Endphase seines Lebens hat Roosevelt also erkennen müssen, dass der große Plan nicht aufgegangen war, womit die Situation nun ähnlich ausfiel wie nach dem Ersten Weltkrieg. Nur, dass eben jetzt mit Moskau ein völlig neues weltpolitisches Machtzentrum existierte.

Der zweite Band von „Unterwegs zur Weltherrschaft“ ist inhaltlich genauso bemerkenswert wie sein Vorgänger. Darüber hinaus besticht der flüssige Stil, der dem Werk trotz aller Wissenschaftlichkeit zu eigen ist. Wie solide Roewer gearbeitet hat und wie gut belegt jede seiner Aussagen daherkommt, zeigen die 900 Anmerkungen, welche es eventuellen Kritikern schwer machen dürften, die Aussagen des Buches ernsthaft in Zweifel zu ziehen. Ansonsten bestechen auch die sarkastischen Passagen, die typisch für den früheren Verfassungsschützer sind: Er weiß, wie man Sachverhalte andeutet und dem Leser dann das Vergnügen des Mitdenkens und Mitlächelns lässt. So kann der zeitgeschichtlich Interessierte nun auf den dritten und letzten Teil der Reihe über die Zeit ab 1945 beziehungsweise den Kalten Krieg gespannt sein, der bei Roewers stupender Produktivität sicher nicht lange auf sich warten lassen wird.

Wolfgang Kaufmann

***Helmut Roewer: „Unterwegs zur Weltherrschaft. Band 2: 1918–1945. Warum eine anglo-amerikanische Allianz Deutschland zum zweiten Mal angriff und die Rote Armee in Berlin einmarschierte“**, Scidinge Hall Verlag, Tübingen 2017, broschiert, 398 Seiten, 24,95 Euro*

Ein fulminantes Buch

Berlin anno dazumal

Stadtansichten seien stets kritisch zu hinterfragen, sagt Sabine Lata in der Einleitung zu ihrem neuen Bildband „Berlin in alten Ansichten“. Der Beobachter sollte stets im Hinterkopf behalten, dass sie, wie andere Kunstwerke auch, in bestimmter Absicht hergestellt wurden und in ihrem Entstehungskontext gesehen werden müssen.

Beim Leser entsteht der angenehme Eindruck eines ideellen Museumsbesuches. Höchst amüsant berichtet die Autorin gleich zu Beginn über die Aussagen Mark Twains zu Berlin, als er Ende des 19. Jahrhunderts in der Stadt weilte: „Die Hauptmasse der Stadt sieht aus, als sei sie erst in der letzten Woche erbaut worden ...“ Der Rest sah in den Augen Twains noch schlimmer aus. Eine junge Stadt, dieses Berlin, wenn man es mit anderen, ehrwürdigeren Städten Europas vergleicht. Lange Zeit galt diese Ortschaft im sandigen Brandenburger Land als so unbedeutend, dass man sie nicht für würdig hielt, bildlich festgehalten zu werden.

Das änderte sich, als die Stadt unter dem Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm (1640–1688) zu seiner ständigen Residenz wurde. Das Buch zeigt 100 herausragende Drucke von Berlin, die zwischen dem 16. und 19. Jahrhundert entstanden sind. Die jeweiligen „Abteilungen“ zeigen Gesamtansichten, Stadtpläne und Abbildungen des Stadtteils Cölln, ebenso von Alt-Berlin, der später hinzu gekommenen Dorotheenstadt und von Friedrichstadt sowie Ansichten des Nordens und des Westens. Nebenher führt die in Berlin lebende Autorin auch noch in die Geschichte der Druckgrafik ein.

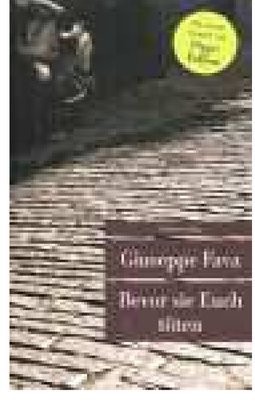
Jede Abbildung wird akribisch erklärt. Durch die genaue Erläuterung versteht man das jeweilige Werk besser. Interessant ist, dass um 1800, in der Zeit der Romantik, die Natur von den Künstlern in den Vordergrund geschoben wurde. Stadtansichten wurden weit vor den Toren Berlins angesiedelt, die Stadt ist nur noch im Hintergrund zu sehen. Daneben ermöglichten neue Techniken und Hilfsmittel, wie das Aufkommen der Camera obscura, neue Perspektiven zur Darstellung der Gebäude, Straßen und Plätze. Abgesehen vom Hochgenuss beim Betrachten der Bilder macht sich jedoch auch Wehmut breit angesichts der vielen historisch bedeutenden Gebäude, die nicht mehr existieren, wie die Petrikirche, die Kroll-Oper, Schloss Monbijou, die nahe dem Hackeschen Markt gelegene Börse oder der komplett veränderte, einst so reizvolle Spittelmarkt. Bei diesem „Galeriebesuch“ sind all diese Berliner Schönheiten wieder neu zu betrachten. Ein fulminantes Werk, das allen Berlin-Liebhabern das Herz höher schlagen lässt.

S. Friedrich

***Sabine Lata: „Berlin in alten Ansichten“**, Elsengold Verlag, Berlin 2017, gebunden, 224 Seiten, 29,95 Euro*

Versteckt in den Bergen

Roman im Nachkriegs-Sizilien



Sie träumen von einem besseren Leben in Venezuela: Vier Männer im Sizilien der Nachkriegszeit, die in ihrer Heimat keine Zukunft sehen. Sie mussten erleben, wie der Krieg die Bevölkerung ausgedünnt hat, wie Armut und Hunger um sich schlagen. Adlige Landbesitzer verteidigen ihren Besitz gegen Diebe und schrecken selbst vor Schusswaffengebrauch nicht zurück. Wer in ihren Diensten steht, wird skrupellos ausgebeutet. Viele Menschen verlassen die Insel und suchen ihr Glück meist in Übersee. Das planen auch Lorenzo, Paolo, Michele und Antonio, Kleinkriminelle, die sich in den Bergen Siziliens verstecken. Mit Überfällen wollen sie das Geld für ihre Überfahrt zusammenkratzen, bis einer von ihnen zum Mörder wird, wodurch sich das Blatt plötzlich wendet.

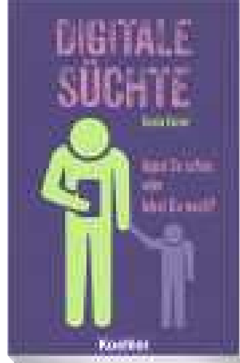
Der aus Catania stammende Schriftsteller und Dramatiker Giuseppe Fava hat sich in seinem Werk mit Gewalt und der Mafia auseinandergesetzt. Er wurde 1984 in dem von ihm gegründeten Theater ermordet. Das vorliegende Buch wurde 1976 geschrieben. Es handelt von Verlust und Hoffnung, Liebe und Verrat, Gewalt und Mord. Sizilien-Fans werden auf ihre Kosten kommen.

MRK

***Guiseppe Fava: „Bevor sie Euch töten“**, Unionsverlag, Zürich 2017, broschiert, 351 Seiten, 14,95 Euro*

Schädliche Handys

Gisela Kaiser warnt vor Suchtverhalten beim Gebrauch digitaler Medien



In ihrem neuen Buch beleuchtet die Unternehmerin, Autorin und studierte Psychologin Gisela Kaiser engagiert und kenntnisreich „Digitale Süchte“, ein seit Jahren durchgehend aktuelles Thema. Kaiser hat viele Geschichten über die Folgen von übermäßiger Handy- und Internetnutzung gesammelt. Sie ist zutiefst besorgt darüber, dass immer mehr und vor allem junge Menschen eine Art von Ersatzleben in der virtuellen Welt führen. Unentwegt starren sie auf ihr Smartphone, denn irgendetwas gibt es dort immer zu suchen oder zu tun. In den sozialen Netzwerken suchen viele Menschen Lob und Bestätigung durch möglichst viele „Likes“ von Freunden. Viele mögen sich keine Minute, geschweige denn einen Tag lang vom Handy trennen. Das habe nachweislich Suchtpotenzial, so Kaiser. Anders als die Glücksspielsucht sind digitale Süchte aber nicht als Krankheit anerkannt.

Im Smartphone steckt alles, Daten, Fotos ebenso wie der Niederschlag sämtlicher persönlicher Vorlieben, lauter Schnipsel eines Lebens im digitalen Raum. All das wird ständig und sorgsam gepflegt. Dauerhaft würde dieses Verhalten narzisstische Persönlichkeitszüge hervorrufen, weiß Kaiser und beruft sich dabei zum wiederholten Mal auf eine wissenschaftliche Studie. Nachgewiesen ist auch, dass das Handy die Entfremdung von der realen Welt fördert. Kaiser bezeichnet Handys und Tablets als „Ich-Apparate für die ausgelagerte Identität ihrer Besitzer“. Schlimmstenfalls kämen sich Menschen durch die extreme Nutzung des Handys selbst abhanden und taumelten in eine tiefe Persönlichkeitskrise.

Die Autorin macht sich hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung keine Illusionen, zumal das heutige Umfeld den Rückzug in die virtuelle Welt begünstige. Leistung habe in unserer Gesellschaft einen hohen Stellenwert und Konkurrenzdenken sei weit verbreitet. All das bewirke ein Sich-Zurückziehen und Abschotten vor diesen ständig gestellten Anforderungen, wobei „die Welt im Handy“ dann zum besseren Ort wird. Kaiser hat schlimme Befürchtungen: „Letztendlich sehe ich die Gefahr, dass zwischen Schein und Sein, Wirklichkeit und Fiktion nicht mehr unterschieden werden kann. Seelisch werden sowohl Größenfantasien als auch Ängste das Resultat des dauernden Aufenthalts im virtuellen Raum sein.“ Das sei ein furchtbar hoher Preis dafür, dass all die verlockenden Angebote in Handy und Internet von Unternehmen ersonnen wurden, die nur ein einziges Ziel haben: möglichst viel Geld zu verdienen.

Dagmar Jestrzemski

***Gisela Kaiser: „Digitale Süchte. Appst du schon oder lebst du noch?“**, Koehlers Verlagsgesellschaft, Hamburg 2017, broschiert, 324 Seiten, 14,95 Euro*

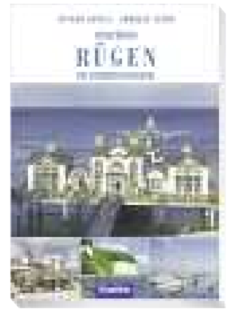
Beliebte Urlaubsziele

Ansprechende Reiseführer aus Koehlers Verlagsgesellschaft

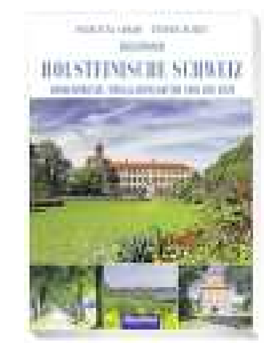
Viele Landstriche Deutschlands erfreuen sich derzeit hoher Besucherzahlen. Angesichts der wachsenden Bedrohung durch Terroranschläge in bislang beliebten Urlaubsregionen – gerade erst erreichen uns wieder negative Schlagzeilen aus der Türkei und Ägypten – ziehen viele Menschen es vor, ihre Ferien zu Hause zu verbringen. Und in der Tat hat Deutschland einiges zu bieten, was sowohl die Schönheit des Landes und die Infrastruktur als auch die Preisgestaltung angeht.

Rechtzeitig zum Ferienbeginn hat Koehlers Verlagsgesellschaft zwei besonders ansprechende Reiseführer beliebter deutscher Urlaubsziele herausgegeben. Einer beschreibt die Sonnenscheininsel Rügen. Gegliedert in die vier Himmelsrichtungen geben erfahrene Reisejournalisten wichtige Tipps für einen perfekten Urlaub. Der Reiseführer „Holsteinische Schweiz“ beschreibt die Reichtümer des nördlichsten Bundeslandes. Schlösser, Mühlen, Museen, Einkehrmöglichkeiten und nicht zuletzt die traumhaften Strände an Nord- und Ostsee warten auf ihre Besichtigung. Beide Bände sind mit für einen Reiseführer ungewöhnlich vielen und attraktiven Bildern ausgestattet.

M. Rosenthal-Kappi



***Ottmar Heinze/Andreas Srenk: „Reiseführer Rügen. Die Sonnenscheininsel“**, Koehlers Verlagsgesellschaft, Hamburg 2017, broschiert, 136 Seiten, 9,95 Euro*



***Nicoletta Adams/Ottmar Heinze: „Reiseführer Holsteinische Schweiz. Herrenhäuser, Hügellandschaften und 200 Seen“**, Koehlers Verlagsgesellschaft, Hamburg 2017, broschiert, 136 Seiten, 9,95 Euro*

Reine Kopfarbeit

Oskar Negts Spurensuche in Ostpreußen

Ab einem bestimmten Alter wächst die Erinnerung an Kindheit und Jugend. So auch bei dem aus Königsberg stammenden Soziologen Oskar Negt, der mit 82 Jahren eine autobiografische Spurensuche über seine Flucht als Zehnjähriger aus Ostpreußen vorgelegt hat. Mit seinem Buch „Überlebensglück“ geht Negt eine riskante Gratwanderung ein. In Hannover, wo er als Professor einen Lehrstuhl hatte, galt er als Ikone der Linken. Diesen Ruf setzt er aufs Spiel, wenn er sich mit Themen befasst, mit denen er sich bei seinen Anhängern einer konservativ verstandenen „Heimattümelei“ verdächtig macht.

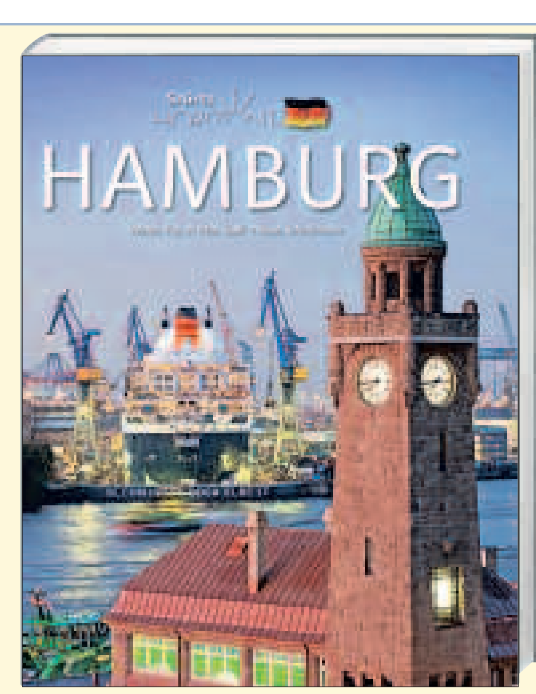
Doch der Drang, sich mit der eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen, ist auch bei Negt ausgeprägt. Schon 1998 setzte er mit „Königsberg – Kaliningrad“ seiner Geburtsstadt ein literarisches Denkmal. In „Überlebensglück“ unternimmt er nun erneut einen Anlauf zurück zur Heimat. Allerdings betritt er dabei verschlungene Pfade und nimmt die Tarnung eines Topografen an, der mit wissenschaftlicher Akribie autobiografische Orientierungspunkte absteckt. Er startet konventionell mit der Fluchtschilderung, als er nach einem Zugunfall von den Eltern getrennt wurde, und zieht das – oft gehörte – Fazit: „Es war der 25. Januar 1945. An diesem Tag endete meine Kindheit.“

Kurz danach bricht das Fluchterlebnis ab, und was folgt, kann man als soziologische Theorie der Autobiografie bezeichnen. Negt bringt Kant, Freud, Adorno und natürlich auch Marx ins Spiel, mit denen er eine ideologische Rechtfertigung seines autobiografischen Versuches unternimmt. Ihm scheint es selbst nicht ganz geheuer zu sein, nach den eigenen Fluchtursachen zu forschen, wenn aktuell von Afrika aus ganz andere Fluchtmotive mit ins Spiel kommen. Seine von ihm selbst so bezeichnete „Collage“ von autobiografischen Teilen und theoretischen Abhandlungen, enthält daher auch sehr zeitgeistgemäße Gedanken zur gegenwärtigen Asyldebatte.

Der Leser hat die Wahl: Er kann diese theoretische Kopfarbeit überblättern und sich auf Negts biografische Collagenteile konzentrieren. Wer das zu langweilig findet (ist es aber nicht) und seinen Kopf anstrengen möchte, für den bleibt der soziologische Überbau.

Harald Tews

***Oskar Negt: „Überlebensglück“**, Steidl, Göttingen 2016, gebunden 320 Seiten, 24 Euro*



Walter Fey & Max Galli/Nina Schiefelbein
Hamburg
Hamburg ist eine Stadt der Gegensätze: Vom pulsierenden Hafen bis in die vornehmen Etagen der eleganten Jugendstil-Kontorhäuser sind es nur wenige Schritte. Am Hamburger Hafen bilden die historischen Speichergebäude architektonische Kontraste mit neuen Wahrzeichen wie der Elbphilharmonie. Hamburgs alte Wahrzeichen – die ‚Michel' genannte Hauptkirche St. Michaelis, das verspielte Rathaus oder die Ruine der Nikolaikirche – stehen neuester Architektur nicht nur in der HafenCity gegenüber. Fein geben sich die Stadtviertel rings um die Außenalster und die Elbvororte. Wer Hamburg in Kürze kennenlernen will, braucht kaum mehr als eine Fährfahrt von den Landungsbrücken bis nach Finkenwerder. Hier reihen sich dicht aneinander: die größten Schwimmdocks der Welt, der Fischmarkt, die alten Lotsenhäuser in Övelgönne und vis-à-vis Containerterminals im XXL-Format. Der vorliegende großformatige Bildband (24 x 30 cm) zeigt Hamburg in 242 farbigen Abbildungen mit all seinen Facetten. 160 Seiten
Nr. P 534446 **Gebunden mit Schutzumschlag** **24,95 €**



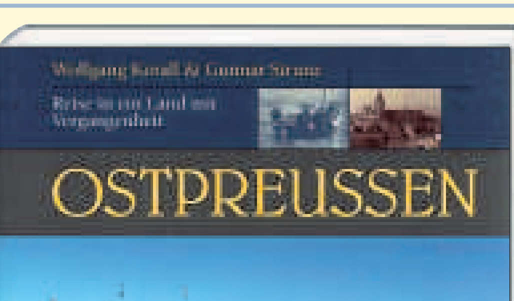
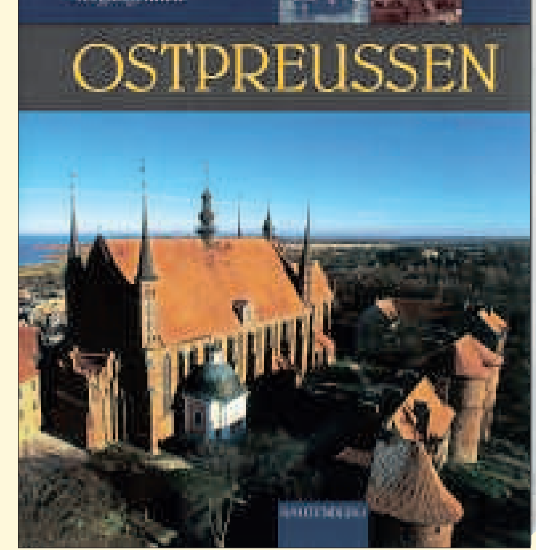
Kalender Hamburg in Farbe 2018
Mit 12 aktuellen Motiven aus der faszinierenden Stadt an der Elbe. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535747 **Kalender** **9,95 €**



Dr. Christiane Kruse
Wer lebte wo in Hamburg
60 Kurzbiografien bekannter Hamburger und ihre Wirkungsstätten. Broschiert. 96 Seiten
Nr. P 531996 **7,95 €**

Leselupe mit Licht
(ohne Batterie)
Hauptlinse mit 2-facher u. kleine Linse mit 6-facher Vergrößerung
Nr. P A0445 **11,95 €**

Wolfgang Korall/Ernst-Otto Luthardt
Masuren
Reise in ein Land mit Vergangenheit
Auf eine Reise durch das heutige Masuren im Nordosten Polens lädt dieser aufwändig gestaltete Bildband mit aktuellen Fotos ein.
Ein historischer Teil lässt Vergleiche mit dem alten Masuren zu und weckt bei vielen Erinnerungen an Kindheit und Jugend.
Inmitten einer herrlichen Natur erzählen steinerne Baudenkmäler von jahrhundertealter Geschichte. Masuren zusammen mit Ermland und dem Oberland wird mit seinen einzigartigen Wald- und Seenlandschaften, sowie gemütlichen Städten und Dörfern beschrieben.
Von Frombork (Frauenburg) am Frischen Haff über Elblag (Elbing) und Olsztyn (Allenstein) bis nach Elk (Lyck) führt die Bilderreise durch das einzigartige Naturparadies. 226 Abbildungen. 160 Seiten
Nr. P 533082 **Gebunden mit Schutzumschlag** **24,95 €**

Wolfgang Korall/Gunnar Strunz
Ostpreußen
Reise in ein Land mit Vergangenheit
Auf eine Reise durch das heutige Ostpreußen lädt dieser aufwendig gestaltete Bildband mit aktuellen Fotos ein. Über zwei Jahre hat der Fotograf und Osteuropa-Experte Wolfgang Korall die Region auf zahlreichen Reisen besucht und auch das Memelland nicht vergessen. Ein umfangreicher Bildteil mit historischen Fotografien ergänzt das Werk und lässt den Vergleich mit dem alten Ostpreußen zu, weckt bei vielen Erinnerungen an Kindheit und Jugend. Besonders im polnischen Teil sind die alten Stadtbilder erhalten geblieben oder wieder hergestellt worden. Von Nimmersatt nach Königsberg, von Elbing nach Nikolaiken wird eine einzigartige Landschaft beschrieben: Masuren mit seinen dunklen Wäldern und kristallklaren Seen, der einzigartige Oberländische Kanal, die Kurische Nehrung mit dem Naturschauspiel der Wanderdünen. Großbildbandformat. 224 Abbildungen. 160 Seiten
Nr. P 533070 **Gebunden mit Schutzumschlag** **24,95 €**

Kalender Masuren, Ermland und Oberland in Farbe 2018
Mit 12 aktuellen Motiven aus Masuren, dem Ermland und dem Oberland. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535803 **Kalender** **14,95 €**



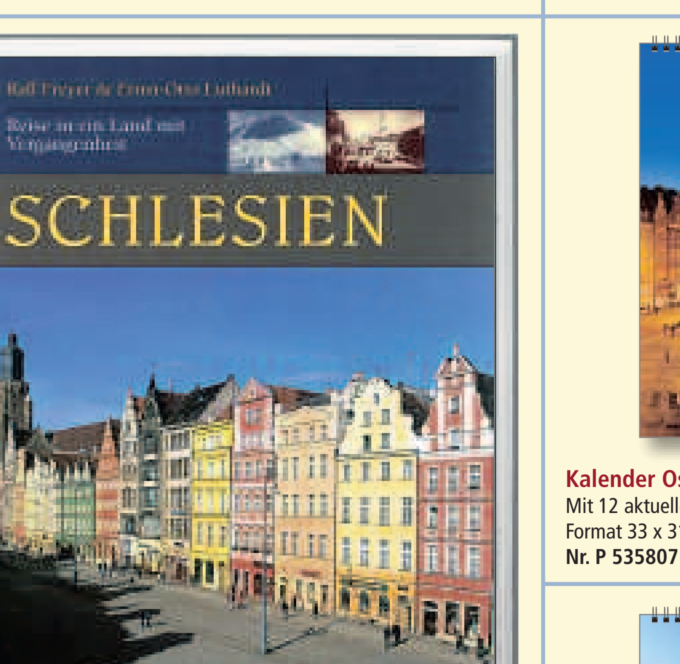
Olaf Meinhardt/Nora Kalweit/Christian Nowak
Reise durch Rügen und Hiddensee
Ein Reisebildband mit über 190 Farbbildern
Rügen lockt nicht nur mit langen, feinsandigen Stränden und einer mit Buchten und Bodden stark zergliederten Küste. Die berühmten Kreidefelsen am Kap Arkona und die lichten Buchenwälder begeisterten die Besucher und Maler wie Caspar David Friedrich von jeher. In den bekannten Seebädern wie Binz, Sellin oder Göhren betrachtet man die verspielte Bäderarchitektur und schlendert auf den langen Seebrücken auf das Wasser hinaus. Die Schönheit von Hiddensee, der kleinen Insel im Westen von Rügen, wurde schon im 19. Jahrhundert von vielen Kunstschaffenden entdeckt und in Wort und Bild beschrieben. Über 190 Bilder zeigen die beiden Perlen in der Ostsee in all ihren Facetten. Vier Specials berichten über die besonderen Architekturformen auf Rügen, den Maler Caspar David Friedrich, die Künstler auf Hiddensee sowie über die Hünengräber und Grabhügel. 140 Seiten/Gebunden mit SU
Nr. P 534248 **Gebunden mit Schutzumschlag** **19,95 €**



Kalender Ostpreußen/Westpreußen in Farbe 2018
Mit 12 aktuellen Motiven aus Ost- und Westpreußen. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535804 **Kalender** **14,95 €**



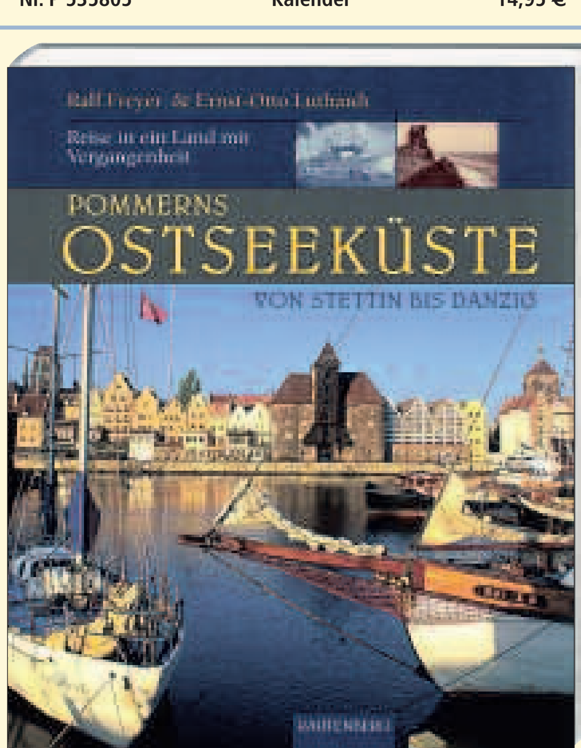
Kalender Pommern in Farbe 2018
Mit 12 aktuellen Motiven aus Pommern, dem Land am Meer. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535805 **Kalender** **14,95 €**



Ralf Freyer & Ernst-Otto Luthardt
Schlesien
Reise in ein Land mit Vergangenheit
Auf eine Reise durch das heutige Schlesien lädt dieser aufwändig gestaltete Bildband mit aktuellen Fotos ein. Ein historischer Teil lässt Vergleiche mit dem alten Schlesien zu und weckt bei vielen Erinnerungen an Kindheit und Jugend. Von der Schneegrubenbaude zum Schmuckstück der Hauptstadt Breslau, von Grünberg über Glogau, Liegnitz und Hirschberg nach Krummhübel, von Waldenburg über Oppeln nach Kattowitz führen die professionellen Fotografien. Das Riesengebirge ist auch heute noch sagenumwoben und bietet Naturschauspiele ganz besonderer Art. Schlesien wird mit seinen einzigartigen Landschaften und bedeutenden Städten, seinen Burgen, Kirchen und Schlössern beschrieben. Ein umfangreicher Bildteil mit historischen Fotografien ergänzt das Werk und lässt den Vergleich mit dem alten Schlesien zu. 225 Abbildungen. 160 Seiten
Nr. P 533081 **Gebunden mit Schutzumschlag** **24,95 €**



Kalender Ostpreußen/Westpreußen in Farbe 2018
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven aus Schlesien. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535807 **Kalender** **14,95 €**



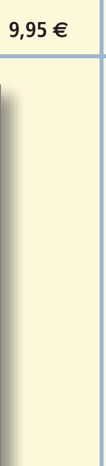
Ralf Freyer/Ernst-Otto Luthardt
Pommerns Ostseeküste – Von Stettin bis Danzig
Reise in ein Land mit Vergangenheit
Die Reise entlang der pommerschen Ostseeküste beginnt in Stettin, der ehemaligen Hauptstadt Pommerns. Stettin, obwohl weit im Hinterland gelegen und über die Oder und das Stettiner Haff mit der Ostsee verbunden, ist eine einzigartige Hafenstadt, die in den letzten Jahren neuen Glanz erhalten hat. Die Küste selbst zeigt viele Gesichter: Steilküste, flachen Sandstrand und viele küstennahe Binnenseen mit weiten Moor- und Schilfgürteln. Wie bei einer Perlenkette reihen sich Seebäder und schmucke Orte aneinander: Mistroy, Kolberg, Rügenwalde, Leba bis nach Danzig, der alten Hansestadt. Ein umfangreicher Bildteil mit historischen Fotografien ergänzt das Werk und lässt den Vergleich mit dem alten Pommern zu. 210 Abbildungen. 160 Seiten
Nr. P 533121 **Gebunden mit Schutzumschlag** **24,95 €**



Kalender Rügen in Farbe 2018
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven von der Insel Rügen. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535739 **Kalender** **9,95 €**



Kalender Schlesiens schönste Landschaften in Farbe 2018
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven aus Schlesiens schönsten Naturlandschaften. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535808 **Kalender** **14,95 €**

Kal. Mark Brandenburg – Märkisches Licht in Farbe 2018
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven aus der Mark Brandenburg in traumhaften Lichtstimmungen. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535738 **Kalender** **9,95 €**



Kalender Riesengebirge in Farbe 2018
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven aus dem Riesengebirge. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535806 **Kalender** **14,95 €**

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Werbezensur in England

London – Frauen in der Küche, Jungen, die mit Bauklötzen statt mit Puppen spielen: Künftig wird es in der englischen Werbung derlei Alltagssituationen wohl nicht mehr zu sehen geben. Die Advertising Standards Authority (ASA), eine brancheninterne Aufsichtseinrichtung der Werbeindustrie, hat neue Statuten veröffentlicht, die „Geschlechterklischees“ verbieten. Die britischen TV-Anstalten haben sich bereits verpflichtet, die Regeln einzuhalten *FH*

»Kiwis« wollen weniger Inder

Auckland – „Kiwis first“: Unter diesem Schlagwort wehren sich derzeit viele Neuseeländer gegen eine allzu großzügige Einwanderungspolitik ihrer Regierung. Vor allem aus Indien und China strömen Immigranten in das Land. Sie lassen die Wohnungsmieten steigen und strapazieren den Arbeitsmarkt. Bei den im September anstehenden Wahlen werden der rechtskonservativen, islamkritischen Partei „New Zealand First“ gute Chancen eingeräumt. *FH*

ZUR PERSON

Faustschlag für die Leitmedien

Na also, jetzt fühlen wir uns bestätigt: Die Leitmedien haben während der Hochphase der „Flüchtlingskrise“ versagt. Diese erstaunliche Offenbarung wagte jetzt der Medienwissenschaftler **Michael Haller**, der früher als Journalist beim „Spiegel“ und bei der „Zeit“ selbst bei führenden Leitmedien tätig war.

In der von der IG-Metall-eigenen Otto-Brenner-Stiftung in Auftrag gegebenen Studie „Die Flüchtlingskrise in den Medien“ kommt Haller zu einem Urteil, das so gar nicht in die aktuelle politische Landschaft passt: „Statt als neutrale Beobachter die Politik und deren Vollzugsorgane kritisch zu begleiten und nachzufragen, übernahm der Informationsjournalismus die Sicht, auch die Losungen der politischen Elite.“

Und schlimmer noch, wie die Analyse von 30 000 Medienberichten im Zeitraum von Februar 2015 bis März 2016 ergab: Die Sorgen der Bevölkerung waren hinter dem Begriff „Willkommenskultur“ zurückgetreten und Andersdenkende diskursiv ausgegrenzt worden.



Erst nach der Kölner Silvesternacht kam, so Haller in der „Welt“, „das große Erwachen“: „Man war vorher gut im Feiern der Willkommenskultur, man wollte jetzt besonders gut sein im kritischen Nachfragen.“

Haller selbst gehört noch einer Journalistengeneration an, die sich mehr als neutrale Beobachter denn als politische Agitatoren verstanden hat. Geboren 1945 in Konstanz, zog es ihn nach der Journalistenkarriere in die Medienwissenschaft. Bis 2010 lehrte er Journalistik an der Universität Leipzig. Nach seiner Emeritierung war er an der Hamburg Media School tätig, ehe er seit 2016 als Direktor am Europäischen Institut für Journalismus und Kommunikationsforschung in Leipzig weiterhin die Leitmedien wachsam im Auge behält. *H. Tews*



Folgsame Ochsen

Woran wir den Sieg über die Demokratie erkennen, warum sich die Leitmedien ganz umsonst fürchten, und was Schulz enthüllt hat / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Das kommt selten vor. Gleich zwei gute Nachrichten auf einmal flattern uns gerade ins Haus! Die erste: Nur knapp 30 Prozent der Deutschen sind populistisch eingestellt. Die zweite: Unter den verdächtigen 30 Prozent neigen die meisten zudem noch einer gemäßigten Form von Populismus zu, sind also nicht mal richtig gefährlich.

Diese beruhigenden Neuigkeiten hat die Bertelsmann-Stiftung zutage gefördert. Was wir unter Populismus verstehen sollen, umreißen die kundigen Wissenschaftler so: „Populismus geht immer mit einer Anti-Establishment-Haltung einher. Populismus kritisiert die etablierten politischen Parteien und oft auch die Medien.“

Populisten kann man laut Bertelsmann-Stiftung auch daran entlarven, dass sie mehr direkte Demokratie (Volksabstimmungen) fordern und die „Volkssouveränität betonen“. Wobei der moderate Populist, also die Mehrheit der 30 Prozent, die traditionellen Institutionen nicht gänzlich ablehne, sondern nur „einzelne Punkte“ bemängele und verbessern wolle.

Ja, ich ahne, was Sie sagen wollen: Das sollen „gute“ Nachrichten sein? Dass nur eine Minderheit eine kritische Haltung zum Establishment und seinen „traditionellen Institutionen“ einnimmt, die Volkssouveränität betont und Volksabstimmungen fordert? Waren das nicht die Initialzündungen aller demokratischen Bewegungen der Weltgeschichte, welche die Tore aufsprengten, durch die wir aus den Verliesen der mittelalterlichen Fürstenherrschaft in die Freiheit gelangt sind?

Nun also stehen die, welche die Kernwerte jeder wahren Demokratie immer noch hochhalten, plötzlich unter Verdacht. Erleichtert berichten die Bertelsmann-Forscher, dass 37 Prozent „populistische Aussagen“ komplett ablehnen, während weitere 34 Prozent ihnen immerhin nur teilweise zustimmen.

Auf Deutsch: Eine relative Mehrheit der Deutschen steht den Mächtigen, ihren Institutionen und Medien in einer schafsmilden Zutraulichkeit gegenüber, die jeder grauen Untertanen-Horde zur Ehre gereicht. Nach 250 Jahren Demokratie-Bewegung will ein Großteil von uns nichts mehr wissen von bürgerlichem Aufbegehren und suhlt sich stattdessen in bräsiger Folgsamkeit.

Wie das Volk, so seine bevorzugten Medien. Das hat eine weitere Studie herausgearbeitet, diesmal von der gewerkschaftsnahen Otto-Brenner-Stiftung. Für die hat Medienwissenschaftler Michael Haller 85 Lokalzeitungen und tausende Beiträge daraufhin abgeklopft, wie sie 2015/16 über die Asylkrise berichteten (siehe auch „Zur Person“ auf dieser Seite).

Danach haben jene Blätter fast durchweg darauf verzichtet, die Propagandafloskel von der „Willkommenskultur“ kritisch zu beleuchten, sie wurde einfach nur verbreitet. Gegner von Merkels Politik der unkontrollierten Zuwanderung hätten die Zeitungen undifferenziert in die Rechtsaußen-Ecke gestellt.

> 37 Prozent der Deutschen finden es ganz in Ordnung, dass man sie an der Nase herumführt

Wir wissen noch, wie nervös viele Medienleute nach den Kölner Silvester-Exzessen von 2015 reagierten, als ihnen ihr monatelanger Schwindel krachend um die Ohren flog. Da gingen richtige Existenzängste um in den Redaktionen, die Nerven lagen blank. Nun sehen wir: Die Aufregung war gar nicht begründet. Ein solider Sockel von 37 Prozent der Deutschen findet es ganz in Ordnung, wenn man ihn an der Nase herumführt wie einen debilen Ochsen. Weitere 34 Prozent lassen das zumindest gelegentlich ganz gerne mit sich machen.

Daraus haben die Lenker und Macher der Staats- und Konzernmedien ihre Schlüsse gezogen und sind – nach einer kurzen Phase hektischer Selbstkritik – zu ihren bewährten Mustern zurückgekehrt. Derzeit schwappen Zigtausende illegaler Zuwanderer übers Mittelmeer an die Gestade Italiens. Wenn wir überhaupt etwas von dem Geschehen erfahren, überkleben die Reporter den Vorgang mit der Vokabel „Flüchtlingswelle“. Dabei wissen sie ganz genau, dass unter den Tausenden so gut wie keine „Flüchtlinge“ zu finden sind. Es handelt sich um junge Afrikaner auf der Suche nach besseren Verdienstmöglichkeiten, wobei die magnetische Wirkung des deutschen Sozialstaats längst den gesamten afrikanischen Kontinent erfasst hat.

„Flüchtlinge“ oder „Geflüchtete“ nennt man sie bloß, damit jeder, der sie nicht hereinlassen und versorgen will, als herzloses Ungeheuer dasteht. Mit anderen Worten, der Begriff dient der Erpressung, und die funktioniert ebenso wunderbar wie 2015. Alles, was wir an bitteren Wahrheiten seit dem Sommer vor zwei Jahren erfahren haben, ist wie weggeblasen, sobald das nächste Schlauchboot über unseren Bildschirm schwabbelt: „Aber den Menschen muss man doch helfen!“ Dass jene Menschen sich überhaupt erst in Gefahr begeben, weil sie von unserer Politik angelockt und von Kirchen und „Hilfsorganisationen“ hergeleitet werden, diesen Einwand überlassen wir angesichts der herzzerreißenden Bilder lieber den rechten Zynikern.

Allerdings darf man die Bürger auch nicht überfordern. Sogar dem untertänigsten Michel könnte irgendwann die Schlafmütze hochgehen, unter der er seinen Verstand betäubt, wenn es gar zu drastisch kommt. Deshalb lassen unsere Staats- und Konzernmedien Nachrichten über die neue Welle an Italiens Küste eher häppchenweise durch. Man will uns nicht vor der Bundestagswahl in acht Wochen wecken.

Nach dem Datum stellt sich die Lage viel freundlicher dar. Die Deutschen haben ihr Kreuz gemacht, die Wahrheit darf heraus. Aber eben erst dann! Ein Frühstart kann schlimme Folgen auslösen. Daher ist es äußerst ärgerlich, dass SPD-Chef Martin Schulz das Wasser nicht halten konnte. Weil seine quälende Themennot so schrecklich auf die Blase drückt, strullt er uns eine kleine Pfütze Wahrheit schon jetzt vor die Füße. Wir sollten „Italien helfen“, wimmert der Kanzlerkandidat aus dem merkelschwarzen Loch seiner Chancenlosigkeit. Außerdem will er den östlichen EU-Partnern die Pistole auf die Brust setzen. Wenn die weiterhin so gut wie keine „Flüchtlinge“ aufnehmen wollen, soll es weniger Geld aus der EU-Kasse für sie geben. Dann woll'n wir doch mal sehen!

Damit hat Schulz zwei Tatsachen ausgeplaudert, die vor dem 24. September keiner hören sollte. Erstens: Es kommen bereits jetzt dermaßen viele illegale Einwanderer an der Mittelmeerküste an, dass selbst ein 60-Millionen-Land wie Italien mit dem Rücken zur Wand steht und dringend Hilfe benötigt. Zweitens: Die Zahl der Leute, die man von dort weiterverteilen will, ist derart hoch, dass Deutschland das unmöglich allein stemmen kann, wenn es bei uns nicht zu unschönen Szenen bürgerlichen Missfallens kommen soll.

Die angepeilte Weiterverteilung könnte allerdings holprig verlaufen. Länder wie Frankreich, die Benelux-Staaten oder Österreich sind restlos bedient, was Asylsucher angeht, und dürften uns den neuerlichen Segen gerne überlassen. Aber aus diesem Grunde nimmt Schulz ja auch die Osteuropäer ins Visier.

Vielleicht gelingt es Berlin ja sogar, die ärmeren EU-Partner aus dem ehemaligen Ostblock zur Aufnahme illegaler Zuwanderer zu erpressen? Dort dürften sich unsere slawischen und baltischen Brüder der afrikanisch-orientalischen Neu-Europäer mit einer solchen Herzlichkeit annehmen, dass fast alle „Schutzsuchenden“ nichts unversucht lassen werden, so schnell wie möglich doch noch nach Deutschland zu gelangen.

Dabei werden ihnen unsere „Hilfsorganisationen“ und die deutschen Staats- und Konzernmedien kräftig unter die Arme greifen. Ein Bericht nach dem anderen wird nämlich die „menschenunwürdigen Bedingungen“ in den „Flüchtlings“-Heimen von Riga bis Budapest anprangern. Dann gehen die Pforten nach Germanien schon bald wieder auf. Doch das macht nichts, denn dann werden wir ja längst gewählt haben, und bis zur Folgewahl haben wir erfahrungsgemäß alles wieder vergessen.

MEINUNGEN

*Der CDU-Politiker **Jens Spahn** fordert in der „Welt“ (19. Juli) eine ehrliche Diskussion über den **Islam**:*

„In Herford holen fünf Afghanen ein Mädel vom Fahrrad, in Schorndorf werden Frauen begrapscht. In vielen Orten, an zu vielen Tagen gibt es solche Übergriffe von Männern auf Frauen. Es wird immer klarer, wie groß die Aufgabe der Integration ist. Wer aus dem arabischen Kulturraum zu uns kommt, der ist oft geprägt durch eine verklemmte Sexualmoral, durch die Nicht-Gleichberechtigung von Frauen, die Ablehnung von Juden oder Schwulen.“

*Der Militärhistoriker **Sönke Neitzel** wirft der Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen im „Spiegel“ (15. Juli) Unkenntnis und **historischen Exorzismus** vor:*

„Da fliegt ein mutmaßlicher Rechtsterrorist auf, und aus Angst um ihr Amt bricht sie eine Traditionsdiskussion vom Zaun. Wenn man die Liste mit den 400 Objekten sieht, die als vermeintliche Nazidevotionalien konfisziert wurden, greift man sich an den Kopf. Da ist sogar ein Modellbaupanzer von Revell dabei. Das ist doch albern. Die Wehrmacht spielt in der Tradition der Bundeswehr heute eine viel kleinere Rolle als noch in den 90er Jahren. Aber manche tun so, als ob wir noch immer mit einem Bein im Dritten Reich stehen.“

*Die vielfach beschworene **Dolchstoßlegende** – kein Schüler, der nicht von ihr im Geschichtsunterricht gehört hätte – gilt als einer der Hauptgründe für das Scheitern der Weimarer Republik. Danach haben konservative Militärs fälschlicherweise behauptet, dass die deutschen Truppen im Ersten Weltkrieg unbesiegt gewesen seien, dass sie erst durch oppositionelle vaterlandslose Zivilisten, die sogenannten Novemberverbrecher, einen „Dolchstoß von hinten“ erhalten hätten. Damit seien viele Gründerväter der Weimarer Republik von Anfang an mit dem Ruch des Verrats behaftet gewesen, so heißt es. In der „FAZ“ (10. Juli) führt **Gerd Krumeich**, emeritierter Professor für Neuere Geschichte in Düsseldorf, aus, dass der **Dolchstoß keineswegs** nur eine **Legende** war:*

„Für die Franzosen war die deutsche Armee auch noch im Sommer 1918 eine große Gefahr. Man spricht in Frankreich heute noch vom zweiten Marnewunder, weil die Deutschen im Juni 1918 schon wie 1914 bis über die Marne gelangt waren, sodass die Begüterten und Politiker begannen, aus Paris zu fliehen. Der amerkanische Historiker David Stevenson, zweifellos einer der besten Kenner der militärischen Ereignisse des Ersten Weltkrieges, hat dieser Frage 2011 ein quellengesättigtes Werk gewidmet. Zwar standen die Deutschen 1918 mit dem Rücken zur Wand (so der Titel: ‚With Our Backs to the Wall‘), doch noch im Spätherbst war die Kriegssituation nicht aussichtslos.“

*Der ehemalige „Spiegel“-Journalist **Matthias Matussek** erklärt auf „Zeit-Online“, „wie ich **von links nach rechts** gelangte“. Seine Jahre als Korrespondent außerhalb Deutschlands trugen dazu bei:*

„Meine Auslandsaufenthalte hatten mir vor allem eines gezeigt: Wie neurotisch die Deutschen mit ihrem Selbstgefühl der Nation umgingen. In New York mit all meinen jüdischen Freunden schüttelte man genauso den Kopf darüber wie in Brasilien und ganz besonders in London. Dort gab es einen Komiker, der sich Hans nannte. Sein Act bestand daraus, durch die Straßen zu laufen und sich für die deutschen Verbrechen zu entschuldigen.“